

*Zum
Parteiordnungsverfahren
gegen mich*

Michael Frank

www.michael-frank.eu

Impressum

Titel: Zum Parteiordnungsverfahren gegen mich

Autor: Michael Frank, www.michael-frank.eu, PND 142082090, <http://d-nb.info/gnd/142082090>

Verlag und Druck: Michael Frank, www.michael-frank.eu

Umschlaggestaltung: Michael Frank, www.michael-frank.eu

Ort und Jahr: Berlin, 2012

Alle Rechte vorbehalten.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	3
2. Über Parteiausschlussverfahren.....	9
3. Zu den mir vorgeworfenen Textstellen im Einzelnen.....	11
3.1. Der bereits genannte Titel „Wer sozialen Fortschritt will, muss DIE LINKE. wählen.“.....	11
3.2. Seite 1, 4. Absatz: „Die Ursache ist für mich hier die Unterwanderung und Penetration der SPD von und durch Kader der Ökumene und des Großkapitals.“.....	16
3.3. Seite 2, 1. Absatz: „So und durch viele andere Maßnahmen wird das evangelikale Patriarchat innerhalb der SPD durchgesetzt, was die SPD zu einer verfassungsfeindlichen Partei macht. Wer die SPD verändern will, muss gegenwärtig schlicht und einfach Zweidrittel der Mitglieder ausrotten, um überhaupt einen demokratischen Diskurs über die dringendsten Probleme dieser Gesellschaft führen zu können. Die SPD hätte einen Stalin bitter nötig – antiautoritär selbstverständlich.“.....	23
3.4. Seite 4, letzter Absatz: „Ändert die SPD noch ihre Programmatik und trennt sich endlich von ihren Reaktionären, neoliberalen Lobbyisten-Pack und religiösen Hardlinern, so könnte sie die „Neue Mitte“ innerhalb des Parteiensystems sein, (...).“.....	34
3.5. Seite 7, 4. Absatz: „Deshalb möchte ich in der SPD eine Pogrom-Stimmung gegen Neoliberale, gegen Christen, gegen Lakaien des US-Imperialismus und gegen Kriegstreiber in der SPD-Mitgliedschaft erzeugen, um die SPD wieder zu einer sozialistischen Partei umzuformen, (...).“.....	39
4. Zu den weiteren Vorwürfen der Kreisschiedskommission Berlin-Neukölln.....	49
5. Abschließende Bemerkungen.....	69
6. Quellenverzeichnis.....	75

1. Einleitung

Am 03. August wurde mir per Einschreiben mitgeteilt, dass der Abteilungsvorstand meiner SPD-Abteilung Hermannstrasse am 5. Juni 2012 einstimmig meinen Ausschluss beschlossen hätte.¹

In einer von der Kreisschiedskommission am 20. September 2012 anberaumten mündlichen Verhandlung² wurde der Fall behandelt.

Mit Schreiben von 28. September 2012 wurde mir, mit einer für mich unzureichenden Begründung mit erheblichen formalen Fehlern mitgeteilt, dass die Kreisschiedskommission einstimmig meinen Ausschluss aus der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands beschlossen hätte.³ Diese Entscheidung und auch die Begründung zu dieser Entscheidung akzeptiere ich nicht und wende mich daher an die Landesschiedskommission, um in Berufung zu gehen.

Ich stelle daher den Antrag, nach §15 Abs. 1c)⁴ der Schiedsordnung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands dieses Verfahren einzustellen und fordere die Landesschiedskommission der SPD Berlin auf, nach §15 Abs. 2⁵ der Schiedsordnung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu handeln, wo es heißt:

„Das Verfahren ist einzustellen, wenn sich in seinem Verlauf ergibt, dass die Schuld der Antragsgegnerin bzw. des Antragsgegners gering und die Folgen ihres bzw. seines Verhaltens unbedeutend sind oder der Antrag zurückgenommen wird.“⁶

Angesichts der konstant gebliebenen Wahlumfragen und des Anstiegs der SPD in der Wählergunst seit meiner Parteimitgliedschaft hat sich herausgestellt, dass die Schuld, wenn überhaupt davon zu sprechen wäre, gering ist. Außerdem bestreite ich weiterhin alle vom Antragssteller gegen mich erhobenen Vorwürfe. Außerdem findet meiner Ansicht nach §35 Abs. 3 des Organisationsstatutes der SPD hier in meinem Falle Anwendung:

„Auf Ausschluss kann nur erkannt werden, wenn das Mitglied vorsätzlich gegen die Statuten oder erheblich gegen die Grundsätze oder die Ordnung der Partei verstoßen hat und dadurch schwerer Schaden für die Partei entstanden ist. Wer aus der Partei ausgeschlossen wurde, darf nicht länger in Gliederungen und Arbeitsgemeinschaften mitarbeiten.“⁷

All dieses lasse ich mir nicht nachsagen und wurde mir auch nicht ausreichend begründet dargelegt. In dieser Publikation und damit meinem Versuch mich gegen diese Dreistigkeit meiner Abteilung und der Kreisschiedskommission zur Wehr zu setzen, möchte ich mich zum bisherigen Verfahren äußern. Lange habe ich überlegt, ob ich dieses Dokument nur intern an die Mitglieder der

1 Siehe dazu Anhang 1

2 Siehe dazu Anhang 2

3 Siehe dazu Anhang 3

4 Schiedsordnung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, §15 Abs. 1c), online unter: <http://www.spd-berlin.de/landesverband/organisationsstatut.pdf>

5 Schiedsordnung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, §15 Abs. 2, online unter: <http://www.spd-berlin.de/landesverband/organisationsstatut.pdf>

6 Schiedsordnung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, §15 Abs. 2, online unter: <http://www.spd-berlin.de/landesverband/organisationsstatut.pdf>

7 Organisationsstatut der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, §35 Abs. 3, online unter: <http://www.spd-berlin.de/landesverband/organisationsstatut.pdf>

Schiedskommission sende, um es in den parteiinternen Diskurs zu bringen, könnte mich aber doch auch für eine Veröffentlichung entscheiden, da die Schiedsordnung der SPD in §16 Abs. 1 ohnehin auch alle Parteimitglieder und sogar auch Nichtmitglieder an diesem Schauprozess teilhaben lassen würde:

„Parteimitglieder können als Zuhörende an mündlichen Verhandlungen teilnehmen. Die Schiedskommission kann Nichtmitglieder als Zuhörende zulassen, falls der Antragsgegner bzw. die Antragsgegnerin nicht widerspricht.“⁸

In jedem Falle werde ich nach Abschluss des Verfahrens auch dazu meine Ansicht dessen äußern. Zwar wird in §17 Abs. 1 der Schiedsordnung der SPD von Verschwiegenheitspflicht gesprochen:

„Bis zum endgültigen Abschluss des Verfahrens haben sich die Mitglieder der Schiedskommission, alle Beteiligten und Beistände sowie alle anderen in der mündlichen Verhandlung Anwesenden jeder Äußerung zur Sache außerhalb des Verfahrens zu enthalten.“⁹

Aber ich gehe davon aus, dass das für mich in diesem Falle nicht gilt, weil dieses Verfahren rechtswidrig war und gegen das Organisationsstatut und die Schiedsordnung der SPD verstoßen hat. Meiner Pflicht nach §5 Abs. 1 des Organisationsstatutes der SPD, „die Ziele der Sozialdemokratischen Partei zu unterstützen“¹⁰ bin ich als Mitglied, im Gegensatz zu anderen, jederzeit nachgekommen. Das möchte und werde ich auch weiterhin tun. An einem homophoben und sogar antisemitisch motivierten Komplott gegen mich möchte ich nicht beteiligt gewesen sein. Vermutlich versucht meine Abteilung mit diesem Ausschlussverfahren die antisemitische Leitlinie des SPD-Bundesvorsitzenden Sigmar Gabriel und die homophobe Leitlinie des PES-Vorsitzenden Sergei Stanischew umzusetzen. Ich sehe dieses Komplott als Beweis dafür, dass (religiöse) Gesinnungsethiker hierzulande insbesondere Christen und Muslime in der SPD-Mitgliedschaft autoritäre Persönlichkeiten sind und Marxisten wie ich eben nicht. Ich möchte nämlich als Jude nicht von reaktionären Patriarchen, Feministinnen, linken und rechten Faschisten, KreuzfaschistInnen und Islamisten in der SPD beschnitten werden, sollte ich diese Glauben annehmen wollen. Ich lasse mich von homophoben Antisemiten in der SPD nicht einschüchtern und nicht ausschließen.

Mein Ausschluss würde nicht nur das Ende der SPD als Volkspartei besiegeln, sondern das Ende ihres eigenen Selbstverständnisses als demokratischer und sozialer Partei und als relevanter Spieler im deutschen Parteiensystem.

Dieses Parteiordnungsverfahren gegen einen kritischen Wissenschaftler halte ich für vergleichbar mit einem Judenstern für Logiker. Dazu sage ich: Wehret den Anfängen!

Dass man in der SPD nicht mehr weiß, was Wissenschaft ist, ist nicht verwunderlich, denn sieht man sich die Veröffentlichungen von einigen sozialdemokratischen ProfessorInnen an, etwa Prof. Dr. Gesine Schwan oder Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin, so muss man feststellen, dass keine/r von Ihnen, teilweise seit Jahrzehnten, auch nur ein einziges für die Realpolitik brauchbares Werk der formalen Logik veröffentlicht hat und sie die Hörsäle an den Universitäten nur für Agitpropaganda für die neoliberale Ökumene oder das Predigen anderer Gesinnung missbrauchen. Im Grunde

8 Schiedsordnung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, §16, online unter: <http://www.spd-berlin.de/landesverband/organisationsstatut.pdf>

9 Schiedsordnung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, §17, online unter: <http://www.spd-berlin.de/landesverband/organisationsstatut.pdf>

10 Organisationsstatut der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, §5 Abs. 1, online unter: <http://www.spd-berlin.de/landesverband/organisationsstatut.pdf>

genommen sind sie ebenso schlecht wie Prof. Dr. Rita Süßmuth und Prof. Dr. Jürgen Habermas. Normativ-ontologisches Predigen mag für diese Personen und andere Dogmatiker in der Partei vielleicht Wissenschaft sein, für mich ist es bestenfalls Journalismus. Das müsste zumindest Helmut Schmidt verstehen können, jedenfalls dann, wenn er seinen Hausphilosophen Karl Popper einigermaßen antizipiert hat, denn dieser war zumindest bei deduktiver Logik, die für mich aber auch nicht zwingend wahre Schlüsse produziert. Die SPD hat sich in ihrem Hamburger Programm gegen Antisemitismus und gegen Benachteiligung aufgrund der sexuellen Orientierung politisch positioniert und demzufolge verhalten sich die antragsstellenden Mitglieder meiner Abteilung eher parteischädigend als ich.

Für mich gehören daher etwa Prof. Dr. Peter Lösche, Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin oder Prof. Dr. Karl Lauterbach zu den wenigen sozialdemokratischen ProfessorInnen, die in jüngster Vergangenheit nutzbringende Werke für die politikwissenschaftliche Forschung veröffentlicht haben, während die meisten konservativen ProfessorInnen fast nur Gesinnung schreiben und im Falle von Karl-Theodor zu Guttenberg sogar ganz offensichtlich Plagiate in Auftrag geben. Und ich halte auch meine Kritik an der Deutschen Sozialdemokratie hier für nutzbringend für die Partei und für die Deutsche Gesellschaft und in keiner Weise für parteischädigend.

Aber auch die zuletzt genannten ProfessorInnen müssen kritisiert werden. Im Falle von Prof. Dr. Peter Lösche ist zu sagen: Wer mit Prof. Dr. Franz Walter zusammen Werke veröffentlicht, hat für eine konservative Abhörwanze gearbeitet und ist wissenschaftlich nicht mehr ernst zu nehmen. Wer mit Scheiße Scheiße über Scheiße schreibt, der wirkt bestenfalls rot-braun. Das muss wohl der schlechte Einfluss aus Harvard sein. Peter Lösche und Franz Walter sind zwei autoritäre Metaphysiker, zwei neoliberale Institutionisten, die die SPD zu einer neoliberalen Kaderpartei geformt haben.

Von einer Klassenpartei über eine Volkspartei zur Quotenpartei, die nichts weiter als eine neoliberal-neofaschistisch-klerikale Kaderpartei ist, wie die US-Demokraten. Im Gegensatz zur heutigen SPD und den US-Demokraten, war sogar die SED noch relativ antiautoritär. Vermutlich ist die SPD deshalb auch bald eine Kleinpartei.

Zu Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin würde ich sagen: Wer die Wahrheit über George Bush und die Neocons bereits erkannt hat und sie lediglich kurz in der Presse durchblicken lässt¹¹, anstatt sie ebenfalls an der Universität zu lehren und die logische Begründung dafür zur Pflichtlektüre zu machen, der ist politisch naiv. Zu einer Zeit, als Bush wie Hitler war, bevor Obama ihn dabei ablöste, wäre das bitter nötig, um wenigstens aus einigen Studenten noch Wissenschaftler zu machen.

Im Falle von Prof. Dr. Karl Lauterbach muss man sagen: Wer sich ständig in der Bundestags-Fraktion der SPD mit intellektuellen Tieffliegern, um nicht zu sagen Idioten-Pack umgibt, der verblödet halt und fällt auf deren Niveau zurück. Bei Ärzten, die zu lange in der aktiven Politik sind, sollte man die Approbation in regelmäßigen Abständen prüfen lassen. Außerdem scheint mir die Beteiligung an der Zustimmung zum Gesetzentwurf für die Beschneidung von Jungen Vorteilsnahme als Mandatsträger zu sein, mit der etwa spätere „Kunden“ bzw. „Patienten“ akquiriert werden könnten. In jedem Falle würde ich als Arzt diese Form der irreversiblen schweren Körperverletzung ohne medizinische Indikation als einen Verstoß gegen den hippokratischen Eid und als rechtswidrige Handlung ansehen.

¹¹ Nach dem Bush-Hitler-Vergleich: Ministerin Däubler-Gmelin tritt ab, in: Spiegel Online vom 23. September 2002, online unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/nach-dem-bush-hitler-vergleich-ministerin-daeubler-gmelin-tritt-ab-a-215291.html>

Jedenfalls sehe ich die innerparteiliche Entwicklung in der SPD mit großer Sorge und daher mein kritischer Beitrag an der einen oder anderen Stelle.

Der von mir veröffentlichte Essay mit dem Titel „Wer sozialen Fortschritt will, muss DIE LINKE. wählen“¹² ist nach meinem Dafürhalten eine kurze wissenschaftliche Untersuchung über die Unterschiede der politischen Positionen der SPD und der Linkspartei im Bereich der Sozialpolitik, bei der ich empirisch-analytisch arbeite, jedoch das Ergebnis der empirischen Untersuchung bereits im Titel plakativ nenne, um breitere Aufmerksamkeit bei meinen Lesern zu erlangen. Hierbei nehme ich sicher eine kritische Position zur SPD ein, das bestreite ich nicht. Mein im Titel genanntes Werturteil begründe ich mit formaler induktiver Logik. Nach meiner Ansicht ist dieses Werk eine blitzsaubere Habilitationsschrift eines Wissenschaftlers von Weltrang.

In einem freien Land gibt es Meinungsfreiheit (Art. 5 Abs. 1 GG) und Wissenschaftsfreiheit (Art. 5 Abs. 3 GG).¹³ Insofern ist der von mir veröffentlichte Essay juristisch nicht zu beanstanden. Bleibt also die Frage zu klären, ob das Gebot der innerparteilichen Solidarität durch meine Forschung hier verletzt wurde und ob Schaden für die Partei dadurch entstanden ist. Ich bestreite das und will zu den fünf mir vorgeworfenen Punkten weiter unten im Einzelnen Stellung beziehen.

Zunächst einmal möchte ich jedoch voranstellen, dass erst seitdem ich hier Parteimitglied bin, sich die SPD langsam wieder aus ihrem selbst verschuldeten Tief nach oben arbeiten kann. Wenn das mal nicht mein alleiniger Verdienst ist. Es könnte zumindest so sein. Selbst Gastmitglieder haben hier das Recht jeden neoliberalen Unsinn in die Welt zu posaunen. Warum sollte mir also verwehrt werden, bei Logik zu bleiben?

Ich halte die Mehrheit der Mitglieder der Partei DIE LINKE. für UnterstützerInnen der SPD im Sinne von §10a Abs. 3¹⁴ des Organisationsstatutes der SPD. Dies ist nicht aufgrund unterschiedlicher politischer Positionierungen, sondern lediglich aufgrund des Organisationsstatutes der SPD nach §6 Abs 1a)¹⁵ problematisch, da Doppelmitgliedschaften zwischen grundsätzlich konkurrierenden Parteien unmöglich sind. Dennoch sehe ich DIE LINKE., Die Grünen, die Piratenpartei, ebenso wie auch tendenziell die SPD, als Parteien im linken politischen Spektrum und als potentielle Bündnispartner für die SPD, so wie es auch die DKP wäre, würde sie denn bei den Wählern einen größeren Zuspruch erhalten und sich von falschen Positionen trennen.

Im Übrigen gibt es meiner Ansicht nach eine Reihe von Mitgliedern, Gastmitgliedern und Unterstützern, die sich durch Propaganda für den US-Imperialismus und Lobbyismus für das Großkapital eher parteischädigend verhalten, als ich mit meinem Essay, der, wenn wir mal ehrlich sind, doch lediglich von einem begrenzten Personenkreis überhaupt zur Kenntnis genommen wird.

Die Koalitionsbildungen zwischen SPD und Linkspartei in Mecklenburg-Vorpommern, in Berlin und vor kurzem auch in Brandenburg zeigen mir, dass sowohl SPD als auch DIE LINKE. in den Ländern bereit sind, gemeinsam zu agieren. Furchtbar für die Demokratie finde ich es, dass die SPD sich rot-roten Koalitionen dort verwehrt, wo DIE LINKE. etwas stärker in der Wählergunst abschneidet, etwa in Thüringen oder Sachsen-Anhalt. Das schadet der SPD, wie ich finde, so viel mehr, als mein kritischer Essay.

12 Vgl. Frank, Michael: Wer sozialen Fortschritt will, muss DIE LINKE. wählen, www.michael-frank.eu vom 25. Mai 2012, online unter: <http://www.michael-frank.eu/Essays/2012-05-25-Wer-sozialen-Fortschritt-will.pdf>

13 Vgl. Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, online unter: <http://www.gesetze-im-internet.de/gg/BJNR000010949.html#BJNR000010949BJNG000100314>

14 Organisationsstatut der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, §10a Abs. 3, online unter:

15 Organisationsstatut der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, §6 Abs. 1a), online unter:

Auf der anderen Seite halte ich sowohl die CDU, als auch die FDP für Parteien im national-konservativ-reaktionären Spektrum und für keine potentiellen Bündnispartner für die Deutsche Sozialdemokratie. Ich sehe in der FDP eine Honoratioren-Partei, die Klientel-Politik für Besserverdienende betreibt und bisweilen auch unsoziale Forderungen des Großkapitals volksnah verpackt in den politischen Diskurs bringt, um autoritär gegen die Bevölkerung zu sein. Mit politischem Liberalismus hat das recht wenig zu tun.

Die heutige FDP ist nicht zu vergleichen mit den Liberalen zur Zeit der sozialliberalen Koalition. Die CDU ist für mich ein konservativ-nationaler Christen-Klüngel, der unverhohlen die politischen Positionen des Großkapitals in den Diskurs bringt und sich dabei in Dummheit gehaltenen christlichen Gutmenschen als Massenbasis bedient. Geschlagene Kinder der Ökumene bekommen hier weiter die christliche Zucht und dienen als Stimmvieh. Ich sehe in der CDU nur den Ausdruck und die Folge der misslungenen Entnazifizierung Westdeutschlands seit 1945. Rechts von der SPD ist für mich der Abgrund. CDU und FDP sind Nachfolgeorganisation und waren Mitunterstützer der NSDAP, Antidemokraten, die für eine Koalitionsbildung mit Rechtspopulisten und der NPD offen sind. Mit allen demokratischen Parteien jedoch muss die SPD aber selbstverständlich bündnisfähig bleiben. Getreu dem Motto: „Erst das Land, dann die Partei.“

Mit meiner Wahl des Titels in beanstandetem Essay rufe ich nicht im Allgemeinen und nicht eindeutig als Sozialdemokrat zur Wahl der Partei DIE LINKE. auf, sondern belege mein wissenschaftliches Werturteil, dass die Partei DIE LINKE. in der Sozialpolitik derzeit fortschrittlichere Positionen vertritt, als die SPD. Ich füge hier ausdrücklich hinzu: Die Tatsache, dass die SPD nicht die Meinungsführerschaft im Bereich der Sozialpolitik besetzen kann, wird meines Erachtens zu einer ernsthaften Gefahr für die Innenpolitik, die Verteidigungspolitik und die äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland.

In dieser Monografie möchte ich mich zunächst über Parteiordnungsverfahren im Allgemeinen äußern und danach zu den von meinen AbteilungsgenossInnen kritisierten Textauszügen im Einzelnen Stellung beziehen, um sie zu widerlegen und meine Ansichten zu verifizieren.

Meine Behauptung bleibt: Ich soll hier nur ausgeschlossen werden, weil ich für Kreuzfaschisten und Islamisten falsch bin, weil ich ein völlig antiautoritärer, egalitärer und humanitärer, weil marxistischer Logiker bin, der gerade dabei ist, seine jüdischen Wurzeln neu entdecken. Ich soll nur ausgeschlossen werden, weil bereits der Verdacht ein Jude zu sein dafür genügt, die antisemitische Leitlinie des SPD-Bundesvorstandes umzusetzen und selbst bei Verdacht, homosexuelle Neigungen zu haben, die neue homophobe Leitlinie des PES-Vorsitzenden Sergei Stanischew greift. Die SPD war die Partei von Karl Marx, heute verraten ihn alle, nur ich nicht. Deshalb soll an mir ein Exempel statuiert werden. Das nehme ich nicht hin.

Die heutige SPD würde sogar Albert Einstein, Karl Marx, Kurt Schumacher, Herbert Wehner, Willy Brandt und August Bebel ausschließen, genauso wie mich. Ich denke, dass ist unmöglich!

Ich erinnere an ein berühmtes Zitat von Thilo Sarrazin:

„Die Türken erobern Deutschland genauso, wie die Kosovaren das Kosovo erobert haben: durch eine höhere Geburtenrate. Das würde mir gefallen, wenn es osteuropäische Juden wären mit einem um 15 Prozent höheren IQ als dem der deutschen Bevölkerung.“¹⁶

16 Thilo Sarrazin im Gespräch: Klasse statt Masse, in: Lettre International Heft 86, online unter: http://www.pi-news.net/wp/uploads/2009/10/sarrazin_interview1.pdf

Ich will dieses Zitat einmal etwas abwandeln, um Kritik zu üben:

Vollidioten erobern die SPD wie eine Rattenplage, die ein regelrechtes Krebsgeschwür erzeugt hat. Mit reaktionärer Gesinnung aus allen politischen Richtungen. Das funktioniert nach dem Motto: Ein Tor findet allemal einen größeren Toren, der seine Blödheit zu schätzen weiß. Wer noch einigermaßen vernunftbegabt ist und so sozial, dass ihm sein Land und vor allem die nachfolgenden Generationen am Herzen liegen, der müsste jetzt in die SPD eintreten, um dem reaktionären Idioten-Pack an der Parteibasis und der politischen Führung der SPD den Kampf anzusagen.

Verlogenes und reaktionäres Scheiß-Pack wählt eben kein aufgeklärter Bürger mehr so einfach und selbstverständlich ab. Die Bevölkerung lässt sich nicht länger ruhigstellen mit Beschwichtigungen und Durchhalteparolen, Halbwahrheiten, unklaren und seltsamen politischen Positionierungen. Deshalb bin ich an der einen oder anderen Stelle kritisch-provokativ in meinen Veröffentlichungen und das halte ich für förderlich für die Glaubwürdigkeit und die Wahlerfolge der SPD.

2. Über Parteiausschlussverfahren

Für Parteiausschlussverfahren gibt es zu Recht sehr hohe Hürden, eine Reihe von objektiven Kriterien, die zwingend erfüllt sein müssen, damit solch ein tiefer Eingriff in die Mitgliederrechte auch tatsächlich rechtswirksam wird. In anderen Parteien klagen sich sogar rassistische Sekten in die Mitgliedschaft ein. Warum sollte eine vielleicht sogar wirklich etwas überzogene Meinungsäußerung eines Basismitglieds hier zu einer solch drastischen Maßnahme führen? Das sehe ich nicht ein.

In einer Veröffentlichung zum Thema Parteiausschlussverfahren vom Wissenschaftlichen Dienst des Deutschen Bundestags heißt es:

„Der vorsätzliche Satzungsverstoß und der erhebliche Verstoß gegen Grundsätze oder Ordnung der Partei stehen alternativ nebeneinander; ein schwerer Schaden muss jeweils hinzutreten. Für den Parteiausschluss reicht ein parteischädigendes Verhalten für sich genommen nicht aus. Der schwere Schaden ist in der Regel kein materieller, sondern ein Schaden insbesondere für Glaubwürdigkeit und Ansehen der Partei. Denn Parteien streben eine Mitwirkung an der politischen Willensbildung vor allem über den Erfolg bei Wahlen an und sind deshalb auf die Zustimmung in der Öffentlichkeit angewiesen. Der Schaden tritt also erst dann ein, wenn das Verhalten des Parteimitglieds Außenwirkung entfaltet und das Erscheinungsbild der Partei in der Öffentlichkeit beeinträchtigt. Deshalb kommt der Parteiausschluss in erster Linie als Ordnungsmaßnahme gegen Amtsträger in Betracht, weil deren Agieren in der Öffentlichkeit wahrgenommen und der Partei zugerechnet wird. Das Verhalten „einfacher“ Parteimitglieder kann dagegen nur in besonders gelagerten Ausnahmefällen einen schweren Schaden für die Partei anrichten, beispielsweise im Falle einer öffentlichkeitswirksamen Zusammenarbeit mit einer gegnerischen Partei.“¹⁷

Das alles lässt sich in meinem Fall nicht verifizieren.

Zunächst einmal ist kein schwerer Schaden für die SPD durch mein Verhalten entstanden. Im Gegenteil: Seitdem ich in der SPD bin, geht es aufwärts in den Meinungsumfragen, um mehrere Prozentpunkte. Das könnte gar mein alleiniger Verdienst sein, das Ergebnis einer neuen Ehrlichkeit und Sachlichkeit, die ich hier verbreite. Mein Pflichtbewusstsein gegenüber der Bevölkerung, das ist es vermutlich, was autoritäre Persönlichkeiten in der SPD-Mitgliedschaft nicht ertragen können. Die meisten SPD-Mitglieder sind heute genauso faschistoide religiöse Fanatiker und Gesinnungsethiker wie die US-Demokraten. Dieses Ausschlussverfahren beweist mir nur, dass ich mit meiner Einschätzung richtig liege. Diese politische Meinung höre ich auch oft von BürgerInnen, mit denen ich in ständigem Diskurs stehe, um sie für eine sozialere Politik zu gewinnen.

Eine wissenschaftliche Kritik könnte doch von jedem, auch öffentlich, widerlegt werden. Ein offener intellektueller Meinungsstreit ist nicht parteischädigend. Und selbst wenn, wäre das nicht ausreichend für einen Parteiausschluss. Ich stelle also fest, dass niemand in der Partei in der Lage ist, mich wissenschaftlich zu widerlegen, also gehe ich davon aus, dass meine Aussagen der Wahrheit entsprechen.

¹⁷ Limpert, Martin: Aktueller Begriff: Parteiausschluss, online unter:
<http://www.bundestag.de/dokumente/analysen/2008/parteiausschluss.pdf>

In keiner Weise ist seit meiner Mitgliedschaft in der SPD ein Glaubwürdigkeitsverlust für die Partei entstanden. Im Gegenteil: Bei den Wahlen zur BVV wurden in Neukölln auch durch mein Engagement ein Stimmenzuwachs erreicht.

Die Außenwirkung ist bei einer Veröffentlichung auf einer privaten Homepage doch relativ begrenzt, zumal ich doch das Logo der SPD gar nicht mehr verwende, weil kritische Wissenschaft selbstverständlich nicht in erster Linie zur politischen Werbung geeignet ist. Insofern kann nicht grundsätzlich darauf geschlossen werden, dass es sich hier um eine öffentlichkeitswirksame politische Außenwirkung der SPD als Partei handelt.

Ich handle hier auch bisher nicht als Amts- oder Mandatsträger, daher wird mein Agieren in der Öffentlichkeit auch nicht erheblich wahrgenommen. Dahingegen sind in der SPD-Führung in Partei und Fraktion nur politisch unreife Spinner und Angeber, die mit Voodoo-Predigten und asozialen Hass-Tiraden die Sicherheit der deutschen Bürger gefährden und verfassungswidrige Positionierungen und Gesetze beschließen, sich diesen dekadenten Spleen aber leisten können, weil sie steinreich sind auf Kosten der Parteibasis und auf Kosten des Deutschen Volkes. Diese Leute müssten mir ihr gesamtes Geld geben und selbst austreten, wenn sie Anstand hätten und der Rest des reaktionären Packs sollte sich einen Strick nehmen.

Der beanstandete Essay ist empirisch-analytische Sozialforschung. Selbst wenn er von den Mitgliedern meiner Abteilung als politische Positionierung für eine konkurrierende Partei gesehen würde, scheint das doch nicht mehr relevant zu sein für ein Parteiordnungsverfahren, wo doch der SPD-Bundesvorstand sogar etwa mit Michel Friedman ein CDU-Mitglied direkt auf der Homepage der Gesamtpartei veröffentlichen lässt.¹⁸ Ein Mitglied der CDU ist doch ein konkurrierender Politiker, der mit einer Stellungnahme auf der SPD-Webseite sogar Wahlkampf gegen die SPD macht, zumal besonders deshalb, wo doch die SPD vor allem mit der CDU um die Wählerstimmen in der politische Mitte streitet. Wer das zulässt, verstößt gegen §6 Abs. 1b)¹⁹ des Organisationsstatutes der SPD doch wohl viel eher, als ich mit meiner wissenschaftlichen Veröffentlichung.

Dass ich hier mit meiner Veröffentlichung einen Verstoß gegen §35 Abs. 1²⁰, insbesondere gegen die innerparteiliche Solidarität begangen hätte, bestreite ich energisch. Vielmehr bin ich so solidarisch, allen GenossInnen die Ergebnisse meiner Forschung sogar kostenlos zur Verfügung zu stellen, um den demokratischen Diskurs zu bereichern. Kritik an mir halte ich auch nicht für unsolidarisch.

Ich werde daher alle möglichen legalen Mittel und Wege verfolgen, um meinen Parteiausschluss zu verhindern. Wann immer ich will bin ich Sozialdemokrat und mit meiner politischen Einstellung in jeder Hinsicht auf dem Boden des Grundgesetzes und, soweit dieses es zulässt, auch bei sozialdemokratischen Grundwerten. Ich lasse mich von autoritären Persönlichkeiten in der SPD-Mitgliedschaft, insbesondere meiner Abteilung und im SPD-Bundesvorstand, zu nichts mehr zwingen. Ich halte dieses Vorgehen meiner GenossInnen daher für rechtswidrig und finde es dreist, dass mir und im Übrigen auch der Partei durch dieses Verfahren auch noch Kosten entstehen.

18 Vgl. Wiemken, Jochen: Interview mit Michel Friedman: „Schnell Rechtssicherheit schaffen!“, in: spd.de vom 19. Juli 2012, online unter:

http://www.spd.de/aktuelles/News/74280/20120719_interview_michel_friedmann_beschneidungsdebatte.html

19 Organisationsstatut der Sozialdemokratischen Partei, § 6 Abs. 1b), online unter: <http://www.spd-berlin.de/landesverband/organisationsstatut.pdf>

20 Organisationsstatut der Sozialdemokratischen Partei, § 35 Abs. 1, online unter: <http://www.spd-berlin.de/landesverband/organisationsstatut.pdf>

3. Zu den mir vorgeworfenen Textstellen im Einzelnen

3.1. Der bereits genannte Titel „Wer sozialen Fortschritt will, muss DIE LINKE. wählen.“²¹

Den oben bereits erwähnten Tatsachen über den Titel meines Essays möchte ich hinzufügen, dass ich dieses Forschungsergebnis mit Logik begründe und damit Wissenschaft und keine Parteipolitik betreibe.

Es wird hier jedoch lediglich die Sozialpolitik untersucht, was ich auch im Essay selbst angebe. Ich selbst bin vor allem aufgrund der sozialdemokratischen Positionen der Außen-, Verteidigungs-, Europa- und Sicherheitspolitik in die SPD eingetreten, weil ich die politischen Positionen der Linken und der Grünen hier für nicht tragfähig genug hielt und meine eigenen Sicherheitsinteressen und die des deutschen Volkes und der Bürger der Europäischen Union in der SPD besser verwirklicht sehe, jedenfalls zu diesem Zeitpunkt gesehen habe. Leider muss ich feststellen, dass die Grünen der SPD auch in diesen Politikfeldern zunehmend den Rang ablaufen, was vermutlich daran liegt, dass insbesondere der ehemalige Bundesaußenminister Joseph Fischer darauf geachtet hat, über strittige außen- und sicherheitspolitische Fragen in seiner Partei einen breiten Diskurs zu organisieren, um auf diese Weise für seine innerparteiliche Mehrheit zu sorgen. Das stelle ich nüchtern fest, obwohl ich seine Ansichten und Entscheidungen nicht immer geteilt habe und auch im Nachhinein nicht legitimiere.

Hier in der SPD sehe ich insbesondere die fachliche Arbeit von Politikern wie Johannes Kahrs, Rainer Arnold, Herta Däubler-Gmelin oder Karl Lauterbach als sinnvoll an, aber auch etwa die europapolitischen Positionen von Martin Schulz als zukunftsweisend. Ich schätze auch etwa die Politik von Sozialdemokraten wie Fritz Felgentreu, Erol Özkaraca und Heinz Buschkowsky.

Die Partei, die durch Gesetz mich in meiner materiellen Existenzgrundlage gefährdet, fordert von mir mehr Solidarität ein? Das scheint mir etwas dreist und asozial! Die Partei, deren Bundestagsfraktion die Genitalverstümmelung und damit ritualisierten sexuellen Missbrauch an Kindern zum allgemeinen Gesetz machen will, will mich maßregeln? Das ist unerträglich!

Ich sehe die Linkspartei heute zu weiten Teilen als eine sozialdemokratische Partei an, die leider bei weitem nicht so radikal ist, wie es die SPD war vor fast 100 Jahren und mehr bereits. Ich bin eben weitaus radikaler und „linker“ als einige Politiker der Partei DIE LINKE. und deshalb auch der Vordenker der Sozialdemokratie, einer ihrer führenden Theoretiker und einer der bedeutendsten wissenschaftlichen Sozialisten weltweit. Deshalb bin ich auch SPD-Mitglied geworden.

Gegen mich, einen völlig antiautoritären, egalitären und humanitären Marxisten, sind etwa Prof. Dr. Peter Lösche und Prof. Dr. Franz Walter ein Duo wie Hermann Göring und Reinhard Heydrich. Ersterer steuert autoritär institutionalisierte Gewalt durch eine neue Form der Gestapo, verrät (Anders-)Denkende an die Ökumene und die Mafia und wirft Logiker diesen Gesinnungsfaschisten zum Fraß vor. Der Andere ist betraut mit der „Enlösung der Ketzer-Frage“. Zwei neoliberale Institutionisten, die die SPD zu einer aus Washington gesteuerten Kader-Organisation des US-

21 Frank, Michael: Wer sozialen Fortschritt will, muss DIE LINKE. wählen, www.michael-frank.eu vom 25. Mai 2012, online unter: <http://www.michael-frank.eu/Essays/2012-05-25-Wer-sozialen-Fortschritt-will.pdf>

Imperialismus geformt haben. Das ist Ausdruck der ideologischen Durchdringung der Deutschen Politik durch den US-Imperialismus. In den USA sind nämlich alle antisozial, rassistisch, sexistisch, homophob, antikommunistisch, antisemitisch und antideutsch. Die SPD ist damit keine linke Volkspartei mehr, keine demokratische Partei, keine sozialistische Partei, sondern eine Partei der bürgerlich-neoliberalen Dekadenz, eine konservative Partei.

Die von der SPD mehrheitlich befürwortete NATO ist für mich nicht anders, als die Komintern. Die selbe Struktur einer zentral gesteuerten imperialen Kriegsmaschine, die letztlich keinerlei moralische Werte hat, außer den kapitalistischen Ausbeutungsprozess mittels Krieg umzusetzen und neue Rohstoffquellen und Absatzmärkte zu erschließen.

Ich würde noch weiter gehen. Will die SPD Sicherheit für die deutsche Bevölkerung gewährleisten, so muss sie nicht nur für die fortschreitende Europäisierung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik eintreten, sondern sich auch endlich von den Lakaien des US-Imperialismus, zumindest aber von deren Ideologie, trennen. Diese Positionierung ist in jeder Hinsicht vereinbar mit dem Hamburger Programm, wo ausgeführt wird:

„Die Sozialdemokratie war – im Gegensatz zu anderen Parteien – immer internationalistisch und europäisch orientiert. Deshalb arbeiten wir weiter am Projekt des geeinten Europa, das 1925 im Heidelberger Programm der SPD eine Vision war und nun vollendet werden kann.“²²

Es ist das Problem der Partei DIE LINKE., dass sie nicht in der Lage ist, über ihren ideologischen Schatten zu springen in der Sicherheits-, Verteidigungs- und Außenpolitik und damit letztlich nur den Russen und den US-Amerikanern helfen, die Europäische Union zu zersetzen. Deshalb bin ich auch bewusst in die SPD eingetreten und ich werde hier bleiben, um für ein soziales Europa mit einer linken Mehrheit zu streiten. Davon werde ich mich nicht abbringen lassen, auch nicht von den Feinden der Demokratie und des Rechtsstaates in der SPD-Mitgliedschaft.

Ich lasse mich nicht ausschließen, auch und vor allem deshalb nicht, weil rot lackierte Kreuzfaschisten und Islamisten in der SPD eine Mehrheit gegen mich haben!

Sieht man sich die SPD und DIE LINKE. in Deutschland an, so kann hier ein Vergleich mit der Türkei gezogen werden. Auch dort gibt es mehrere linke Parteien und mindestens zwei sozialdemokratische Parteien.

In der Türkei gibt es zwei sozialdemokratische Parteien in einem parlamentarischen Mehrparteiensystem. Zum einen die „Cumhuriyet Halk Partisi“, die Vollmitglied in der Sozialistischen Internationalen ist.²³

Ebenfalls gibt es die Barış ve Demokrasi Partisi, die in der Sozialistischen Internationale Beobachterstatus hat und im selben politischen Spektrum um Wähler buhlt²⁴ und ebenso assoziiertes Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Europas ist.

Weiterhin gibt es die Demokratik Sol Parti²⁵ und die Özgürlük ve Dayanışma Partisi²⁶ die auch beide im links-sozialistisch/sozialdemokratischem Spektrum zu sehen sind.

22 Das Hamburger Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, S. 12, online unter: http://www.spd.de/linkableblob/1778/data/hamburger_programm.pdf

23 Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Cumhuriyet_Halk_Partisi

24 Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Bar%C4%B1%C5%9F_ve_Demokrasi_Partisi

25 Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Demokratik_Sol_Part%C3%96

26 Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/%C3%96zg%C3%BCrl%C3%BCk_ve_Dayan%C4%B1%C5%9Fma_Partisi

Ebenso sehe ich in Deutschland die Piratenpartei, Die Grünen, DIE LINKE. und zumindest zum Teil auch noch die SPD im linken politischen Spektrum.

Nun möchte ich auf die Theorie des Hausphilosophen von Helmut Schmidt, nämlich Karl Popper eingehen, der ebenso wie einst David Hume behauptete, dass es keine allgemein notwendigen Gesetze als Ergebnis von logischen Schlüssen gibt, die mit Induktion gezogen werden können. Der logische Schluss, DIE LINKE. zu wählen, kann jedoch deduktiv und induktiv gefasst werden.

Wenn man etwa einen metaphysischen Systementwurf hat, aus einer idealistischen Theorie heraus, wie etwa die ehemaligen Sozialdemokraten um Oskar Lafontaine, immer auf Seite der Ausgegrenzten zu sein oder den, als sozial Benachteiligter, sein Eigeninteresse auch im Kollektiv zu vertreten, d.h. rationaler Egoismus aus Existenznot, oder wenn man ein Moralist ist, so ist angesichts der realen Regierungs- und Oppositionspolitik der SPD und den im Essay aufgeführten empirischen Argumenten es ein deduktiver logischer Schluss, DIE LINKE. zu wählen.

Dieser deduktive Schluss galt in Westdeutschland bis 1990 nur für die SPD und hat ihr auch die Wahlerfolge 1998 und 2002 gesichert, wenn man sich etwa die politischen Wahlkampfreden von Gerhard Schröder ansieht.

Wenn man rein induktive Logik verwendet, also beispielsweise eine marxistische Perspektive anwendet, so kann man etwa aus der marxistischen Theorie, die ja das Ergebnis von induktiver Logik ist, um das Klasseninteresse des Proletariats zu vertreten, den logischen Schluss fassen, dass es richtig ist, DIE LINKE. zu wählen.

Wenn man ausgehend von den eigenen durch Beobachtung geschlossenen Lebensumständen und dem allgemeinen Reichtum in der Gesellschaft oder zumindest ihrer Elite oder auch von statistischen Erhebungen darlegt, dass die politischen Positionen der Linkspartei in der Sozialpolitik sich ebenfalls mit den im Grundgesetz oder der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte dargelegten Zielen und Normen vereinbaren lassen, so zeigt sich doch, dass der logische Schluss, DIE LINKE. zu wählen überhaupt nicht abwegig ist. Was die Linkspartei etwa in der Bildungs-, Sozial- und Gesundheitspolitik vertritt, sind alles die Ergebnisse der empirisch-analytischen Sozialforschung der letzten Jahrzehnte, die auch von sozialdemokratischen Wissenschaftlern vertreten wurden. Die politische Elite der SPD erweckt den Eindruck, als wolle sie der Linkspartei das Themenfeld der sozialen Gerechtigkeit oder Gleichheit geradezu völlig überlassen und bleibt theoretisch und praktisch stehen. Dass die Positionen der Linkspartei in einigen Politikfeldern besser für Millionen von Bürgern sind, als die der SPD, ist offenkundig. Dass auch einige deutsche Verfassungsrichter ebenfalls argumentieren, dass das geltende Recht, etwa Regelungen im SGB, gegen die Menschenwürde nach Art. 1 gerichtet ist²⁷, zeigt, dass offensichtlich zwingender Handlungsbedarf für den Gesetzgeber besteht. Ich denke aber, dass dies auch einige SozialdemokratInnen so gesehen haben.

Man kann aber feststellen, dass die Wahlkampagne und Kommunikation der SPD als Partei der „Neuen Mitte“ in erster Linie nicht vom Wähler so verstanden wird, dass man die Politik der sozialen Umverteilung als stärkste Kraft des Parteiensystems in die Mitte der Gesellschaft tragen und mehrheitsfähig machen will, sondern so, dass man ausschließlich Politik für die gesellschaftliche Mittelschicht macht und dabei die Unterschicht, die Probleme des Prekariats und des vogelfreien Proletariats völlig außer Acht lässt.

27 Hilfe für Kinder: Verfassungsrichter wollen Hartz IV an der Menschenwürde messen, in: Spiegel Online vom 20. Oktober 2010, online unter: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/hilfe-fuer-kinder-verfassungsrichter-wollen-hartz-iv-an-menschenwuerde-messen-a-656118.html>

Das Ausschlussverfahren gegen mich beweist, dass die SPD auf die Gesinnung von Helmut Schmidt und damit der Agitation des unwissenschaftlichen Scharlatans Karl Popper gleichgeschaltet ist, der behauptete, dass es lediglich deduktive Schlüsse gibt, die die einzige Wahrheit sind und zwar nur den deduktiven Schluss, der davon ausgeht, dass nur die SPD für sozialen Fortschritt ist, weil sie die SPD ist und deshalb unbezweifelbar richtig. Diese Form der Deduktion ist auch in der Linkspartei-Mitgliedschaft die mehrheitliche Meinung über sich selbst.

Aber selbst in der deduktiven Logik sollte man davon ausgehen, dass die allgemeine Theorie, die man hat, von der man abstrahiert, auch eine Theorie ist, die das Ergebnis von Logik ist und nicht ein metaphysischer Systementwurf, wie das neoliberal-christlich-muslimisch-konservative Weltbild der SPD heutzutage, das nach meinem Dafürhalten nur Ideologie ist, die strukturell nicht anders als die der Marxisten-Leninisten, etwa in der DKP ist.

Die sozialdemokratische Agitation ist überholt. Die SPD denkt, sie wäre richtig, weil die Grünen Multikulti-Ideologen und Öko-Spinner wären, die NPD ohnehin falsch und DIE LINKE. eine rot lackierte Doppelausgabe der NPD (Nazis, Kozis und Öko-Sektierer), der Rest der Bevölkerung sind Ketzer. Das ist die Theorie, die auch die CDU hat, nur dass diese DIE LINKE. und die SPD gleichermaßen als falsch sieht, weil sie nicht ausschließlich christlich und schon gar nicht mehrheitlich katholisch ist und weil sie sich sozialistisch gibt. Das ist es, wovon die CDU profitiert. Bei den unentschlossenen Wechselwählern in der politischen Mitte. Weil die SPD sich ohnehin kaum von der CDU unterscheidet, und keine faszinierenden neuen Positionen öffentlichkeitswirksam vermarktet, kann man auch gleich konservativ wählen.

Dieses sozialdemokratische neoliberal-christliche Weltbild seit Bad Godesberg ist aus der Perspektive der SPD-Mitgliedschaft, die sich mehrheitlich aus Christen zusammensetzt verständlich, aber für den Wähler deshalb noch lange nicht, weil das letztlich die Theorie der Ökumene über sich selbst ist. Eine Theorie die redundant ist und dem Betroffenen von sozialer Ausgrenzung kein Stück weiter hilft. Und es ist eine Theorie, die letztlich eine ethische Theorie ist, nämlich die, nach 1945 demokratisch zu sein, während man weiterhin den kapitalistischen Ausbeutungsprozess betreibt. Bei der SPD ist das ein deduktiver Schluss vom eigenen Metaphysik-Entwurf, der ein Resultat von normativ-ontologischer Willensbekundung war, demokratisch und sozial zu sein. Aber: Es gibt, zumindest nach meiner Auffassung, kein ethisches, kein normatives Werturteil, dessen Wahrheit empirisch verifizierbar ist. Und neoliberales Predigen ist für mich nicht sozial. Deshalb ist das alles in den Augen des aufgeklärten Wählers nur Schaumschlägerei und keine eindeutige Positionierung, wofür man politisch auch langfristig steht. Ein wenig Flagge zeigten einst Franz Müntefering mit der kapitalismuskritischen Heuschreckendebatte oder Gerhard Schröder in der Frage der Ablehnung des Irak-Krieges, sonst kam jahrelang nur heiße Luft.

In einer Realität vom Ende der Mitgliederparteien, dem Ende der Volksparteien und von immer mehr Wechselwählern, ist die SPD damit nicht mehr eine attraktive und lukrative Wahl, insbesondere nicht für diejenigen, die sie vielleicht sogar vertreten will, aber nicht kann, weil der eigene neoliberal-christliche Systementwurf nichts anderes ist, als das evangelische Patriarchat, das Dogmen des vermeintlich „Richtigen“, des vermeintlich „guten“ Lebens auf die Gesamtgesellschaft überstülpen will, ohne mit der Gesellschaft darüber zu kommunizieren, wie Politik nach deren normativen Vorstellungen gestaltet werden soll oder gar, was noch viel besser wäre, die Ergebnisse der empirischen Sozialforschung umzusetzen.

Deswegen ist auch exemplarisch an etwa dem Wahlkreis Friedrichshain-Kreuzberg und der Kandidatur von Björn Böhning im Bundestagswahlkampf 2009 zu erkennen, wie schädlich das Politik-Marketing der SPD-Parteiführung ist. Böhning gilt innerhalb der Partei als Vertreter der eher

linken Strömung und er hat einen anständigen, auch inhaltlich klugen Wahlkampf geführt. Dennoch war das Ergebnis mehr als dürftig. Sein Misserfolg ist nicht das Ergebnis seiner politischen Einstellung als Kandidat, sondern das Ergebnis des falschen Politik-Marketings der politischen Führung, die ihn in diesem Wahlkreis aufreiben und aussortieren wollte.

Wenn die SPD wieder die führende Kraft, auch als deutschland- und europaweit stärkste Fraktion werden will, so muss sie mit den drei Parteien im linken Spektrum und insbesondere mit der Bevölkerung in den Diskurs treten, die Meinungsführerschaft wieder übernehmen und durch einen positiven Diskurs mit denen bestehen, um dem Wähler zu beweisen, dass die SPD unverzichtbar für eine stabile Regierung ist. Das heißt vor allem:

1. nicht überheblich sein
2. eigene Positionen deutlich begründen
3. nicht zu sehr personalisieren und auf Kandidaten fokussieren
4. gegenüber der CDU etwa einen klaren Abgrenzungs-Wahlkampf zu führen, so wie es Gerhard Schröder bis zum Ende seiner Regierungszeit gegenüber Frau Merkel getan hat

Es mag zwar rein normativ für die SPD-Mitgliedschaft falsch sein, DIE LINKE. zu wählen, für zumindest einen relevanten Teil der Wähler ist es eben nicht so und diese Wähler wird man auch nie wieder an die SPD binden können, zumindest solange nicht, wie die SPD kein „neues soziales Projekt“ nach der Agenda 2010 anzubieten hat, das den Betroffenen von sozialer Ausgrenzung wirklich weiterhilft.

3.2. Seite 1, 4. Absatz: „Die Ursache ist für mich hier die Unterwanderung und Penetration der SPD von und durch Kader der Ökumene und des Großkapitals.“²⁸

Ich stellte durch meine Anwesenheit bei einigen Parteiveranstaltungen oben genannte Tendenzen fest, das ist die Methode der aktiv teilnehmenden Beobachtung, eine übliche Vorgehensweise in der Sozial- und Politikwissenschaft. Das ist Empirie. Was ich genau damit meine, möchte ich im Folgenden erläutern.

Wer sind nun also die Kader der Ökumene?

Für mich sind das auf eine menschenverachtende Ideologie gleichgeschaltete Rassisten, die ich für gefährlich und gewalttätig halte. Durch meine Erfahrung in der DDR habe ich erlebt, was Gleichschaltung bedeutet. Kader der Ökumene sind vergleichbar mit den marxistisch-leninistischen Gesinnungsethikern in der DDR, nur, dass die SPD-Christen nun wieder an Gott glauben, ein in der frühen Kindheit indoktriniertes falsches Werturteil, das falsch ist, weil wir von Karl Marx doch wissen, dass Religion (nur) „Opium des Volkes“ ist und nur normative Gesinnung, auf die alle Mitglieder einer Religionsgemeinschaft gleichgeschaltet werden. Christen unter den SPD-Mitgliedern sind für mich durch ihre Naivität wie Abhör-Wanzen der CDU. Für mich stellt sich der Zusammenhang zwischen Religion und realer Veränderung der politisch-ökonomischen Verhältnisse ebenso dar, wie für Karl Marx:

„Das religiöse Elend ist in einem der Ausdruck des wirklichen Elendes und in einem die Protestation gegen das wirkliche Elend. Die Religion ist der Seufzer der bedrängten Kreatur, das Gemüth einer herzlosen Welt, wie sie der Geist geistloser Zustände ist. Sie ist das Opium des Volks.“

Die Aufhebung der Religion als des illusorischen Glücks des Volkes ist die Forderung seines wirklichen Glücks. Die Forderung, die Illusionen über seinen Zustand aufzugeben, ist die Forderung, einen Zustand aufzugeben, der der Illusionen bedarf. Die Kritik der Religion ist also im Keim die Kritik des Jammertales, dessen Heiligenschein die Religion ist.“²⁹

Die religiösen Gesinnungsethiker in der SPD sind für mich der Grund für das Festhalten an der Ideologie der „Sozialen Marktwirtschaft“, die letztlich nichts anderes ist, als ein mit mildtätigen Gaben durch die öffentliche Hand garnierter Kapitalismus, der insbesondere in osteuropäischen Mitgliedsländern der EU zum Teil auch wie der Manchester-Kapitalismus anmutet. Karl Marx erkannte bereits: *„Für eine Gesellschaft von Warenproduzenten [...] ist das Christentum mit seinem Kultus des abstrakten Menschen [...] die entsprechendste Religionsform“³⁰* Protestantische Arbeitsethik und Katholische Soziallehre sind die Garanten für die Aufrechterhaltung des status quo, den ich für falsch halte und zu überwinden gedenke. Wer Kapitalismus überwinden will, muss demnach zunächst mit Religionskritik ansetzen und das religiöse Patriarchat überwinden. Das hatte die Sozialdemokratie im Heidelberger Programm von 1925 bereits erkannt. Die überproportionale Betonung von christlicher Gesinnung im Hamburger Programm halte ich daher für einen enormen theoretischen Rückschritt, der sich im realen politischen Wirken widerspiegelt und für die

28 Frank, Michael: Wer sozialen Fortschritt will, muss DIE LINKE. wählen, www.michael-frank.eu vom 25. Mai 2012, online unter: <http://www.michael-frank.eu/Essays/2012-05-25-Wer-sozialen-Fortschritt-will.pdf>

29 Marx, Karl: Einleitung zur Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie; in: Deutsch-Französische Jahrbücher 1844, S. 71f, zitiert nach MEW Band 1, S. 378-379

30 Marx, Karl: Das Kapital. 1867. In: MEW Band 23, S. 93

Interessen der Bevölkerung negative Auswirkungen hat.

Besonders gefährlich sind für mich aber die Schnee-Kader der Ökumene. Das sind Personen, die im Auftrag der US-Geheimdienste und der islamistischen Regime uns hier Kokain und Heroin anschleppen und durch Kinder und Jugendliche auch an Schulen verteilen lassen. Die schlimmsten Gewaltideologen der Ökumene tarnen sich heute im Auftrag der US-Regierung mit einem SPD-Parteibuch, um ihre krummen Geschäfte hier zu betreiben und um ihre Gewaltideologie auf die Gesamtgesellschaft auszudehnen. Mit meiner Äußerung zu diesem Punkt möchte ich hier lediglich die Kinder und Jugendlichen vor Gewalt und Drogenkonsum warnen, aber auch die SPD-Elite doch zumindest höflich bitten, das Spiel nicht zu weit zu treiben und sich endlich eindeutig gegen US-amerikanische Gewaltverbrecher zu positionieren, die uns hier zuschneien. Was sollte dagegen sprechen?

Dazu gesellen sich in der SPD humanistische Gesinnungsethiker, die eine Ideologie vertreten die auf den ersten Blick scheinbar individuelle Freiheiten garantiert, aber bei genauerer Betrachtung eine so biegsame Ideologie ist, die auch verfassungswidrige Angriffskriege oder auch Körperverletzung an Kindern zu legitimieren in der Lage war und ist. Wie wir jedoch von Michel Foucault wissen, ist Humanismus aber lediglich *„die Gesamtheit der Diskurse, in denen man dem abendländischen Menschen eingeredet hat: Auch wenn du die Macht nicht ausübst, kannst du sehr wohl souverän sein. [...] Je besser du dich der Macht unterwirfst, die über dich gesetzt ist, umso souveräner wirst du sein. Der Humanismus ist die Gesamtheit der Erfindungen, die um diese unterworfenen Souveränitäten herum aufgebaut worden ist: die Seele (souverän gegenüber dem Leib, Gott unterworfen), das Gewissen (frei im Bereich des Urteils, der Ordnung der Wahrheit unterworfen), das Individuum (souveräner Inhaber seiner Rechte, den Gesetzen der Natur oder den Regeln der Gesellschaft unterworfen).“*³¹ Gerade unter den realen Bedingungen der ungleichen Einkommensverteilung und der Machtungleichheit in dieser Gesellschaft ist Humanismus für mich nur dekadente, faschistoide und patriarchale Gesinnung.

Ich bleibe jedoch auch in dieser Frage bei dem Ergebnis von formaler Logik mit dem Ziel der klassenlosen Gesellschaft, die Karl Marx Kommunismus nennt. Dieser ist auch für mich die *„[...] wirkliche Aneignung des menschlichen Wesens durch und für den Menschen; darum als vollständige, bewußt und innerhalb des ganzen Reichtums der bisherigen Entwicklung gewordne Rückkehr des Menschen für sich als eines gesellschaftlichen, d.h. menschlichen Menschen. Dieser Kommunismus ist als vollendeter Naturalismus ≈ Humanismus, als vollendeter Humanismus ≈ Naturalismus, er ist die wahrhafte Auflösung des Widerstreites zwischen dem Menschen mit der Natur und mit dem Menschen, die wahre Auflösung des Streits zwischen Existenz und Wesen, zwischen Vergegenständlichung und Selbstbestätigung, zwischen Freiheit und Notwendigkeit, zwischen Individuum und Gattung.“*³²

Ich halte (religiöse) Gesinnungsethiker alle für homophobe und pädophile Gewalttäter und Kinderschänder, die Art. 4 Abs. 1 GG und Art. 4 Abs. 2 GG nutzen um Gewalt gegen die Bevölkerung insbesondere gegen Kinder zu legitimieren. Das halte ich für einen Angriff auf die Menschenwürde nach Art. 1 Abs. 1 GG, Art. 1 Abs. 2 GG, auf das Grundrecht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit nach Art. 2 Abs. 1 GG, gegen das Recht auf körperliche Unversehrtheit nach Art. 2 Abs. 2 GG und gegen die Gleichstellung der Geschlechter nach Art. 3 Abs. 2 GG. Vor diesen Personen habe ich Angst um meine körperliche Unversehrtheit. Die Mehrheit der sozialdemokratischen Mitglieder, etwa $\frac{3}{4}$, sind Christen³³ und ich halte davon die wenigsten für

31 Foucault, Michel: Von der Subversion des Wissens, 1974, S.114

32 Marx, Karl: Ökonomisch-philosophische Manuskripte aus dem Jahre 1844., in: MEW Band 40, S. 536

33 Vgl. <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/42102/zahlen-und-fakten>

laizistisch oder säkular. Diese gesellschaftliche Entwicklung rückwärts seit dem Godesberger Programm habe ich bereits mehrfach kritisiert. Ich stehe für eine Veränderung im Sinne einer Rückbesinnung zu den sozialdemokratischen Werten aus dem Heidelberger Programm der SPD von 1925, wo es als Forderung noch hieß:

„Die öffentlichen Einrichtungen für Erziehung, Schulung, Bildung und Forschung sind weltlich. Jede öffentlich-rechtliche Einflußnahme von Kirche, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften auf diese Einrichtungen ist zu bekämpfen. Trennung von Staat und Kirche, Trennung von Schule und Kirche, weltliche Volks-, Berufs- und Hochschulen. Keine Aufwendung aus öffentlichen Mitteln für kirchliche und religiöse Zwecke.“³⁴

Dies halte ich auch für verfassungsmäßig geboten. Ähnliche Positionen werden heute etwa von der Piratenpartei vertreten. Warum nicht mehr von der SPD? Man könnte doch zumindest laizistisch innerhalb der Parteistruktur sein. Soviel Solidarität könnte doch auch ich erwarten.

Die religiöse Gewalt der SPD gegen mich, andere konfessionslose GenossInnen und gegen die Bevölkerung sehe ich als eine schockierende Entwicklung in der gesamten Arbeiterbewegung und als Ergebnis eines neoliberalen Demokratieverständnisses an. Die Gefahr einer Wiederkehr der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft ist für mich deshalb allgegenwärtig, weil eben auch der Nationalsozialismus ein autoritäres Evangelium war. Im Grunde nicht viel anders, als die neoliberale Ideologie der SPD, die Helmut Schmidt und seine Getreuen von den US-Faschisten paraphrasiert haben, (weil sie es sollten). Kapitalismus, auch soziale Marktwirtschaft, ist das Prinzip Auschwitz für die Gesamtgesellschaft und auch die Weltgesellschaft. Nur die Struktur des Massenmordes ist etwas anders, das Prinzip bleibt das Gleiche. Diese Wirtschaftsordnung ist das Ergebnis von religiöser Gesinnung hauptsächlich von und durch Christen. Die SPD ist derzeit für mich reaktionär, neoliberal, nationalistisch, patriarchal, homophob und faschistoid.

Wen meine ich mit dem Begriff „Kader des Großkapitals“?

Damit meine ich die neoliberalen Ideologen, die durch die Ausbildung an deutschen Universitäten gleichgeschaltet werden. Ich halte Gleichschaltung auf die Ergebnisse von Metaphysik und Indoktrination von Ethik für ein Merkmal von autoritären Regimen jeder Art. Und Demokratie ist ein autoritäres Regime und eine illegitime Gewaltherrschaft, wie wir von Aristoteles oder von Karl Marx ableiten können. An deutschen Universitäten findet neoliberale Indoktrination durch christliche Zucht statt. Wie stark der Einfluss der Religionsgemeinschaften auf die Vergabe von Forschungsgeldern und Professuren ist, zeigt etwa auch die Verleihung von akademischen Ehrentiteln an autoritäre und religiöse Gesinnungsethiker, etwa Wolfgang Thierse oder Alice Schwarzer. Ich halte beide für rassistische und homophobe Gewaltideologen, die eine Ethik vertreten, die der der Nationalsozialisten sehr ähnlich ist.

Die meisten, auch zunehmend die sozialdemokratischen ProfessorInnen in den Sozialwissenschaften und der Philosophie sind derzeit nach meinem Dafürhalten keine Wissenschaftler. Jedenfalls dann nicht, wenn man wie ich davon ausgeht, dass weder die Ethik noch die Metaphysik Wissenschaft ist. Und angewandte Hermeneutik auf Quellen ohne logischen Schluss sind nur (meist redundante) Sachbücher.

Etwa die Tatsache, dass innerhalb der SPD durch die Partei-Funktionäre unterstützt vom administrativen Parteiapparat, Verträge für T-Mobile und Versicherungen in der Mitgliedschaft

34 Das Heidelberger Programm der SPD, online unter:

<http://www.marxists.org/deutsch/geschichte/deutsch/spd/1925/heidelberg.htm>

verkauft werden und einige Mitglieder damit die SPD-Basis für den eigenen ökonomischen Vorteil ausbeuten, sehe ich als eine Schande für die Sozialdemokratie. Sind wir schon eine Drücker-Kolonie für die Versicherungs-Mafia?

Ebenso die vielen Spenden von Großunternehmen mit denen man sich in deren ideologische Abhängigkeit begibt.

Aber auch Lobbyisten für Großkonzerne, die die Interessen derer Eigentümer und nicht derer Angestellten und Arbeiter vertreten, tummeln sich in der Partei und machen als Mitglieder bereits ihren egoistischen Kapitalverwertungs-Anspruch gegen die Interessen des Proletariats geltend. Einen längeren Beitrag zum Thema Lobbyismus gab es im Juli/August 2012 selbst im Vorwärts.³⁵ Demnach ist meine Analyse in diesem Punkt doch nicht abwegig.

Ich jedenfalls bleibe bei der theoretischen Erkenntnis und dem praktischen Auftrag des Erfurter Programms der SPD von 1891, wo ausgeführt wurde:

„Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln [...] in gesellschaftliches Eigentum, und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, dass der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger, harmonischer Vervollkommnung werde.“³⁶

Deshalb sehe ich die Unterwanderung und Penetration der SPD durch Kader des Großkapitals insgesamt als eine negative Entwicklung für eine Partei, die in der Tradition von August Bebel, Wilhelm Liebknecht und Kurt Schumacher steht, denn die bedingungslose Aufopferung und politische Vertretung für die Interessen der Ausgebeuteten und Unterdrückten in dieser Gesellschaft ist für mich, wie für August Bebel eine Prinzipienfrage:

„Sobald die Prinzipienfrage bei unserer praktischen Tätigkeit in den Hintergrund tritt [...] vielleicht geradezu verleugnet wird, verlässt die Partei den festen Boden, auf dem sie steht und wird eine Fahne, die sich dreht wie der Wind weht. Der prinzipielle Maßstab muss allen unseren Forderungen auch in der Praxis angelegt werden, er muss der Prüfstein bilden, ob wir auf dem richtigen Weg sind oder nicht.“³⁷

Ich sehe auch als Ziel der Sozialdemokratie weiterhin, wie Karl Marx und August Bebel, die revolutionäre Umgestaltung dieser bestehenden Gesellschaft in eine klassenlose und auch herrschaftsfreie Gesellschaft, denn:

„Die Verleugnung der wirklichen revolutionären Ziele der Partei führen nur mit Notwendigkeit zur Versumpfung [...] Wir kämpften bisher um alles, was wir vom heutigen Staat erreichen können, aber was wir immer erringen – das ist stets betont worden – ist nur eine kleine Konzession und ändert am wahren Zustand der Dinge absolut nichts.“³⁸

Ich bleibe auch bei der Erkenntnis von Wilhelm Liebknecht, dass Sozialismus und Demokratie untrennbar zusammengehören:

35 Siehe dazu: Vorwärts 07/08 2012, Etwa S. 4ff.

36 Das Erfurter Programm der SPD von 1891, online unter:
<http://www.marxists.org/deutsch/geschichte/deutsch/spd/1891/erfurt.htm>

37 Bebel, August, zit. nach: Schraepfer, Ernst: Bebel, S.40

38 Bebel, August, zit. nach: Schraepfer, Ernst: Bebel, S.59

„Sozialismus und Demokratie sind nicht dasselbe, aber sie sind nur ein verschiedener Ausdruck desselben Grundgedankens; sie gehören zueinander, ergänzen einander, können nie miteinander in Widerspruch stehen. [...] Der demokratische Staat ist die einzig mögliche Form der sozialistisch organisierten Gesellschaft. [...] Weil wir die Untrennbarkeit der Demokratie und des Sozialismus begriffen haben, nennen wir uns Sozialdemokraten.“³⁹

Ich sehe mich in gewisser Hinsicht auch in der theoretischen Tradition von Dr. Kurt Schumacher, der einst sagte:

„Die ganze nationalsozialistische Agitation ist ein dauernder Appell an den inneren Schweinehund im Menschen; und wenn wir irgendetwas beim Nationalsozialismus anerkennen, dann ist es die Anerkennung, dass ihm zum ersten Mal in der deutschen Politik die restlose Mobilisierung der menschlichen Dummheit gelungen ist.“⁴⁰

Ebenso wie Schumacher über die Nazis dachte, denke ich auch heute noch über die CDU, die letztlich seit 1945 nichts anderes tut und keine prinzipiell anderen Positionen vertritt, als die NSDAP davor, nur dass sie es im demokratischen Diskurs tut, weil sie eben keine alleinige Mehrheit hat und auch nie wieder bekommen sollte. Und die SPD ist seit Jahrzehnten dabei, sich diesen Positionen anzunähern.

Ich bleibe auch beim Ziel des Kommunismus auf der Grundlage des historischen Materialismus von Karl Marx und Friedrich Engels, nach dem in einer klassenlosen Gesellschaft eine Form der Herrschaft überflüssig wird. Kommunismus ist das Endziel der Geschichte! Ich bleibe dabei, denn:

„Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnungen. Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen. Proletarier aller Länder – vereinigt euch!“⁴¹

Ich stehe zur sozialistischen Einheitsfront, die heute eben mit mehreren Parteien gebildet werden kann und muss. Sieht man die Wahlumfragen und konstatiert, dass SPD, Grüne, Linke und Piraten grundsätzlich für mehr soziale Umverteilung von Oben nach Unten politisch Position ergreifen, rechnet also die Stimmen aller zusammen, so kommt man bald auf eine 2/3-Mehrheit im Bundestag. Wir machen die Einheitsfront in 4 Parteien – So viel Sozialdemokratie war in Deutschland noch nie! Das linke Parteienspektrum hat 10% mehr Wähler als die SPD 1972 allein, nur dass es eben 4 Parteien sind. Das sind auch insgesamt 10% mehr Stimmen als 2009 für das linke Lager. Und die FDP ist überflüssig geworden und vielleicht bald raus aus dem Parlament. Bleibt nur, dass die SPD eben nicht mehr allein eine führende Rolle hat. Das hat sie sich zum Teil selbst zuzuschreiben, zum anderen aber kann man den Kampf gegen den Klassenfeind CDU um die stärkste Fraktion bei einer besseren programmatischen Ausrichtung auch wieder gewinnen.

Wir wissen, dass es eine Reihe von Mitgliedern, insbesondere in der SPD-Elite gibt, die selbst ausschließlich von der Arbeit anderer leben und ein doch recht fürstliches Einkommen haben. Hier scheint mir der Bezug zur gesellschaftlichen Wirklichkeit, wie sie viele ärmere Menschen in

39 Liebknecht, Wilhelm: Über die politische Stellung der Sozialdemokratie, insbesondere mit Bezug auf den Norddeutschen „Reichstag“ (1869); referiert bei Wolfgang Schieder: Sozialismus. In: Otto Brunner, Werner Conze, Reinhart Koselleck (Hrsg.): Geschichtliche Grundbegriffe Bände 1 - 8. 2004, S. 979

40 Schumacher, Kurt: Reichstagsrede 23. Februar 1932

41 Marx, Karl/Engels, Friedrich: Manifest der Kommunistischen Partei, online unter: <http://www.marxists.org/deutsch/archiv/marx-engels/1848/manifest/4-stelkomm.htm>

unserem Lande erleben, abhanden gekommen zu sein. Diesen Zusammenhang zwischen religiöser Elite und arbeitendem Volk, hat Lenin bereits sehr hervorragend analysiert:

„Wer sein Leben lang schafft und darbt, den lehrt die Religion Demut und Geduld im irdischen Leben und vertröstet ihn auf den himmlischen Lohn. Wer aber von fremder Hände Arbeit lebt, den lehrt die Religion Wohltätigkeit hienieden; sie bietet ihm eine wohlfeile Rechtfertigung für sein Ausbeuterdasein und verkauft zu billigen Preisen Eintrittskarten zur himmlischen Seligkeit. Die Religion ist das Opium für das Volk. Die Religion ist eine Art geistigen Fusels, in dem die Sklaven des Kapitals ihr Menschenantlitz, ihren Anspruch auf ein auch nur halbwegs menschenwürdiges Dasein ersäufen.“⁴²

Meines Erachtens wäre es doch an der Zeit, dass einige hochdotierte Partei-Bonzen in der SPD sich mal an die eigene Nase fassen und überlegen, ob sie es nicht höchst selbst sind, die die Bevölkerung mit „Fusel ersäufen“, während sie selbst in Luxus schwelgen und im Swimmingpool in Schaumwein baden. Neoliberalismus ist ein ideologischer Kreationismus aus drei Bestandteilen: Kapitalismus, Christentum und Demokratie. Alle drei Bestandteile sind nichts als Gesinnungsethik, deren Wahrheit und vor allem deren ewige Gültigkeit nicht empirisch belegbar ist.

Ich habe ein tief ablehnendes Verhältnis zu Kadern der Ökumene, zu Kapitalisten und zu imperialistischen Ideologen, weil ich selbst erfahren musste und immer wieder erfahren muss, wie gewalttätig sie sind mit ihrer gesellschaftlichen Durchdringung und dem Psychoterror durch die Massenmedien. Ich kann mich noch genau an die Wendezeit erinnern. Erst mussten wir alle Angst haben, dass die USA Atombomben auf uns Ostdeutschen abwerfen, wie einst auf Hiroshima und Nagasaki. Dann direkt nach dem Fall des antiimperialistischen und antifaschistischen Schutzwalls kamen US-amerikanische Evangelikale ins Land und haben uns als Kinder alle unter Zuhilfenahme ihrer kranken Ethik vergewaltigt. Da habe ich es sehr deutlich in früher Kindheit erfahren, wie gut es ist, politisch auf der richtigen Seite zu stehen. Danach wurden wir Ostdeutschen alle durch den Mafia-Kanzler Helmut Kohl enteignet. Nach dem Regierungswechsel wollte die SPD nicht mal uns Wende-Kinder für das Leid entschädigen, das der Westen uns angetan hat. Deshalb finde ich es auch furchtbar, dass die SPD heute dieses von den Amerikanern durch die CDU zurück ins Land geholte Prinzip des Imperialismus, der Unterdrückung und Ausbeutung durch militärische Expansion, kurzum des industriell organisierten Massenmordes als Resultat der kapitalistischen Produktionsweise, zum allgemeinen Gesetz, insbesondere in der Außenpolitik, gemacht hat.

Die SPD ist nicht sozial, sondern zunehmend eine faschistoide Sekte von religiösen Hardlinern zur Erhaltung des neoliberalen status quo. Sie vertritt bisher unter dem Einfluss Washingtons gegenüber der Linkspartei auf Bundesebene eine „Linksfaschismus-Doktrin“, obwohl DIE LINKE heute weitaus weniger radikal ist, als die SPD vor fast 100 Jahren und mehr es bereits war.

Wer SPD wählt, wählt durch die evangelikale Gleichschaltung in der Partei den US-Imperialismus, wer US-Imperialismus wählt, wählt Krieg. Deshalb sind und waren für mich auch nicht Soldaten die Mörder in Afghanistan und Jugoslawien, sondern Sozialdemokraten und Grüne, die sie befehligt haben. Wer das nicht so sieht, zeigt mir, dass er eine autoritäre Person ist.

Die SPD ist wie eine Sammlungsbewegung aus Stasi-Kadern, alten und neuen Nazis, Islamisten, Christen, Mafiosi und Terroristen. Ein Spitzelsystem wie die Stasi, antisemitisch wie die Nazis, feministisch wie der Iran, imperial wie die USA und durch evangelikale Arbeitsethik und Krieg aus geheuchelter Angst genauso christlich und faschistoid, wie die US-Amerikaner und ihre

42 Lenin, Wladimir I.: Sozialismus und Religion, 1905, online unter:
<http://www.marxists.org/deutsch/archiv/lenin/1905/12/religion.html>

terroristischen Schläfer. Daneben sind Islamisten bereits im Bundesvorstand.

Die SPD ist nichts weiter als eine aus Washington gesteuerte, „demokratische“ NSDAP, eine gleichgeschaltete Kaderpartei des US-Imperialismus, die Kritik außerhalb von ihr zulässt, aber die Ergebnisse der formalen Logik nicht für ihren eigenen Vorteil zu antizipieren in der Lage ist, weil sie bei Ideologie stehen bleibt, beim christlichen Patriarchat und der bedingungslosen Hörigkeit gegenüber den USA.

Diese Entwicklung innerhalb der Partei gedenke ich umzuwerfen, genauso wie ich gedenke „*alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.*“⁴³

Deshalb möchte ich einen basisdemokratischen Denkprozess anstoßen, damit die SPD wieder vorwärts denkt und zur stärksten deutschen Partei wird. Vorwärts heißt für mich Rückbesinnung auf alte Werte und Tugenden und ihre reale Anwendung im täglichen politischen Handeln. Dazu ist eine provokative Polemik hier und da meines Erachtens ein geeignetes Mittel.

Ich bin kein Faschist und auch nur deshalb Demokrat, weil die Ökumene zusammen mit der Mafia den Staat sonst genauso vollständig gleichschaltet, wie die marxistisch-leninistischen Ideologen es im real-existierenden Sozialismus getan haben. Ich wüsste daher nicht, warum es ein Problem sein sollte, mit meiner politischen Einstellung ein SPD-Mitglied zu sein, denn mit all diesen Positionen argumentiere ich in jeder Hinsicht auf der Basis des Grundgesetzes und des Hamburger Programms der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

43 Marx, Karl: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, in: Karl Marx/ Friedrich Engels - Werke. (Karl) Dietz Verlag, Berlin. Band 1. Berlin/DDR. 1976., S. 385, online unter: http://www.mlwerke.de/me/me01/me01_378.htm

3.3. Seite 2, 1. Absatz: „So und durch viele andere Maßnahmen wird das evangelikale Patriarchat innerhalb der SPD durchgesetzt, was die SPD zu einer verfassungsfeindlichen Partei macht. Wer die SPD verändern will, muss gegenwärtig schlicht und einfach Zweidrittel der Mitglieder ausrotten, um überhaupt einen demokratischen Diskurs über die dringendsten Probleme dieser Gesellschaft führen zu können. Die SPD hätte einen Stalin bitter nötig – antiautoritär selbstverständlich.“⁴⁴

Im Hamburger Programm der sozialdemokratischen Partei ist derzeit die folgende Formulierung zu finden:

„Wir bekennen uns zum jüdisch-christlichen und humanistischen Erbe Europas und zur Toleranz in Fragen des Glaubens. Wir verteidigen die Freiheit des Denkens, des Gewissens, des Glaubens und der Verkündigung. Grundlage und Maßstab dafür ist unsere Verfassung. Für uns ist das Wirken der Kirchen, der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften durch nichts zu ersetzen, insbesondere wo sie zur Verantwortung für die Mitmenschen und das Gemeinwohl ermutigen und Tugenden und Werte vermitteln, von denen die Demokratie lebt.“⁴⁵

Diesen Programmpunkt halte ich für reaktionär und für gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung gerichtet. Es ist nichts weiter als ein Bekenntnis zu Abrahamitischen Ökumene als parteipolitische Organisation im Parlament, das letztlich psychische und direkte Gewalt gegen „Ungläubige“ in Partei und Gesellschaft legitimiert. Feindlich und gewalttätig insbesondere gegen Wissenschaftler, gegen Homosexuelle, gegen Kinder und gegen Frauen. Hiermit werden religiöse Dogmen auf die Parteimitgliedschaft und die Bevölkerung induziert, was nichts anderes ist, als die autoritäre Gewaltherrschaft von religiösen Patriarchen, die sich feministische Gesinnungsethikerinnen als willfähiges Stimmvieh halten und diese damit in Unmündigkeit verbleiben lassen, um durch sie ihre Herrschaft zu verfestigen. Andererseits sind Feministinnen eine Komponente und der Garant für religiöse Zucht, d.h. Gewalt gegen junge Menschen, insbesondere auch junge Männer. Dieses überholte Rollenmodell der religiösen Gewaltideologie wird damit auf die Gesamtgesellschaft induziert. Das ist auch ein Grund, warum die SPD für viele junge Menschen eher abstoßend wirkt.

Das evangelikale Patriarchat ist für mich, wie jede andere religiöse oder weltliche Ethik, psychische Gewalt und ein Rassismus gegen Männer und Frauen, der sich aber im Besonderen gegen junge Menschen richtet. Das halte ich für nicht verfassungskonform. Nicht zuletzt deshalb sehe ich den Mitgliederschwund unter der Personengruppe unter 30 in der SPD mit großer Sorge. Selbst in den Jusos dominieren gewalttätige Patriarchen den Diskurs und unterdrücken mit feministischer Ideologie die jungen Frauen und Homosexuelle. Wer junge Mitglieder so vergrault, ist nicht mehr zukunftsfähig.

Viele der politischen jungen Menschen sind aus diesem Grunde bereits Mitglieder der Grünen, der Linken oder der Piratenpartei geworden, weil sie dort unmittelbar mehr politischen Einfluss direkt

44 Frank, Michael: Wer sozialen Fortschritt will, muss DIE LINKE. wählen, www.michael-frank.eu vom 25. Mai 2012, online unter: <http://www.michael-frank.eu/Essays/2012-05-25-Wer-sozialen-Fortschritt-will.pdf>

45 Das Hamburger Programm der SPD, S. 39, online unter: http://www.spd.de/linkableblob/1778/data/hamburger_programm.pdf

geltend machen können und der Diskurs offener, basisdemokratischer und antiautoritärer ist. Wenn die SPD-Führung sich hier nicht an den Trend des Zeitgeistes anpasst, dass religiöse Bindungen zunehmend in der Gesellschaft keine Rolle mehr spielen, sehe ich nicht, warum das zukünftig bei den Parteibindungen an die SPD anders sein sollte. Die SPD stirbt aus und es bleibt eine Ethik-Blase über, die von rassistischen Beamten verwaltet wird, die den rasenden evangelikal-islamistischen Pöbel fast kaum noch aufhalten können, zum Teil auch nicht mehr wollen. Es macht bald den Eindruck, als ob es der alten Garde völlig egal ist, was aus der SPD nach ihrem Ableben wird. Satt und vollgefressen lehnt man sich gut situiert zurück und macht „verbrannte Erde“ mit der SPD und mit unserem Deutschland und verrät sozialdemokratische Grundüberzeugungen am laufenden Band.

Für mich persönlich ist das Patriarchat auch explizit homophobe Gewalt gegen mich. Weil es in allen Religionen eine Sünde ist, anders zu sein, seine Sexualität frei von religiösen Dogmen selbst bestimmen zu können, wird Gewalt jeder Art gegen mich legitimiert. Die SPD verwehrt ihren Mitgliedern intern ihre Grundrechte und man wird als Ketzler abgestempelt. Damit wird man der gesellschaftlichen Gewalt und der Gewalt des Patriarchats innerhalb und außerhalb der Partei zum Fraß vorgeworfen, insbesondere auch als Homosexueller oder Bisexueller. Das steht gegen den Gedanken der sexuellen Befreiung und hindert mich und Andere an der sexuellen Selbstbestimmung, was ein Verstoß gegen die Menschenwürde nach Art. 1 GG⁴⁶ ist.

Diese homophobe Gewalt wird auch nicht dadurch aufgefangen, dass man etwa das Recht hätte an speziellen Arbeitsgemeinschaften, etwa den Schwusos teilzunehmen. Ich sehe diese Organisationsform als Unterdrückung gegen mich aufgrund eines biologischen Merkmals, das Menschen nach vorgefertigten Denkschablonen beurteilt und aussortiert. Das ist Sexismus der religiösen Mehrheit gegen mich, ebenso wie ich die ASF als Unterdrückung von Frauen durch die Parteistrukturen höchst selbst ansehe. Mein Nachteil und auch der strukturelle Nachteil von Männern wie Frauen (mit anderer sexueller Orientierung) in der patriarchalen Gesellschaft wird auch durch diesen vermeintlichen Vorteil innerhalb der Partei nicht ausgeglichen, zum Teil sogar eher verstärkt.

Feminismus war Teil der nationalsozialistischen Ideologie, deshalb ist er auch in den USA, im Iran und unter neuen Evangelikalen in Deutschland so weit verbreitet. Feminismus ist nicht egalitär, so wie es die Gleichheit von Mann und Frau im Grundgesetz verlangt und damit eine rassistische und verfassungsfeindliche Ideologie auf der Grundlage des Patriarchats nicht nur der Protestanten. Feminismus ist Nazi-Dogmatik. Auf diese Weise wurden im Dritten Reich die Männer durch die Frauen für die Front mobilisiert, deshalb machen es auch die Evangelikalen in den USA und die Islamisten im Iran genauso. Mit Feminismus wird die Frau entrechtet und entmachtet und der Mann ebenfalls. Feminismus ist autoritäre, homophobe und rassistische Gesinnungsethik.

Feminismus ist reaktionär und eine Ideologie, die die alte Rollenverteilung zementiert. Deshalb ist Feminismus auch zu Recht nicht Teil des Hamburger Programms, wo eine eher egalitäre Vorstellung von Gleichheit der Geschlechter und Chancengleichheit gefordert wird:

„Auf dem Weg zur Gleichstellung von Frauen und Männern ist unsere Gesellschaft weit vorangekommen. Doch die alte Rollenverteilung ist noch immer nicht überwunden. Rechtliche Gleichheit bedeutet noch keine Gleichstellung. Gerade in Berufs- und Arbeitswelt bestehen alte Benachteiligungen fort. Immer noch ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ganz überwiegend ein Problem der Mütter; verdienen Frauen weniger als Männer; verlieren Frauen leichter ihre

46 Vgl. Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, online unter: <http://www.gesetze-im-internet.de/gg/BJNR000010949.html#BJNR000010949BJNG000100314>

Arbeitsplätze und sind häufiger von Armut bedroht.“⁴⁷

Religiöse Gesinnungsethiker sind für mich alle Verfassungsfeinde, weil ihre Gewalt gegen den Grundsatz der Gleichstellung von Mann und Frau, gegen die Menschenwürde, gegen die Meinungsfreiheit, gegen das Recht auf körperliche Unversehrtheit und gegen die Wissenschaftsfreiheit gerichtet ist. Gesinnungsethiker, insbesondere religiöse, sind für mich alle Gutmenschen und Untermenschen, weil sie eine gewalttätige Attitüde haben und sich selbst mit Ethik auf Dummheit und Ignoranz abkonditionieren und mit dieser Gesinnung und Gewalt imperial sind, weil sie Andere zu ihrem Glauben bekehren wollen. Damit gefährden sie die Gesellschaft auf deren Kosten sie leben und für die sie eigentlich Partei ergreifen sollten.

Auch die Debatte um die Migranten-Quote in der SPD sehe ich etwa als Geschenk an islamistische Gewaltideologen in der Partei. Ein Nebenkriegsschauplatz für Ideologen, der die politisch-philosophischen Vordenker in der SPD unterdrückt und unterdrücken soll. Einem rassistischen Migranten oder einer rassistischen Migrantin wird seine oder ihre gewalttätige religiöse Gesinnung verziehen und ihnen wird praktisch der Arsch und das Mandat nachgetragen, um Integrationserfolge zu heucheln, die es in dieser Gesellschaft leider allzu selten gibt. Mich hingegen will man als einen (ost-)deutschen Logiker ausschließen. Wo ist die SPD nur hingeraten?

Weil Logiker und Kritiker bereits in den Jusos aussortiert werden sollen und üble Nachrede und Schuldzuweisungen an diese an der Tagesordnung sind und mittlerweile bereits bei den Falken die Kinder auf das evangelische Patriarchat konditioniert werden, wird der Penetration der politischen Jugend in der SPD durch ausländische Geheimdienste Tür und Tor geöffnet. Durch das Patriarchat auf Befehl und Gehorsam konditionierte Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene werden von den gegen den deutschen Staat und gegen die demokratische Werteordnung des freien Europas gerichteten Attacken von ausländischen Geheimdienstorganisationen, insbesondere der US-Geheimdienste, als willfährige Kader für staatsfeindliche Interessen genutzt und auf staatszersetzende Ideologie gleichgeschaltet. Diese ideologischen Attacken werden immer mehr auch von Islamisten organisiert, die Ausnutzen, dass viele sozialdemokratische Mitglieder Gutmenschen sind. Gerade Feminismus ist hier ein Angriffspunkt für etwa islamistische Ideologen aus dem Iran. Das zeigt sich vor allem in der Migrationspolitik. Damit wird der deutsche Staat und die Europäische Union geschwächt und zersetzt. Staatsfeindliche Ideologen, sowohl aus den USA als auch aus den islamistischen Gottesstaaten wollen uns Deutsche und Europäer in eine offene, auch militärische Konfrontation mit Russland in Stellung bringen und uns damit politisch und militärisch ins Messer laufen lassen. Dieser Entwicklung muss schleunigst entgegengetreten werden.

Ich beobachte seit dem Beginn meiner Mitgliedschaft im Jahre 2009, dass etwa bei den Jusos ständig gegen die Prinzipien einer demokratischen Willensbildung von der Basis nach Oben gehandelt wird und stattdessen durch die Parteiführung darauf gedrückt wird, reaktionäre Werturteile, die nicht im Interesse der Deutschen Bevölkerung liegen, verfassungswidrig sind und auch nicht mit den Grundsätzen der Sozialdemokratie in Vereinbarkeit zu bringen sind, auf die Parteibasis zu konditionieren. Zwar gibt es formal und real basisdemokratische Elemente, aber nur innerhalb von festgelegten Dogmen und Denkschablonen, die dringend einer Überprüfung bedürfen, weil sie letztlich der eben beschriebenen staatszersetzenden Tendenz folgen. Als gegen das Grundgesetz gerichtete politische Positionen nenne ich zum Beispiel die Abschaffung der Bundeswehr, die Positionierung für einen Angriffskrieg gegen den Iran, aber auch wirtschafts- und sozialpolitische Positionen, die an neoliberal-faschistoide CDU-Propaganda erinnern, die reaktionär

47 Das Hamburger Programm der SPD, S. 10, online unter:
http://www.spd.de/linkableblob/1778/data/hamburger_programm.pdf

ist. Aber auch die Politik, jedem illegalen Migranten ein reguläres Asylverfahren zu eröffnen oder Deutschen mit Migrationshintergrund Vorteile bei der Einstellung zum öffentlichen Dienst zu gewähren, halte ich für falsch, grundgesetzwidrig und gefährlich für die Innere Sicherheit. Und das gerade, wo wir doch wissen, dass die Gefahr von ausländischen Terroristen, die sich nach Deutschland und Europa einschleichen, weil sie hier durch den Rechtsstaat einen Ruheraum gefunden haben, eine permanente Bedrohung darstellt.

Im Hamburger Programm heißt es:

„Wir stehen zum Grundrecht auf Asyl für politisch Verfolgte. Wer vor Verfolgung oder Diskriminierung, seien sie staatlich oder nichtstaatlich oder auch geschlechtsspezifisch, fliehen muss, soll in Deutschland Schutz und Zuflucht, schließlich auch einen gesicherten Aufenthalt bekommen. Wir sind für eine gemeinsame europäische Flüchtlingspolitik, die auch die Ursachen von Flucht und Vertreibung bekämpft.“⁴⁸

Das teile ich voll und ganz. Aber: Wer von einem autoritären Regime, beispielsweise einem islamistischen Gottesstaat hier hergeschickt wird, oft sogar illegal migriert und hier dann islamistische Propaganda betreibt und Drogen verteilt, ist kein politisch Verfolgter.

Es kann nicht sein, dass man als rechter Abweichler diskreditiert wird, wenn man auf Migrationsprobleme und ihre Folgen hinweist, etwa die Zunahme von Gewalt in der Gesellschaft. Man sollte in diesem Zusammenhang aber auch überlegen, ob es wirklich richtig sein kann, dass ein hier regulär lebender Asylbewerber schlechter gestellt ist, als ein Hartz4-Empfänger, besonders, da das Bundesverfassungsgericht doch das Asylbewerberleistungsgesetz für verfassungswidrig erklärt hat, weil die Leistungen unter dem Existenzminimum liegen, die Menschenwürde für alle gilt und der Gleichheitsgrundsatz nicht gewahrt wurde.⁴⁹ Hier erwarte ich ein Gesetz, das alle gleichstellt, etwa durch ein bedingungsloses Grundeinkommen, und ein Gesetz, das Asylbewerbern gestattet, einer regulären Beschäftigung oder Ausbildung nachzugehen. So könnte auch die Integration in die hiesige offene Gesellschaft besser organisiert werden.

Eine politische Führung in der SPD, die das alles zulässt, ist für mich nicht sozialdemokratisch. Wer derartig staatsgefährdende Positionen vertritt, etwa auch die außenpolitische Hörigkeit gegenüber den USA, ist angesichts der Realitäten, die die neue Europäische Verfassung geschaffen hat, für mich ein gefährlicher und reaktionärer Staatsfeind. In der SPD tummeln sich eine Reihe von Staatsfeinden, die teils durch Naivität, teils durch ideologische Borniertheit gegen unsere Verfassungsordnung agitieren und agieren. Nicht nur für US-Interessen, sondern auch für die Interessen der islamistischen Gottesstaaten gegen die Sicherheitsinteressen der deutschen und europäischen Bevölkerung. Durch Naivität und Gutmenschentum unterstützen SozialdemokratInnen den Internationalen Terrorismus, oder sind, wie die meisten Jusos, Terroristen im Auftrag des US-Imperialismus und der Islamisten, die unsere Europäische Verfassungsordnung verraten und willfährige ideologisch verblendete und gleichgeschaltete Kader für die Interessen des US-amerikanischen und des arabischen Kapitals.

Wie solidarisch sind also in diesem Falle die GenossInnen zu mir? Das, wo ich doch lediglich versuche, das Grundgesetz und die Europäische Verfassung zu schützen, weil sie die Grundlage unserer offenen Gesellschaft darstellen. Ich bleibe bei dem Ideal einer klassenlosen Gesellschaft, wie Karl Marx und Friedrich Engels sie im Kommunistischen Manifest beschrieben haben, die sich

48 Das Hamburger Programm der SPD, S. 37, online unter:

http://www.spd.de/linkableblob/1778/data/hamburger_programm.pdf

49 Vgl. hierzu: Recht auf Würde, in: Amnesty Journal 10/11 2012, S. 7

aus der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und dem Grundgesetz ableiten lässt. Diese heutige Gesellschaft und die innerparteilichen Strukturen in der SPD sind für mich lediglich gekennzeichnet durch „*die völlige Aufhebung der individuellen Freiheit und die völlige Unterjochung der Individualität unter gesellschaftliche Bedingungen, die die Form von sachlichen Mächten, ja von übermächtigen Sachen [...] annehmen.*“⁵⁰

Was wir jetzt haben, das ist die Gesellschaft der Pfahlbürger, die die SPD durch ihre Politik fördert, die ich jedoch zu überwinden gedenke. Hier zeigt sich eben Folgendes: „*Nicht die Individuen sind frei gesetzt in der freien Konkurrenz; sondern das Kapital*“.⁵¹ Staatsfeinde in der SPD-Elite verraten verfassungstreue Logiker an ausländische Geheimdienste und gefährden deren körperliche Unversehrtheit und deren Leben, nur um bei Ideologie zu bleiben. Ethik und Religion sind immer Zwang und damit Gewalt gegen die Freiheit des Einzelnen, also Gewalt gegen mich. Religion und die Verbreitung ihrer reaktionären Dogmen sind das Gegenteil von Freiheit. Und Neoliberalismus ist nichts als religiös begründete Gesinnungsethik, garniert mit der Behauptung, diese Gesellschaft wäre demokratisch und sozial. Die SPD steht fest und geht nicht mehr „Vorwärts“, sondern es geht bald „Abwärts“ mit ihr, wenn sich innerparteilich nichts ändert. Das gilt unabhängig von Wahlerfolgen.

Ich hoffe daher, durch mein politisches Wirken in der SPD dafür Sorge zu tragen, dass religiöse Gesinnungsethiker ihre rassistische Ideologie in den Religionsgemeinschaften für sich selbst praktizieren und nicht weiter die SPD für die Ausbreitung ihrer reaktionären faschistoiden Ideologie durch Zwang auf die Mitglieder der Parteibasis missbrauchen.

Sicherlich mag mein Vergleich mit der Formulierung „ausrotten wie Stalin“ etwas drastisch anmuten, jedoch sehe ich das als eine Reaktion auf die religiöse und homophobe Gewalt gegen mich und halte das deshalb für gerechtfertigt, weil ich insbesondere darauf hinweise und dazu aufrufe, antiautoritär dabei zu sein, sich über gewalttätige, rassistische und religiöse Ideologen hinwegzusetzen. Ich bitte dabei zu berücksichtigen: Auch Stalin war ein Christ. Wie könnte ich also für ihn gewesen sein?

Außerdem würde ich persönlich sagen, dass der Bundesvorstand einer Partei, die sich einen Vorsitzenden leistete, der mir trotz Arbeit das Essen verwehren will, nichts anderes verdient hat, als eingefrorene Konten und einen 1-Euro-Job. Damit bin ich in diesem Falle ein humanistischer Verantwortungsethiker, nicht ganz so humanistisch, wie die SPD es war, als sie die verfassungswidrigen Angriffskriege gegen Jugoslawien und gegen Afghanistan beschlossen hat. Aber immerhin! Letztlich war dieser seichte Seitenhieb auf Gesinnungsethiker in der SPD doch immer noch sanfter, als die Aussage von Franz Müntefering gegen Millionen deutsche Bürger: „*Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen.*“⁵² Wo Müntefering hier fast die Hälfte der deutschen Gesellschaft dahinraffen wollte, bin ich doch eher radikal: Ich betreibe hier auch mit der Provokationstechnik von Edward de Bono Ursachenforschung, Grundlagenforschung. Und die Ursache des Problems der sozialen Ungleichheit in dieser Gesellschaft ist für mich eben ein Großteil der SPD-Parteimitglieder, insbesondere der Parteibonzen, die wohl situiert sind und die sozialen Probleme in der Gesellschaft schlicht und einfach nicht zur Kenntnis nehmen können und wollen. Die Ursache sind eben die vielen stockreaktionären Gammelpenner in der SPD-Mitgliedschaft, die den Fortschritt verhindern, weil sie eher auf die Demagogie der Bourgeois-Presse hereinfliegen, als die Logik der sozialdemokratischen WissenschaftlerInnen zu überprüfen.

50 Marx, Karl: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. 1858., in: MEW Bd. 42, S. 545

51 Marx, Karl: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. 1858., in: MEW Bd. 42, S. 545

52 Schuler, Katharina: Hartz IV – Arbeiten fürs Essen, in: ZEIT ONLINE vom 17. Mai 2006, online unter:

<http://www.zeit.de/online/2006/20/Schreiner>

Ich ging davon aus, dass sich Gesinnungsethiker nur politisch bewegen, wenn es an ihre eigene Sicherheit, ihr eigenes Leben geht. Aber gut: Ich hätte wissen können, dass sie so autoritär reagieren, wie die faschistischen US-amerikanischen Neocons und dabei ein großes Arsenal haben. In jedem Falle ist es wiederum ein Beweis meiner These, dass die USA über die Ökumene und ihre ideologischen Vorfeldorganisationen die SPD gleichschalten.

Letztlich bin ich doch hier ganz bei christlicher Ethik geblieben, so wie die SPD-Führung es von ihren Mitgliedern erwartet. Es heißt doch in der Bibel 3. Buch Mose 24:20:

„Schaden um Schaden, Auge um Auge, Zahn um Zahn; wie er einen Menschen verletzt hat, so soll man ihm auch tun.“⁵³

Habe ich denn die Hartz-Gesetze erlassen, die Armut per Gesetz bedeuten? Ich denke nicht. Auch für imperiale Ölkriege war und bin ich nicht! Wer mich so leiden lässt und mich penetriert, dem darf ich doch zumindest auf dem Papier auch einmal zeigen, wo christliche Ethik hinführt, nämlich in den zeitigen Tod. Beobachten kann man das sehr gerne auch in einer der US-amerikanischen Gaskammern, etwa in Kalifornien, Arizona, Wyoming, Missouri oder auch Maryland.

Da zeigt sich eben der Unterschied zwischen Christen und Marxisten: Wir Marxisten sind eben nicht für Vergeltung um jeden Preis. Weil antiautoritär sein eben auch das Ergebnis von Logik ist. Für mich stellt es sich eben so dar: Entweder man ist für Religion oder gegen Rassismus und Sexismus. Entweder man ist religiös oder Antifaschist. Beides zusammen geht eben nicht!

Sicherlich mag das etwas martialisch herüberkommen, aber ist es denn so gelogen? Ich wollte mich dabei doch nur an dem 8. Gebot orientieren:

„Du sollst kein falsches Zeugnis von dir geben wider deinem Nächsten.“⁵⁴

Ja. Ich gebe es zu: Ich möchte provozieren mit Wahrheit. Damit bin ich nicht normativ-ontologisch, wie die Gesinnungsethiker in der Partei, insbesondere Christen und Islamisten, sondern im Moment hier rein deskriptiv. Die Formulierung „ausrotten“ ist hier rein formal zu sehen. Was ist eine Rotte? Im Duden per Definition: Eine *„meist ungeordnete, nur eine lose Gemeinschaft bildende Gruppe von Menschen“⁵⁵*. Ich möchte, dass die SPD nicht länger eine Rotte des US-Imperialismus ist, sondern eine Rotte, die Grundgesetz und Menschenrecht vertritt und das Klasseninteresse des Proletariats umsetzt. Die Beschreibung ist vielleicht nicht frei von Fehlerquellen und ein recht polemisches Werturteil, um die SPD-Mitglieder zu provozieren über die eigenen sozialpolitischen Positionen nachzudenken. Aber: Dafür lasse ich mir von christlichen und islamistischen PatriarchInnen nicht den Gangbang aufzwingen, die ebenfalls nicht mit Logik belegen können, dass es richtig wäre, mich auszuschließen und ihre Anschuldigungen gegen mich nicht einmal rational zu begründen in der Lage sind.

Ich bin ein wissenschaftlicher Sozialist und pluralistische Demokratie ist für mich die Diktatur des Proletariats. Ein freies politisches System ist für mich demokratischer Sozialismus. Aber: Freiheit ist die Abwesenheit von Zwang und Ideologie ist immer Zwang. Deshalb sehe ich meine Aufgabe als Wissenschaftler in der Unterminierung von Ideologie innerhalb des jetzigen politischen Systems und insbesondere innerhalb der SPD. Ich möchte eine Gesellschaft, in der alle frei und gleich sind. Ich bleibe bei Karl Marx und dem historischen Materialismus und dem dialektischen Materialismus.

53 Bibel, 3. Buch Mose 24:20, online unter: <http://www.bibleserver.com/#/text/LUT/3.Mose24>

54 Die Zehn Gebote Gottes, online unter: <http://kath-zdw.ch/maria/gebote.html>

55 http://www.duden.de/rechtschreibung/Rotte_Gruppe_Schar

Kommunismus ist für mich das Ergebnis von formaler induktiver Logik und deckt sich meines Erachtens doch ziemlich mit der Gesinnung, die im Grundgesetz und in der UN-Charta der Menschenrechte festgeschrieben ist. Damit bin ich ein Sozialdemokrat, wie auch die Mehrheit der Mitglieder der Linkspartei.

Religion ist Ideologie und Neoliberalismus ist Ideologie. Religiöse Gesinnungsethiker insbesondere Christen und Moslems in der SPD sind für mich rot lackierte Nazis, geistesranke Metaphysiker, die sich von Marxisten-Leninisten nur durch das Bekenntnis zu Gott unterscheiden und von Nazis nur dadurch, dass sie ihren indoktrinierten Führerkult durch religiöse Prediger befriedigen und ihre Gewalt in verschiedenen Gruppen ausüben.

Dass es Ideologiegleichheit zwischen Protestanten, Muslimen und Marxisten-Leninisten etwa in der Frage des Antisemitismus gibt, sieht man daran, dass auch eine Kader-Organisation der Komintern wie „Linksruck“ jahrelang in der SPD kein Problem war, weil man sich ja zumindest beim Hetzen gegen Israel einig war.

Mir jedenfalls scheint ein demokratischer Diskurs enorm erschwert, wenn ich in Gliederungen und Arbeitsgemeinschaften ständig mit Dogmen, Ideologie und altbackenen Patentrezepten penetriert werde, die doch offenbar die bestehenden sozialen Probleme nicht zu lösen im Stande waren. Das hemmt für mich den Fortschritt, schließlich möchte ich in der SPD nicht genötigt werden, zum evangelikal-islamistischen Hass-Prediger zu werden. Ich denke, dass die religiöse, ökonomische und politische Penetration durch den US-Imperialismus auch eine entscheidende Ursache für den enormen Rückgang der Mitgliederzahlen und Wählerstimmen in den letzten Jahren war.

Zweidrittel der Mitglieder der SPD, von denen die überhaupt noch anwesend sind, stehen politisch für schlicht NICHTS oder nur für Klein-Klein. Das halte ich für nicht ausreichend, sondern für konservativ und reaktionär. Der Tenor einer jeden Partei-Sitzung ist nur: „Wir machen da schon was. Keine Sorge, alles ist OK.“ Im Grunde wird die SPD vom Wähler für diese Farce über Gebühr honoriert, was daran liegt, dass die Mehrzahl der sozialdemokratischen Wähler sich bereits im Rentenalter befindet und es in dieser Alterskohorte noch eine stärkere Parteibindung gibt. Die SPD ist eine Rentner-Partei, die nebenbei die Interessen des politisch-ökonomischen Establishments vertritt. Das ist nicht zukunftsfähig. Das ist reaktionär. Das ist keine soziale Politik, die den Ausgegrenzten und Unterdrückten in irgend einer Weise weiterhilft. Ich möchte aber, dass die SPD sich mit den innovativsten neuen Ideen, die das Ergebnis der induktiven Logik, der neuesten Forschung sind, in den nächsten Bundestagswahlkampf begibt und nicht mit Durchhalteparolen und Ideologie. Das wäre für mich nur erneut Sand in die Augen der Bevölkerung und wird für die SPD meines Erachtens in wenigen Jahren mit einem weiteren katastrophalen Rückgang der Wählerstimmen enden. Insofern wäre ein demokratischer Diskurs auch nicht von Nöten, wenn man zumindest in der Mitgliedschaft endlich einsieht, dass wissenschaftliche Wahrheit und damit eben empirisch mit induktiver Logik belegte Werturteile immer besser für den gesellschaftlichen Fortschritt sind, als das „Stochern im Nebel“ von halbblinden Gesinnungsethikern und Dogmatikern. Dabei gehe ich von folgendem Grundsatz aus:

„Die Waffe der Kritik kann allerdings die Kritik der Waffen nicht ersetzen, die materielle Gewalt muß gestürzt werden durch materielle Gewalt, allein auch die Theorie wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift. Die Theorie ist fähig, die Massen zu ergreifen, sobald sie ad hominem |am Menschen| demonstriert, und sie demonstriert ad hominem, sobald sie radikal wird. Radikal sein ist die Sache an der Wurzel fassen. Die Wurzel für den Menschen ist aber der Mensch selbst. Der evidente Beweis für den Radikalismus der deutschen Theorie, also für ihre praktische Energie, ist ihr Ausgang von der entschieden positiven Aufhebung der Religion. Die Kritik der

*Religion endet mit der Lehre, daß der Mensch das höchste Wesen für den Menschen sei, also mit dem kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.*⁵⁶

Religiöse Gesinnungsethiker, insbesondere ProtestantInnen und IslamistInnen machen aus der SPD eine Partei des Klassenverrats, so wie die KPD Klassenverrat an der Weimarer Republik begangen hat.

Die SPD untergräbt die neue deutsche Demokratie nach 1989/90, anstatt sie zu verteidigen gegen die Interessen des US-amerikanischen, des russischen und des islamischen Großkapitals, weil sie durch neoliberale und religiöse Gesinnung die Grundwerte der Gesellschaftsordnung nach 1945 verrät, die sie selbst mit ausgearbeitet hat, mit dem Ziel der Gleichschaltung des deutschen Volkes auf die Interessen des US-Imperialismus. Ich aber möchte, dass die Europäische Union vollständig die Sicherheits- und Verteidigungspolitik für Deutschland und ganz Europa übernimmt und ich möchte damit die NATO überflüssig machen, damit wir Deutschen und Europäer uns nicht länger erpressen lassen müssen von den USA, die uns mittlerweile durch ihre Außenpolitik gegenüber den Russen politisch und militärisch ins Messer laufen lassen wollen. Diese Weitsicht unterscheidet mich eben von der Programmatik der Linkspartei, die zum Teil eine untragbare Außenpolitik und Verteidigungspolitik vertritt.

Die Partei, die mit Helmut Schmidt einen Nazi-Offizier zum Bundeskanzler gemacht hat⁵⁷, mit Manfred Stolpe einen offiziellen Mitarbeiter der Stasi zum brandenburgischen Ministerpräsidenten und später zum Bundesminister, mit Wolfgang Tiefensee einen weiteren an den Kabinetttisch geholt hat und mit Wolfgang Thierse einen weiteren zum Präsidenten des Deutschen Bundestages aufgestellt hat, möchte mich ausschließen, weil ich für sozial fortschrittliche Positionen in der SPD streite und dafür eintrete, sozialpolitische Positionen der Partei DIE LINKE. zu überdenken und zu sozialdemokratischer Programmatik zu machen??? Die Partei, die in Sachsen mit der NPD jahrelang um die selbe Wählerklientel geworben hat, will mich ausschließen??? Die Partei, die eher illegalen Migranten und islamistischen Terroristen, die unseren Staat zersetzen wollen, ein reguläres Asylverfahren gewährt, anstatt jungen Wissenschaftlern ihr Geld zu geben, will mich ausschließen??? Die Partei, die mit Angela Merkel einen Stasi-Kader mit zur Kanzlerin gewählt hat, will mich ausschließen??? Die Partei, die mir durch den Berliner Oberbürgermeister Klaus Wowereit erzählen will, es wäre gut, schwul zu sein und innerparteilich mit homophober religiöser Gewalt gegen mich agitiert und mich unterdrückt, möchte mich ausschließen??? Die Partei, deren einer Parteivorsitzender Franz Müntefering Arbeitslose verhungern lassen wollte und deren neuer Parteivorsitzender Sigmar Gabriel, der „Maxi-Goebbels“, ein lupenreiner Antisemit ist, der gegen unsere israelischen Freunde und Verbündete hetzt, möchte mich für Kritik ausschließen??? Die SPD, mitten in der PES, die mit Sergei Stanischew einen rassistischen homophoben Neofaschisten zum Vorsitzenden hat, der ebenfalls ein alter Stasi-Kader war, will mich ausschließen??? Ich glaube nicht!

56 Marx, Karl: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, in: Karl Marx/ Friedrich Engels - Werke. (Karl) Dietz Verlag, Berlin. Band 1. Berlin/DDR. 1976., S. 385, online unter: http://www.mlwerke.de/me/me01/me01_378.htm

57 In diesem Zusammenhang möchte ich ausdrücklich erwähnen, dass ich die politische Lebensleistung von Helmut Schmidt in anderen Veröffentlichungen bereits positiv gewürdigt habe, da diese einfach zu recherchierende Tatsache auch mir nicht ausreichend erscheint, um die langjährige politische Arbeit von Helmut Schmidt zu bewerten. Es geht mir hier nicht um Stigmatisierung, dafür war Helmut Schmidt zu dieser Zeit noch zu jung, um ihm schlechte Absichten nachzusagen. Ich finde auch eine Reihe von politischen Positionierungen des Alt-Kanzlers, die mir persönlich näher stehen, als die politischen Positionierungen aktueller Mandatsträger der SPD. Aber: Für ehrenrührig halte ich es dennoch, die Ehrendoktorwürde aus Harvard und von der John-Hopkins-Universität anzunehmen. Das ist eine wahre Schande.

Handelt Sigmar Gabriel denn mit seiner Klassifizierung Israels als Apartheid-Regime auf der Grundlage des Parteiprogramms, wo ausgeführt wird:

„Deutschland hat eine besondere Verantwortung für das Existenzrecht Israels. Auch deswegen engagieren wir uns für einen umfassenden Frieden im Nahen Osten auf der Grundlage internationaler Verträge. Wir setzen uns für die Selbstbestimmung des palästinensischen Volkes und die Schaffung eines lebensfähigen palästinensischen Staates ein.“⁵⁸

Nach meiner Ansicht nicht. Es mutet eher wie links-faschistische Agitation der reaktionären Splitter innerhalb der Linkspartei an, die ich ebenso für antisemitisch halte. Im Hamburger Programm heißt es jedoch:

„Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ächten Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Sie haben Deutschland in seine schlimmste Katastrophe geführt. Wir werden deshalb immer dafür kämpfen, dass unser Land nie wieder in Barbarei abgleitet.“

Jede Form von Gewalt, wie auch immer motiviert sie sein mag, ist ein Angriff auf die solidarische Bürgergesellschaft, egal ob es sich um Gewalt unter Männern oder häusliche Gewalt gegen Frauen und Kinder handelt. Zwangsverheiratung, Zwangsprostitution oder so genannte Ehrenmorde an Frauen müssen verhindert oder geahndet werden.

Für religiös begründeten Extremismus ist in unserem Land kein Platz. Menschenrechte lassen sich auch durch Berufung auf religiöse Regeln oder Traditionen nicht außer Kraft setzen, hier liegt die Grenze unserer Toleranz gegenüber anderen Kulturen.“⁵⁹

Hier zeigt sich auch, dass ich mich zurecht gegen religiös begründeten Extremismus innerhalb der SPD und innerhalb der Gesellschaft positioniere. Das tue ich nicht nur als Betroffener, sondern insbesondere auch zum Schutz der Kinder und Jugendlichen.

Ich habe doch Prof. Dr. Bernd Rabehl schon widerlegt mit seiner These:

„Mittels des Antisemitismus-Tabus lässt sich der Gegner am leichtesten stigmatisieren, isolieren und gesellschaftlich vernichten. Die sogenannte Auschwitz-Keule ist die Superwaffe im Arsenal der politisch korrekten Linken in Europa und Nordamerika. Dazu gesellt sich leider die Instrumentalisierung des Antisemitismus-Tabus durch den Staat Israel.“⁶⁰

Denn es ist doch ganz offensichtlich, dass Antisemitismus nur dann stigmatisiert wird, wenn es nicht die politische Linke ist, die ihn predigt und politisch vertritt. So können Sigmar Gabriel in der SPD, ebenso wie Norman Paech in der Linkspartei, mit ihrer Polemik gegen Israel ungestört Antisemiten sein, ohne dass das ihnen in irgendeiner Weise politisch schadet. Selbst Michel Friedman und der Zentralrat der Juden kritisieren das nicht. Horst Mahler und Bernd Rabehl dürfen diese Argumentation nicht vertreten, weil es nicht politisch korrekt ist, zum Teil weil sie doch zu offenherzig dabei sind, weil sie dabei eben so ehrlich sind, wie Hitler und Goebbels es waren. Da ist

58 Das Hamburger Programm der SPD, S. 21, online unter:

http://www.spd.de/linkableblob/1778/data/hamburger_programm.pdf

59 Das Hamburger Programm der SPD, S. 36, online unter:

http://www.spd.de/linkableblob/1778/data/hamburger_programm.pdf

60 Schwarz, Moritz: „Nicht herumschubsen lassen“. Bernd Rabehl über das 7. Berliner Kolleg, Tabuisierung als „Extremismus im demokratischen Gewand“ und den Fall Hohmann; Junge Freiheit, Ausgabe vom 28. Mai 2004, online unter: <http://www.jungefreiheit.de/Single-News-Display-Archiv.525+M58ddd51b92.0.html?PHPSESSID=7dcbea0faa4cb056c714ef7ceb5ab314>

eben die ideologische Schnittmenge zwischen Islamisten, Christen, Marxisten-Leninisten und Nationalisten zu finden: Im Antisemitismus und in der Verächtlichmachung der israelischen Demokratie in Gänze.

SPD, CDU, FDP, Grüne und Linke können antisemitisch sein, die NPD hingegen nicht. Das ist die politische Justiz der neoliberalen Demokratie. Das kritisiere ich nicht, weil ich will dass die NPD antisemitisch sein darf, sondern damit nicht weiter die Ökumene entscheidet, wer der „bessere“, weil verlogener Antisemit ist. Es ist auch nicht Israel, das dieses Tabu inszeniert, sondern hauptsächlich die Deutschen Christen in den beiden großen Volksparteien CDU und SPD. In der Schrift „Über den Antisemitismus“ von Friedrich Engels kann man meine Position dazu nachlesen:

„Der Antisemitismus ist also nichts anderes als eine Reaktion mittelalterlicher, untergehender Gesellschaftsschichten gegen die moderne Gesellschaft, die wesentlich aus Kapitalisten und Lohnarbeitern besteht, und dient daher nur reaktionären Zwecken unter scheinbar sozialistischem Deckmantel; er ist eine Abart des feudalen Sozialismus, und damit können wir nichts zu schaffen haben.“⁶¹

und weiter:

„Dazu kommt, daß der Antisemitismus die ganze Sachlage verfälscht. Er kennt nicht einmal die Juden, die er niederschreit.“⁶²

Ich sage deshalb: Neoliberale Demokratie bietet keine Lösung, sie ist das Problem. Neoliberale Demokratie ist nichts weiter als Faschismus mit geteilter politischer Spitze. Und ich denke in die Zukunft. Visionär aber realistisch und pragmatisch im politischen Handeln.

Selbst Marxisten-Leninisten wie Diether Dehm und Uwe Hixsch waren hier jahrelang sogar Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion mit ihrem dürftigen Werk. Die Partei dessen Fraktionsvorsitzender Frank-Walter Steinmeier tatenlos zusieht, wenn unsere Bürger nach Guantanamo in das US-amerikanische Gulag verschleppt werden und sich hier in Deutschland mit Sido, einem Kokain-Mafiosi von Silvio Berlusconi trifft, möchte mich ausschließen??? Eine Partei mit einem sadistischen und pädophilen Antisemiten als Bundesvorsitzenden, der kleinen jüdischen Jungen am Schwanz rumschneiden lassen will und dabei beinah den Eindruck macht, als wolle er bei jedem davon selbst Hand anlegen, so wie er sich da ins Zeug legt, will mich ausschließen??? Lächerlich!!! Darf es noch eine Ethik-Kommission zu dieser Frage unter Leitung von Alice Schwarzer sein? Vielleicht wird ja dann später auch die weibliche Beschneidung für die muslimischen Mädchen bald legal aus Gründen der Gleichstellung und religiösen Toleranz??? In der SPD scheint alles möglich! Wahrlich nein! Das akzeptiere ich nicht! Muss wohl ein schlechter Scherz von Euch sein! Ich lasse mich nicht von Gutmenschen, Gesinnungsethikern und Spinnern ausschließen, die der verlängerte Arm der Islamisten, der US-Amerikaner und des Großkapitals sind und nicht einmal im Ansatz beurteilen können, was Wissenschaft ist. Jetzt sind es noch Evangelikale, die die SPD besetzt halten, bald ist es der Islamist, US-Terroristen und die Mafia! Das lasse ich nicht zu!

Der SPD-Kanzlerkandidat traf sich öffentlich mit Sido der Koksnase, der SPD-Vorsitzende ist ein

61 Engels, Friedrich: Über den Antisemitismus, in: Karl Marx/Friedrich Engels - Werke. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Band 22, 3. Auflage 1972, unveränderter Nachdruck der 1. Auflage 1963, Berlin/DDR., S. 50, online unter: http://www.mlwerke.de/me/me22/me22_049.htm

62 Engels, Friedrich: Über den Antisemitismus, in: Karl Marx/Friedrich Engels - Werke. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Band 22, 3. Auflage 1972, unveränderter Nachdruck der 1. Auflage 1963, Berlin/DDR., S. 50, online unter: http://www.mlwerke.de/me/me22/me22_049.htm

antisemitischer Demagoge, der PES-Vorsitzende ist ein homophober Faschist, dazu die asoziale Politik der Sozialdemokratie. Der neue SPD-Kanzlerkandidat ist ein Lobbyist. Und ein marxistischer Logiker wird ausgeschlossen, weil er die Drogenmafia und Terroristen kritisiert??? Ich glaube nicht!!!

Die SPD zwingt der Gesellschaft einen Gewaltfrieden, einen Siegfrieden mit sich selbst und damit letztlich mit Ideologie und dem Patriarchat auf. Das bringt keinen Fortschritt und zerstört langfristig die eigene Wählerbasis.

Man möge sich an diesen Formulierungen meinerseits erzürnen, aber ich denke nicht, dass das für einen Parteiausschluss reicht, denn für den Ausdruck meiner Angst, die ich vor den religiösen PatriarchInnen und Mafiosi in der SPD habe und für die emotionale Äußerung als Ausdruck meiner Angst vor faschistoiden Gesinnungsethikern in der SPD-Mitgliedschaft lasse ich mich nicht ausschließen.

In der metaphysischen Ideologie der SPD ist selbst ein schwuler Marxist, der gerade seine jüdischen Wurzeln neu erkennen will, der Angst vor religiöser Gewalt hat am Ende ein homophober antisemitischer Faschist. Das ist das evangelikale Patriarchat das ich hier meine.

Um Bezug auf die unsägliche Äußerung von Sigmar Gabriel zu nehmen, Israel wäre ein Apartheid-Regime⁶³: Ich halte diese Agitation für schlimmer, weil gefährlicher, als die neofaschistische Propaganda der NPD.

Mehr als Zweidrittel der SPD-Mitglieder sind für mich innerparteilich ein regelrechtes Apartheid-Regime, das mich in mehrfacher Weise unterdrückt, weil es sich um Staatsfeinde und Terroristen handelt. Die Ursache für die Misere der SPD sind eben die vielen stockreaktionären Gammelpenner in der SPD-Mitgliedschaft, die den Fortschritt verhindern, weil sie eher auf die Demagogie der Bourgeois-Presse hereinfließen, als den Ergebnissen der empirisch-analytischen Sozialforschung aus der Wissenschaft zu folgen.

Die meisten SPD-Mitglieder sind nur Scheiß-Penner, die der Bevölkerung was vorfressen und mir das Forschungsgeld stehlen, nicht einmal rational argumentieren können, sondern nur normatives Ethik-Gekotze anzubieten haben. Deshalb ist die SPD auch nicht in der Lage soziale politische Positionen in Gesetze umzumünzen. Darum ist links zu wählen auch das Ergebnis von Logik, weil die SPD nicht sozial ist bzw. sein kann. Ich habe in meinen bisherigen Veröffentlichungen auch zum Teil politische Positionen der Linkspartei kritisiert und bin dabei so gut es geht objektiv. Insofern kann man mir einseitige Parteinahme nicht nachsagen. Religiöse Scheiß-Penner sollen ihren Glauben in den Religionsgemeinschaften leben und in der Partei Sachpolitik machen oder sich am besten verpissen, wenn sie dazu nicht in der Lage sind. Auch auf alle anderen Ideologen kann ich verzichten.

63 Stern, Maram: SPD-Chef vergleicht Israel mit Apartheid-Regime: Eine diplomatische Granate namens Sigmar Gabriel, in: FOCUS Online vom 15. März 2012, online unter: http://www.focus.de/politik/ausland/spd-chef-sorgt-ueber-facebook-fuer-aerger-gabriel-wirft-israel-apartheidspolitik-vor_aid_724483.html

3.4. Seite 4, letzter Absatz: „Ändert die SPD noch ihre Programmatik und trennt sich endlich von ihren Reaktionären, neoliberalen Lobbyisten-Pack und religiösen Hardlinern, so könnte sie die „Neue Mitte“ innerhalb des Parteiensystems sein, (...).“⁶⁴

Die Wahlwerbekampagne der „Neuen Mitte“, die „Verantwortung für Deutschland“ übernimmt, halte ich für eine Volkspartei wie die SPD für nicht falsch, solange man akzeptiert, dass es auch in der Partei, wie in der Gesellschaft verschiedene Vorstellungen über unterschiedliche politische Themengebiete gibt.

Ich bleibe dabei, dass ein freies Parteiensystem eine Form des demokratischen Sozialismus ist und ich bleibe bei Karl Marx, und da ist Freiheit eben die Abwesenheit von Zwang. Ethik ist immer Zwang und auch immer asozial und Gewalt, weil man mit ihr immer andere manipuliert und unterdrückt. Reaktionäre religiöse Gesinnungsethiker, Neoliberale und Humanisten üben Zwang gegen mich und andere Mitglieder und gegen die Bevölkerung aus. Deshalb sehe ich Demokratie lediglich als eine Übergangsform zur klassenlosen und herrschaftsfreien Gesellschaft und niemals als die ewig gültige ultima ratio.

Jedenfalls, so denke ich, kann man als Sozialdemokrat nur erfolgversprechend in den neuen Bundestagswahlkampf 2013 ziehen, wenn man davon ausgeht, dass die SPD eine Volkspartei ist oder zumindest wieder werden kann. Diese vor Jahren noch selbstverständliche Klassifizierung der SPD darf in letzter Zeit jedoch stärker in Zweifel gezogen werden. Der emeritierte Göttinger Politik-Professor Peter Lösche nennt in einer seiner Publikationen vier relevante Merkmale für eine Volkspartei. Ich stelle mit einiger Sorge fest, dass einige davon von der SPD nicht mehr erfüllt werden, möchte das hier kurz belegen und Lösungsvorschläge dafür angeben.

„1. Volkspartei bezeichnet eine politische Organisation von Bürgern, die in der sozialen Zusammensetzung ihrer Mitglieder, Parteiaktivisten und Wähler nicht auf eine Schicht oder Klasse oder eine anders (beispielsweise durch Konfession) definierte Gruppe beschränkt ist, sondern prinzipiell mehrere Schichten und Klassen, Landsmannschaften und Religionen umfasst, mithin als sozial heterogen zu gelten hat. Dies bedeutet aber nicht, dass sich in der Volkspartei spiegelbildlich die Sozialstruktur der Wähler wiederholte, denn eine schichten- und klassenübergreifende soziale Zusammensetzung der Wähler und Mitglieder verschwindet nicht im Konturlosen. Vielmehr bleibt ein spezifisches soziales Profil durchaus erhalten, kann sich als Massenpartei auf Klassenbasis darstellen. Dabei folgt die Volkspartei den allgemeinen Tendenzen gesellschaftlich-struktureller Veränderungen, die sich auf dem Arbeitsmarkt, in der Bevölkerung und Wählerschaft vollziehen.“⁶⁵

So heterogen ist die SPD nicht mehr. Sie ist gleichförmig. Eine Elite vertritt zunehmend ihr Eigeninteresse. Das kommt bei der Bevölkerung eben nicht als sozial an, weil es nicht sozial ist. Die SPD hat ihre Positionen auch nur sehr wenig an die gesellschaftlichen-strukturellen Veränderungen angepasst und hat eine politische Programmatik, die altbacken ist, zumindest von den WählerInnen so wahrgenommen wird.

64 Frank, Michael: Wer sozialen Fortschritt will, muss DIE LINKE. wählen, in: www.michael-frank.eu vom 25. Mai 2012, online unter: <http://www.michael-frank.eu/Essays/2012-05-25-Wer-sozialen-Fortschritt-will.pdf>

65 Lösche, Peter: Ende der Volksparteien – Essay, in: Bundeszentrale für Politische Bildung vom 03. Dezember 2009, online unter: <http://www.bpb.de/apuz/31526/ende-der-volksparteien-essay?p=all>

„2. Volksparteien sind bemüht, möglichst viele Wählergruppen - verschiedene Klassen und Schichten, Konfessionen und Landsmannschaften - mit modernen Werbemethoden gezielt anzusprechen und für sich zu gewinnen. Insbesondere erfolgen Angebote an solche Wählerschichten, die an die eigene Stammwählerschaft grenzen. Präziser formuliert: Die Volkspartei ist eine Massenwähler-, Mitglieder- und Funktionärspartei. Um dieses Kriterium zu erfüllen, muss sie im Prinzip und auf Dauer 35 Prozent der Wähler für sich gewinnen, ein Prozent der Wahlberechtigten als Mitglieder überzeugen und davon wiederum zehn Prozent als Funktionäre motivieren. Nimmt man diese Daten ernst und legt sie als Maßstab an die beiden (bisherigen) bundesrepublikanischen Volksparteien an, wird deutlich, dass sich die Sozialdemokratie vom Typus Volkspartei verabschiedet hat und die Christdemokratie (also CDU und CSU zusammengenommen) in den Grenzbereich des künftigen Endes als Volkspartei hineingerät.“⁶⁶

Man differenziert nicht mehr in der medialen Kampagne und macht wenig unterschiedliche Angebote für den Wähler, um viele Zugänge zu schaffen, um Neumitglieder oder Wähler politisch anzusprechen. Das liegt auch, aber nicht nur, am Rückgang des Stammwähler-Klientels. Die Tatsache, dass die Mitgliederzahlen seit Jahrzehnten rückläufig sind, ist ein Nachteil gegenüber der konkurrierenden CDU in Bezug auf die Mobilisierungsfähigkeit. Letztlich ist besonders dramatisch, dass eine Vielzahl von Jung- und Erstwählern mittlerweile völlig abgestoßen von der SPD sind. Für die nahe Zukunft, aber auch mittelfristig wird das für die SPD ein enormes Problem, zumal vor allem dann, wenn auch inländische und ausländische Mafia-Strukturen und Klans, sowie indoktrinierte und gleichgeschaltete Kader von ausländischen Geheimdiensten aus Feindstaaten die Partei unterwandern und einzelne Gliederungen völlig besetzen, weil es keine breite Parteibasis mehr gibt, die die sozialdemokratischen Grundwerte vertritt.

„3. Volksparteien sind nur als Akteure in einem repräsentativ-demokratischen politischen System parlamentarischer oder präsidentieller Prägung denkbar. Konkret besagt dies, dass Volksparteien willens, bereit und in der Lage sein müssen, allein oder in Koalition mit anderen Parteien die Regierungsverantwortung zu übernehmen, also Macht auszuüben. Ja, die Koalitionsfrage gibt - nach Sigmund Neumann - die eindeutige Scheidelinie für die Parteitypisierung, denn nur Parteien, die - wie die Volksparteien - keinen absoluten Herrschafts- und Durchsetzungsanspruch haben, können mit anderen Kompromisse schließen und gemeinsam regieren. Koalitions- und kompromissfähig sind Parteien auf Dauer nur dann, wenn es neben einem kontroversen Politiksektor einen nichtkontroversen Sektor mit einem allgemeinen Konsens gibt, zu dem die Grundregeln parlamentarisch-repräsentativer Demokratie und die Achtung vor den Menschenrechten gehören.“⁶⁷

Die SPD ist in der politischen Gefangenschaft als Junior-Partner der CDU, eine soziale Dilemma-Situation. Diese kann nur überwunden werden, wenn man nach der Agenda 2010 ein neues soziales Projekt in den Diskurs bringt, das auch die Wählerschaft der Linkspartei und der Grünen potentiell so zusagt, dass die SPD Wähler aus diesem Spektrum gewinnen kann. Auf der anderen Seite sind gerade die Sicherheits-, Innen- und Verteidigungspolitik die Politikbereiche, mit der die größte Fraktion in einer Koalitionsregierung am ehesten glänzen muss. Hier darf sich die SPD keinerlei Lapsus mehr erlauben. Mit einer gestiegenen Glaubwürdigkeit in diesen Politikbereichen, wäre die SPD auch wieder in der Lage, konservativere Wähler und Wähler aus der politischen Mitte an sich zu binden. In den Bereichen Sozial-, Bildungs-, Kultur- und Wissenschaftspolitik gibt es jedoch weitaus mehr Konsens mit den Positionen der Grünen und der Linkspartei, als mit der CDU.

66 Lösche, Peter: Ende der Volksparteien – Essay, in: Bundeszentrale für Politische Bildung vom 03. Dezember 2009, online unter: <http://www.bpb.de/apuz/31526/ende-der-volksparteien-essay?p=all>

67 Lösche, Peter: Ende der Volksparteien – Essay, in: Bundeszentrale für Politische Bildung vom 03. Dezember 2009, online unter: <http://www.bpb.de/apuz/31526/ende-der-volksparteien-essay?p=all>

„4. Schließlich ist mit großem Nachdruck ein vierter Indikator zu nennen, der das Phänomen "Volksparteien" (und ihren Niedergang) erklärt. Volksparteien sind nämlich Milieu-Parteien gewesen, also politische Organisationen, die zum Teil, aber eben nicht vollständig aus sozialmoralischen Milieus hervorgegangen sind und auf ihnen basierten. Dieser Sachverhalt wird erst im Nachhinein, nach Abschluss der historischen Periode der Volksparteien deutlich. Entgegen der Annahme und Behauptung Otto Kirchheimers sind Teile der Mitglieder, vor allem der Funktionäre und Parteiaktivisten, aber auch der Wähler geistig, ideologisch und wertemäßig in die Partei eingebunden gewesen. Woher sonst hätte die Bindekraft kommen sollen, deren Nachlassen bis hin zu fast anarchischer Volatilität heute so beklagt wird? Wie sonst wäre die Unterscheidung zwischen Stammwählern und aktuell in einer Wahl gewonnenen Wählern sinnvoll gewesen? Ja, gerade das gehört zum Spezifischen einer Volkspartei, dass sie - links oder rechts der Mitte - über einen Sockel, ein Fundament an Wählern verfügt, das irgendwo zwischen 20 und 25 Prozent der Wählenden lag und auf das sich die Parteien verlassen konnten. Erst von dieser Milieubasis aus vermochte der Spagat in die (neue) Mitte gewagt zu werden und erfolgreich zu sein. Nur ein derartiger Spagat zwischen verschiedenen Segmenten im Elektorat konnte dann zu Wahlergebnissen führen, die bei 40 Prozent oder darüber lagen. Allein in der Mitte sind für eine Volkspartei keine Wahlen zu gewinnen - wie immer "Mitte" definiert werden mag.“⁶⁸

Diese Eigenschaft einer Volkspartei beschreibt ziemlich genau das, was ich gerade im letzten Punkt ausgeführt hatte. Im Moment ist die SPD nur ein Sammelsurium an verschiedenen religiösen Gesinnungsethikern, die nichts weiter tun, als reaktionäre Dogmen zu predigen. Die SPD muss aber ein Bindeglied zwischen vielen programmatischen Positionen bieten und gleichzeitig ihre Stammwählerklientel und vor allem ihre Parteibasis nicht nur langfristig an sich binden, sondern auch viel mehr in die Tagespolitik einbinden. Ohne Ideologie! Letztlich sind diese BürgerInnen die Multiplikatoren im Wahlkampf und helfen bei der Mobilisierung von Wählern viel eher, als viele Plakate oder redundante Wahlwerbepots. Mehr Nähe mit den Stammwählern und eine bessere Fortbildung der Mitglieder sind vor allem wichtig.

Ich will daher, dass die „Neue Mitte“ „Verantwortung für Deutschland“ in der Form übernimmt, dass sie zuerst den Schwächsten und den Ausgegrenzten in dieser Gesellschaft hilft und nicht nur das egoistische Eigeninteresse der politisch-ökonomischen Elite vertritt. Eine solche Politik, dessen ideologische Handschrift ich auch in der Politik der Agenda 2010 erkenne, halte ich nicht für sozial und auch nicht für demokratisch. Dabei weiß ich sehr wohl, was Realpolitik ist und dass gegen die CDU nicht immer mehr möglich ist. Ich möchte, dass die SPD mit einem sozialen Programm die linke Volkspartei in Deutschland wird, die eine dominante Stellung in der Mitte des Parteiensystems hat und den Kampf um Wählerstimmen Sozialisten, Libertäre, sozial denkende Wähler und Mitglieder im konservativen Spektrum ebenso gewinnt, wie Arbeitslose und Geringverdiener oder auch Großverdiener, die die soziale Kälte und die sozialen Ungleichheiten überwinden wollen. Im Bundestagswahlkampf 2013 hoffe ich darauf, dass man sich an die erfolgreichen Wahlkämpfe von 1998 oder 2002 erinnert und dabei etwa die Forschungsergebnisse von Professor Rik Coolsaet berücksichtigt, dass die SPD ein neues soziales und auch explizit sozialdemokratisches Projekt braucht⁶⁹, um wieder mehrheitsfähig zu werden und den Bundeskanzler oder die Bundeskanzlerin zu stellen.

Ich halte es für richtig, dass man staatliche Strukturen so schafft, dass Jede und Jeder auch ohne Arbeit und ohne Arbeitszwang ein gesichertes Existenzminimum ohne behördliche Diskriminierung

68 Lösche, Peter: Ende der Volksparteien – Essay, in: Bundeszentrale für Politische Bildung vom 03. Dezember 2009, online unter: <http://www.bpb.de/apuz/31526/ende-der-volksparteien-essay?p=all>

69 Vgl. Coolsaet, Rik: The Social Democratic Malaise and World Politics, in: FES, online unter: http://library.fes.de/pdf-files/ipg/ipg-2009-1/09_a_coolsaet_us.pdf

und gesellschaftliche Stigmatisierung erhält. Daneben würde ich auch bei der Familienpolitik die Weichen so stellen, dass es eine flächendeckende Versorgung an Kindertagesstätten gibt, eine verpflichtende Teilnahme der Kinder an den Angeboten an öffentlicher Kinderbetreuung ab dem Alter von etwa 1 Jahr, eine Betreuungsmöglichkeit auch rund um die Uhr, damit etwa Schichtarbeiter ihre Kinder bestmöglich versorgen können und eine vollständige Finanzierung dessen durch die öffentliche Hand. Außerdem wäre mit einer breiten Mehrheit eine Veränderung in der Gesundheitspolitik so möglich, dass es zukünftig nur noch eine Krankenkasse für alle gibt, die für jeden Menschen die bestmögliche medizinische Versorgung mit allen notwendigen Therapien und Medikamenten trägt. Analog zu diesem als Bürgerversicherung bezeichneten Konzept würde ich auch die Pflegeversicherung organisieren und deren Finanzierung auf eine andere Grundlage stellen, so dass nicht in erster Linie das Erwerbseinkommen aus produktiver Arbeit von Geringverdienern dafür herangezogen wird, sondern die Finanzierung aus indirekten Steuern einen höheren Stellenwert einnimmt.

Mit reaktionär meine ich politische Positionen, die Arbeitslose durch Sanktionen verelenden lassen wollen. Reaktionär nenne ich Positionen, wie etwa in Israel ein Apartheid-Regime gesehen haben zu wollen, was nach meiner Ansicht letztlich rassistischer Antisemitismus ist, der nicht anders ist, als die Demagogie der NPD in dieser Frage. Reaktionär nenne ich Humanisten, die nicht nur Körperverletzungen legitimieren, sondern auch verfassungswidrige Angriffskriege und damit die Tötung von Menschen aufgrund der eigenen Ideologie und zum eigenen ökonomischen Vorteil mit dem eigenen Ideal belegen. Reaktionär nenne ich Neoliberale, die die soziale Marktwirtschaft regelrecht als einen Götzen anbeten und für die staatliche Eingriffe in den Markt ein Tabu sind, obwohl gerade auch die Finanz- und Wirtschaftskrise gezeigt hat, dass eine gesunde Ökonomie eher vom Staat abhängt, als von unternehmerischen Handeln.

Lobbyisten penetrieren nicht nur die sozialdemokratischen Abgeordneten, sondern sind bereits Mitglieder in der SPD. Darunter sehe ich diejenigen, die Klientel-Politik für ganze Wirtschaftszweige betrieben haben wollen und die Modernisierung ihrer Betriebe ausschließlich auf Kosten des Steuerzahlers finanziert haben wollen. Lobbyisten sind für mich diejenigen Terroristen, die gegen die Interessen der Staaten und vor allem der Bürger der Europäischen Union mit dem US-Imperialismus kollaborieren. Sie sind es, die gemeinsam mit islamistischen Gammelpennern und dem Perser-Pöbel uns hier für den CIA mit Kokain und Heroin zuschneien.

Viele Sozialdemokratische Mandatsträger sind bescheuerte Ideologen und Gutmenschen, die weit entfernt von den Lebensrealitäten der Menschen reaktionäre Werturteile gegen die Interessen des Proletariats vertreten. Steinreiches und asoziales Aas-Pack und arbeitsscheues Gesindel, das sich auf Kosten der Bevölkerung bereichert und das eigene Volk verrät. Die SPD ist wie eine offene Gerontopsychiatrie, Insassen sind nicht therapierbar. Die SPD ist im gegenwärtigen Zustand unbelehrbar, unveränderbar und unwählbar!

Das ändert sich erst, wenn es gelingt, eine programmatische Klammer zu bilden zwischen Bevölkerungsgruppen mit verschiedenen divergierenden Individualinteressen. Etwa zwischen Rentnern und Prekariat bei der Frage der sozialen Transferleistungen zu vermitteln, um neue Sozialreformen durchzusetzen.

Sollte die SPD in eine erneute große Koalition gehen, sehe ich die Gefahr, dass sie in 10 Jahren eine Splitterpartei wird, in der gutbezahlte Beamte und Angestellte des öffentlichen Dienstes als Vertreter von Industrie-Facharbeitern mit sicheren hochvergüteten Arbeitsplätzen nur noch Politik für sich selbst machen. Das ist nicht mehrheitsfähig und mit Scheiß-Pennern an der Basis und der Partei-Spitze wird man auch nicht Volkspartei.

Gelingt es der SPD-Führung nicht, die Partei so zu erneuern, so geht die Partei und vielleicht auch unser Deutschland zugrunde. Wenn christliche Ideologen weiterhin an einem überholten Arbeitsethos festhalten, das gegen die Klasseninteressen der Mehrheit der Bevölkerung steht und letztlich nur der Bourgeoisie hilft, die Ausbeutung fortzuführen und das reaktionäre System, den status quo, zu erhalten, so überholen uns bald auch andere Länder und Wirtschaftsblöcke.

Statt neue Positionen voranzubringen, werden Geringverdiener gegen Sozialhilfeempfänger ausgespielt und aufeinander gehetzt, damit die Partielite ihren hohen Lebensstandard halten kann. Damit schaufelt sich die SPD mittel- und langfristig ihr eigenes Grab. Das muss aber mit Hinblick auf die Altersstruktur der SPD-Mitgliedschaft die meisten davon nicht mehr interessieren und genau da liegt das Problem. Die meisten jüngeren Mitglieder sind dagegen verblendete Yuppies.

Das Wegbrechen der Industrieproduktion durch Arbeitsplatz-Verlagerung und Modernisierung fordert eine andere Programmatik, erfordert eine neue soziale Idee. Die hohe Produktivität und die weiterhin wachsende Wirtschaft macht dieses leicht möglich, jedoch müsste dafür die alte Partei-Elite über ihren ideologischen Schatten springen. Das kann ich leider auch im neuen „Modernisierungsprogramm“ der SPD-Bundestagsfraktion nicht erkennen.⁷⁰

Grundeinkommen ohne Arbeitszwang und ohne staatliche Drangsalierungen und neue Finanzierungsmodelle für alle sozialen Sicherungssysteme. Ebenfalls staatliche Organisation der öffentlichen Daseinsvorsorge. Hier liefert die Linkspartei zwar ein Sammelsurium von Konzepten, obwohl gleichzeitig auch einige irrationale Forderungen und Positionen, aber dennoch ist sie, zumindest normativ, eher für eine moderne Sozialpolitik, als die SPD. Gerade hier müsste die SPD mit ihrer eigenen Programmatik und Wahlwerbung ansetzen, um die Meinungsführerschaft in diesem für sie so wichtigen Politikbereich wieder zu erobern.

Das sind eben die Ursachen für meine etwas polemische Einschätzung in beanstandetem Essay, bei der ich doch, wie ich finde, in jeder Hinsicht kritisch-solidarisch mit der SPD und ihren Mitgliedern geblieben bin.

70 Vgl. dazu: Deutschland 2020: So wollen wir morgen leben - Bausteine eines Modernisierungsprogramms, in: spdfraktion.de vom 13. September 2012, online unter:
http://www.spdfraktion.de/sites/default/files/spd_d20_web.pdf

3.5. Seite 7, 4. Absatz: „Deshalb möchte ich in der SPD eine Pogrom-Stimmung gegen Neoliberale, gegen Christen, gegen Lakaien des US-Imperialismus und gegen Kriegstreiber in der SPD-Mitgliedschaft erzeugen, um die SPD wieder zu einer sozialistischen Partei umzuformen, (...).“⁷¹

Meine Mitgliederrechte gedenke ich auch weiterhin in meinem Sinne auszuüben und für einen politischen Kurswechsel in der Sozialdemokratie hin zu einer stärkeren Betonung der Menschenrechte, zur Gewaltfreiheit in den Internationalen Beziehungen, zu einem neuen sozialpolitischen Modell, zur religiösen und weltanschaulichen Neutralität des Staates und der Parteien und einem anderen Wirtschaftssystem zu streiten.

Ich halte Neoliberale, religiöse Gesinnungsethiker, Lakaien des US-Imperialismus und Kriegstreiber für Verfassungsfeinde, die unsere Werteordnung bekämpfen wollen und den Erfolg des europäischen Projektes gefährden, zu dem es keine Alternative gibt. Meiner Ansicht nach sind sie Terroristen.

Um gegen die Ideologie des Neoliberalismus zu argumentieren, kann ich mich auch auf das Hamburger Programm der SPD berufen. Hier heißt es dazu etwa:

„Weil wir an diesem Ziel festhalten, bestehen wir auf dem Primat demokratischer Politik und widersprechen der Unterwerfung des Politischen unter das Ökonomische. Dabei haben wir einen weiten Begriff des Politischen, der nicht auf den Staat reduziert werden darf, sondern zivilgesellschaftliche Allianzen und Netzwerke wie auch das freie, selbstbestimmte Handeln der Menschen einschließt. Politik muss dafür sorgen, dass nicht zur bloßen Ware wird, was nicht zur Ware werden darf: Recht, Sicherheit, Bildung, Gesundheit, Kultur, natürliche Umwelt.“⁷²

Zwar wird hier sehr abstrakt argumentiert, aber letztlich ist in der Tendenz die Mitbestimmung aller Menschen der Leitgedanke und der, dass die Ökonomie den Menschen zu dienen hat. Weiterhin heißt es im Hamburger Programm:

„Soziale Demokratie garantiert nicht nur die bürgerlichen, politischen und kulturellen, sondern gleichermaßen die sozialen und wirtschaftlichen Grundrechte aller Menschen. Sie sichert die gleichberechtigte soziale Teilhabe aller durch gesellschaftliche Demokratisierung, vor allem Mitbestimmung, durch den auf Bürgerrechte gestützten vorsorgenden Sozialstaat und durch eine koordinierte Marktwirtschaft, in der der Vorrang der Demokratie vor den Märkten gewährleistet ist.“⁷³

In dieser Ausführung wird etwa der Staat, die Demokratie, als Garant für die sozialen und ökonomischen Grundrechte aufgefasst. Das kann ich gerne auch mit vertreten, obwohl ich die Politie anstrebe.

71 Frank, Michael: Wer sozialen Fortschritt will, muss DIE LINKE. wählen, www.michael-frank.eu vom 25. Mai 2012, online unter: <http://www.michael-frank.eu/Essays/2012-05-25-Wer-sozialen-Fortschritt-will.pdf>

72 Das Hamburger Programm der SPD, S. 17, online unter: http://www.spd.de/linkableblob/1778/data/hamburger_programm.pdf

73 Das Hamburger Programm der SPD, S. 19, online unter: http://www.spd.de/linkableblob/1778/data/hamburger_programm.pdf

„Solidarität bedeutet wechselseitige Verbundenheit, Zusammengehörigkeit und Hilfe. Sie ist die Bereitschaft der Menschen, füreinander einzustehen und sich gegenseitig zu helfen. Sie gilt zwischen Starken und Schwachen, zwischen Generationen, zwischen den Völkern. Solidarität schafft Macht zur Veränderung, das ist die Erfahrung der Arbeiterbewegung. Solidarität ist eine starke Kraft, die unsere Gesellschaft zusammenhält – in spontaner und individueller Hilfsbereitschaft, mit gemeinsamen Regeln und Organisationen, im Sozialstaat als politisch verbürgter und organisierter Solidarität.“⁷⁴

Aber auch die soziale Marktwirtschaft ist meines Erachtens keine solidarische Form des Wirtschaftens. Für mich stellt sie lediglich eine Übergangsperiode dar, wobei letztlich die Gleichheit aller Menschen das Ziel sozialdemokratischer Politik sein muss.

Auch mit meiner Positionierung gegen den US-Imperialismus kann ich mich auf das Hamburger Programm der SPD berufen, denn:

„Die internationale Politik der deutschen Sozialdemokratie dient dem Ziel, Konflikte zu verhindern und Frieden zu schaffen. Unsere Prinzipien dafür sind Verständigung, internationale Solidarität und gemeinsame Sicherheit durch Kooperation. Wir setzen auf die Überzeugung, dass Macht dem Recht untergeordnet werden muss.“

Die Menschheit kann zum ersten Mal in ihrer Geschichte die existenziellen Probleme nur noch gemeinsam lösen. Umfassende Sicherheit lässt sich nur gemeinsam erreichen. Dafür gilt es eine Weltinnenpolitik mit starken Vereinten Nationen auszubilden und eine gerechte Weltwirtschaftsordnung zu schaffen. Bei der Verwirklichung beider Ziele soll Europa eine Schlüsselrolle spielen. Die Europäische Union muss unsere politische Antwort auf die Globalisierung werden.“

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen, dass alle Nationen, Völker und Menschen von Frieden und Wohlstand profitieren. Die SPD steht dafür, dass Zusammenarbeit das Schlüsselwort des neuen Jahrhunderts wird.“⁷⁵

Man kann demnach gut und gerne argumentieren und belegen, dass die Dominanz der USA in der Internationalen Politik nicht dem sozialdemokratischen Gedanken der internationalen Solidarität und der Kooperation folgt. Ebenso sind völkerrechtswidrige Militärschläge, insbesondere Präventivkriege nicht eine Form der Machtausübung nach internationalem Recht. Wer Europa eine Schlüsselrolle zukommen lassen will, der muss auch gleichzeitig darstellen, was denn das Neue an der Europäischen Union gegenüber den USA ist. Unter einer sozialdemokratischen Regierung in Europa wäre das eben die diplomatische Herrschaft mit dem Ziel den Frieden und den Wohlstand allen Menschen zukommen zu lassen und dabei auf internationale Kooperation zu setzen.

Nun gut, man möge sich an der Formulierung „Pogrom-Stimmung“ echauffieren. Im Duden wird dieser Begriff definiert als eine *„Stimmung, aus der heraus es leicht zu einem Pogrom kommen kann.“⁷⁶* Ein Pogrom wird dort als eine *„Ausschreitungen gegen nationale, religiöse oder rassische Minderheiten“⁷⁷* bezeichnet.

74 Das Hamburger Programm der SPD, S. 16, online unter:

http://www.spd.de/linkableblob/1778/data/hamburger_programm.pdf

75 Das Hamburger Programm der SPD, S. 19, online unter:

http://www.spd.de/linkableblob/1778/data/hamburger_programm.pdf

76 <http://www.duden.de/rechtschreibung/Pogromstimmung>

77 <http://www.duden.de/rechtschreibung/Pogrom>

Ich halte Demokratie für institutionalisierte Gewalt der Mehrheit. In Form des hiesigen Parlamentarismus ist es gar eine extreme Minderheit, die politische Entscheidungen gegen die Mehrheit der Bevölkerung fällt. Diese Regierungsform ist zwar illegitim aber derzeit noch legal. Sie ist ein „*politisches Prinzip, nach dem das Volk durch freie Wahlen an der Machtausübung im Staat teilhat.*“⁷⁸ und außerdem das „*Prinzip der freien und gleichberechtigten Willensbildung und Mitbestimmung in gesellschaftlichen Gruppen.*“⁷⁹ Demokratie ist ein permanentes Pogrom gegen die Minderheit, derzeit in den meisten Fällen gegen mich, als Betroffenen von sozialer Ausgrenzung und Stigmatisierung.

Für die Nutzung des legalen Mittels der Machtübernahme lasse ich mich nicht aus der SPD ausschließen, zumal die SPD doch die älteste demokratische Partei ist. Gerade in der SPD sollte man divergierende politische Meinungen tolerieren, aber ich muss mich doch nicht der neoliberalen Mehrheit anschließen, nur um SPD-Mitglied zu bleiben. Und ich muss mir auch nicht eine religiöse Gewaltideologie zu Eigen machen, um meine politischen Positionen zu vertreten. Unter neoliberalen Gegebenheiten ist Demokratie die Herrschaft der Elite gegen das Volk, insbesondere gegen die sozial Benachteiligten. Diesen Umstand gedenke ich umzukehren und dafür habe ich mir die SPD ausgesucht. Demokratie, insbesondere in dieser elitären Form, ist die Herrschaft vieler bzw. aller zum Nutzen der Regierenden und ich bleibe bei Politie und Egalitarismus als Ziel, um eine Gesellschaft zu erzeugen, in der alle frei sind, weil sie auch ökonomisch gleichgestellt sind. Ich stehe daher für mehr Artikulation der wirklichen Interessen der Bevölkerung, selbst dann, wenn die Bevölkerung ihr wirkliches Klasseninteresse nur schwer zu erkennen vermag.

Dazu führe ich gerne die politischen Grundsätze aus dem Gothaer Programm der SAPD von 1875 an, um meine politische Haltung mit sozialdemokratischen Grundwerten zu begründen:

„Von diesen Grundsätzen ausgehend, erstrebt die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands mit allen gesetzlichen Mitteln den freien Staat und die sozialistische Gesellschaft, die Zerschlagung des ehernen Lohngesetzes durch Abschaffung des Systems der Lohnarbeit, die Aufhebung der Ausbeutung in jeder Gestalt, die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit.

Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, obgleich zunächst im nationalen Rahmen wirkend, ist sich des internationalen Charakters der Arbeiterbewegung bewußt und entschlossen, alle Pflichten, welche derselbe den Arbeitern auferlegt hat, zu erfüllen, um die Verbrüderung aller Menschen zur Wahrheit zu machen.“⁸⁰

Ebenfalls dem Gedanken an die Ausweitung der genossenschaftlichen Produktion im Gothaer Programm bleibe ich treu:

*„Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert, um die Lösung der sozialen Frage anzubahnen, die Errichtung von sozialistischen Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe unter der demokratischen Kontrolle des arbeitenden Volkes. Die Produktivgenossenschaften sind für Industrie und Ackerbau in solchem Umfange ins Leben zu rufen, daß aus ihnen die sozialistische Organisation der Gesamtarbeit entsteht.“*⁸¹

Im Gothaer Programm wird außerdem auch gefordert:

78 <http://www.duden.de/rechtschreibung/Demokratie>

79 <http://www.duden.de/rechtschreibung/Demokratie>

80 Gothaer Programm der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands von 1875, online unter: <http://www.marxists.org/deutsch/geschichte/deutsch/spd/1875/gotha.htm>

81 Gothaer Programm der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands von 1875, online unter: <http://www.marxists.org/deutsch/geschichte/deutsch/spd/1875/gotha.htm>

„1. Allgemeines, gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer und obligatorischer Stimmabgabe aller Staatsangehöriger vom zwanzigsten Lebensjahr an für alle Wahlen und Abstimmungen in Staat und Gemeinde. Der Wahl- oder Abstimmungstag muß ein Sonntag oder Feiertag sein.

2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk. Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk.

3. Allgemeine Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere.

4. Abschaffung aller Ausnahmegesetz, namentlich der Preß-, Vereins- und Versammlungsgesetze; überhaupt aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung, das freie Forschen und Denken beschränken.

5. Rechtsprechung durch das Volk. Unentgeltliche Rechtspflege.

6. Allgemeine und gleiche Volkserziehung durch den Staat. Allgemeine Schulpflicht. Unentgeltlicher Unterricht in allen Bildungsanstalten. Erklärung der Religion zur Privatsache.“⁸²

All diesen Programmpunkten stehe ich positiv gegenüber. Deshalb kritisiere ich auch den Neoliberalismus, so wie Karl Marx die zu seiner Zeit herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse und den Liberalismus kritisierte.

Ich bleibe auch bei den Ausführungen des Görlitzer Programms der SPD von 1921, wo eine friedliche Internationale Politik und ein Internationaler Gerichtshof gefordert wurde:

„Ein Völkerbund, der kein die Völkerbundsatzungen anerkennendes Volk ausschließt und in dem die Parlamente aller Länder durch Delegierte nach der Stärke der Parteien vertreten sind. Ausbau des Völkerbundes zu einer wahrhaften Arbeits-, Rechts- und Kulturgemeinschaft. Entscheidung aller internationalen Streitigkeiten durch ein internationales Gericht. Selbstbestimmung der Völker im Rahmen des für alle gleichmäßig geltenden internationalen Rechts. Völkerrechtlicher Schutz aller nationalen Minderheiten nach dem Grundsatz vollkommener Gegenseitigkeit. Internationale Abrüstung unter Garantie des Völkerbundes, Herabsetzung der Wehrmacht in allen Staaten auf das Maß, das die innere Sicherheit der Staaten und die Erzwingung internationaler Verpflichtungen durch gemeinschaftliches Vorgehen des Völkerbundes erfordert. Unterstellung aller Kolonien und Schutzgebiete unter die Oberhoheit des Völkerbundes. Durchführung des Grundsatzes der Offenen Tür für alle wirtschaftlichen Austauschgebiete. Demokratisierung und Vereinfachung der diplomatischen Vertretungen der Staaten.“⁸³

Ebenfalls bin ich für die Kontrolle des Staats über den kapitalistischen Besitz und dafür, diesen in Gemeineigentum zu überführen:

„Grund und Boden, die Bodenschätze sowie die natürlichen Kraftquellen, die der Energieerzeugung dienen, sind der kapitalistischen Ausbeutung zu entziehen und in den Dienst der Volksgemeinschaft zu überführen. Gesetzliche Maßnahmen gegen die Extensivierung oder das gänzliche Unbenutzlassen landwirtschaftlicher Bodenflächen oder deren Verschwendung zu privaten Luxus Zwecken. Kontrolle des Reichs über den kapitalistischen Besitz an

82 Gothaer Programm der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands von 1875, online unter: <http://www.marxists.org/deutsch/geschichte/deutsch/spd/1875/gotha.htm>

83 Görlitzer Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands von 1921, online unter: <http://www.marxists.org/deutsch/geschichte/deutsch/spd/1921/goerlitz.htm>

Produktionsmitteln, vor allem über die Interessengemeinschaften, Kartelle und Trusts. Fortschreitender Ausbau der Betriebe des Reichs, der Länder und der öffentlichen Körperschaften unter demokratischer Verwaltung unter Vermeidung der Bureaukratisierung. Förderung der nicht auf Erzielung eines Profits gerichteten Genossenschaften. Ausgestaltung des wirtschaftlichen Rätessystems zu einer Vertretung der sozialen und wirtschaftspolitischen Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten. ⁸⁴

Auch den Aufruf zu einer Kampfgemeinschaft für Demokratie und Sozialismus aus dem Görlitzer Programm verfolge ich weiter, auch in einer Einheitsfront mit mehreren linken Parteien:

„Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die Partei des arbeitenden Volkes in Stadt und Land. Sie erstrebt die Zusammenfassung aller körperlich und geistig Schaffenden, die auf den Ertrag eigener Arbeit angewiesen sind, zu gemeinsamen Erkenntnissen und Zielen, zur Kampfgemeinschaft für Demokratie und Sozialismus.

Die kapitalistische Wirtschaft hat den wesentlichen Teil der durch die moderne Technik gewaltig entwickelten Produktionsmittel unter die Herrschaft einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Großbesitzern gebracht, sie hat breite Massen der Arbeiter von den Produktionsmitteln getrennt und in besitzlose Proletarier verwandelt. Sie hat die wirtschaftliche Ungleichheit gesteigert und einer kleinen, in Überfluß lebenden Minderheit weite Schichten entgegengestellt, die in Not und Elend verkümmern. Sie hat damit den Klassenkampf für die Befreiung des Proletariats zur geschichtlichen Notwendigkeit und zur sittlichen Forderung gemacht. ⁸⁵

Weil ich eben auch diese Programmatik aus dem Görlitzer Programm der SPD teile, bleibe ich bei meiner Fundamental-Kritik am Neoliberalismus, den ich ähnlich charakterisieren würde, wie Noam Chomsky in seinem Werk „Profit over People“, aber auch in einem seiner Vorträge:

„Der Ausdruck "Neoliberalismus" unterstellt ein System von Grundsätzen, das neu ist und sich zugleich auf klassische liberale Ideen gründet: als Schutzheiliger wird Adam Smith verehrt. Das Theoriegebäude des Neoliberalismus ist auch unter dem Namen "Konsens von Washington" bekannt. Bereits daran läßt sich einiges im Hinblick auf die Globale Weltordnung ablesen. Bei näherem Hinsehen zeigt sich, daß der Verweis auf die Weltordnung ziemlich genau ins Schwarze trifft. Für alles Übrige gilt das jedoch nicht: die Theorien sind keineswegs neu und die Grundannahmen weit von jenen Prinzipien entfernt, die seit der Aufklärung das Lebenselement der liberalen Tradition gebildet haben. ⁸⁶

Wir wissen doch bereits von Karl Marx sehr gut, wie die Klassengegensätze sind, wo die Hauptwidersprüche dieser Gesellschaft und der herrschenden Produktionsweise liegen. Noam Chomsky beschreibt sehr eindeutig die Dogmen des Neoliberalismus und vor allem die politischen Hintergründe, die diese Produktionsweise zu einer weltweit herrschenden Wirtschaftsordnung machen:

„Das Schlagwort "Konsens von Washington" bezieht sich auf die strukturellen Angleichungsprogramme, die von der US-Regierung und den von ihr im großen und ganzen beherrschten internationalen Finanzinstitutionen entworfen wurden. Naturgemäß haben ihre

84 Görlitzer Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands von 1921, online unter: <http://www.marxists.org/deutsch/geschichte/deutsch/spd/1921/goerlitz.htm>

85 Görlitzer Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands von 1921, online unter: <http://www.marxists.org/deutsch/geschichte/deutsch/spd/1921/goerlitz.htm>

86 Chomsky, Noam: Neoliberalismus und Globale Weltordnung, in: Dinge der Zeit, 1997, online unter: <http://www.chomskyarchiv.de/vortrage/neoliberalismus-und-globale-weltordnung>

Entscheidungen erstrangigen Einfluß auf die Globale Weltordnung. Einige Fachleute vertreten sogar eine noch stärkere Position. Die internationale Wirtschaftspresse sieht diese Institutionen als Kernstück einer "faktischen Weltregierung", die in einem "neuen Zeitalter des Imperialismus" die Interessen der Transnationalen Unternehmen (TNCs), Banken und Investmentfirmen vertritt. ⁸⁷

Ich sehe daher bereits Ludwig Erhard als einen reaktionären neoliberalen Prediger mit seiner im folgenden Zitat deutlich gewordenen Ansicht:

„Wenn nämlich jemals eine Theorie die Zeichen der Zeit richtig zu deuten wußte und einer ihren Erkenntnissen gemäßen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik neue Impulse gab, dann waren es die Gedanken der Männer, die heute als Neo- oder Ordoliberaler gelten. Sie haben der Wirtschaftspolitik immer mehr gesellschaftspolitische Akzente verliehen und sie aus der Isolierung eines mechanistisch-rechenhaften Denkens gelöst. ⁸⁸

Woher die neoliberale Gesinnung kommt, erklärt uns Wilhelm Röpke mit seinem reaktionären Idealismus:

„Das Maß der Wirtschaft ist der Mensch. Das Maß des Menschen ist sein Verhältnis zu Gott. ⁸⁹

Neoliberalismus ist das Patriarchat und nichts als reaktionäre Gesinnungsethik, die gegen das Klasseninteresse des Proletariats gerichtet ist. Das Verhältnis von Staat und Wirtschaft in der neoliberalen Theorie erklärt Alexander Rüstow doch eindeutig:

„Der neue Liberalismus jedenfalls, der heute vertretbar ist, und den ich mit meinen Freunden vertrete, fordert einen starken Staat, einen Staat oberhalb der Wirtschaft, oberhalb der Interessenten, da, wo er hingehört. ⁹⁰

Der Staat ist also in diesem Konzept der starke Einpeitscher gegen die Arbeiter, gegen die Mehrheit der Menschen und nicht die Vertretung des Proletariats und dessen Klasseninteresse.

Neoliberale Politik ist, die Kapitalverwertungsinteressen der Bourgeoisie über die Interessen des Proletariats, über das Allgemeinwohl zu stellen. Das halte ich für einen Angriff auf Artikel 1 Abs. 1, Abs. 2 und Abs. 3 GG, gegen Artikel 14 Abs. 2 und Abs. 3 GG und gegen Artikel 15 GG. Deshalb möchte ich, dass es eine europäisch koordinierte Sozialpolitik gibt, die in der Tendenz dem deutschen Modell des Sozialstaates folgt und Arbeitslose und Geringverdiener fördert, anstatt zu überfordern. Dieses sozialstaatliche Ordnungsmodell halte ich für eine der größten Errungenschaften der SPD nach 1945 und möchte es deshalb auf die EU ausdehnen. Kritik von links stehe ich daher aufgeschlossen gegenüber, weil ich davon ausgehe, zumindest davon ausgehen möchte, dass diese Kritik nur das artikuliert, was ohnehin von der SPD irgendwie geplant, zumindest aber in Betracht gezogen wird. Die SPD sollte daher meines Erachtens auch ihre europäischen Ziele genauer benennen.

87 Chomsky, Noam: Neoliberalismus und Globale Weltordnung, in: Dinge der Zeit, 1997, online unter: <http://www.chomskyarchiv.de/vortrage/neoliberalismus-und-globale-weltordnung>

88 Erhard, Ludwig / Hohmann, Karl: Gedanken aus fünf Jahrzehnten: Reden und Schriften. ECON Verlag, 1988, ISBN 978-3-430-12539-0, S. 696.

89 Zit. nach: Besters, Hans: Neoliberalismus., in: Vaubel, Roland / Barbier, Hans D. (Hrsg.): Handbuch Marktwirtschaft. Neske, 1986, S. 107–122.

90 Rüstow, Alexander: Vortrag Freie Wirtschaft, starker Staat von Alexander Rüstow auf der Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik im September 1932 in Dresden, veröffentlicht in Alexander Rüstow, Walter Horch (Hrsg.): Rede und Antwort. 21 Reden und viele Diskussionsbeiträge aus den Jahren 1932 bis 1963. 1963, S. 258.

Wen ich mit religiösen Hardlinern meine, habe ich bereits oben erläutert. Zwar ist nach den Terroranschlägen vom 11. September im öffentlichen Diskurs der Fokus auf muslimische Ideologen und ihre extremistischen Untergrundorganisationen gerichtet, in Deutschland halte ich aber insbesondere auch Christen für eine Gefahr.

Sozialdemokratische Parteiversammlungen sind manchmal schlimmer als ein Gottesdienst der Komintern. Ich nehme seit vielen Jahren mit Bedauern zur Kenntnis, dass der Verfassungsschutzbericht keine dezidierten Auskünfte über christliche Gewalt beinhaltet, obwohl diese doch allgegenwärtig ist. Als bisher konfessionsloser Bürger habe ich in meinem Staat richtig Angst um meine körperliche Unversehrtheit und sehe sie durch die Dominanz von insbesondere Christen in Staatsämtern, im öffentlichen Dienst und in allen Parteebenen der SPD in extremer Gefahr.

Hier möchte ich politisch gegensteuern und das ist mein gutes Recht. Dabei bemerke ich seit langem, dass die Menschenwürde von Kindern in unserem Staat durch Christen mit Füßen getreten wird. Insbesondere sehe ich auch jüdische Mitbürger, die aufgrund religiöser Konventionen Körperverletzung gegen Kinder und Kindesmisshandlung befürworten als gefährlich an. Das ist religiöse Gewalt, die wie oben bereits erwähnt, nicht mit sozialdemokratischen Grundüberzeugungen vereinbar ist. Besonders anmaßend finde ich es daher, dass es Christen sind, die Juden und Moslems Gewalttaten erlauben wollen, die viele Prediger der eigenen Glaubensgemeinschaft selbst für nicht mehr zeitgemäß und ethisch für nicht vertretbar halten.

Auch Feminismus, der hauptsächlich von Glaubensgemeinschaften vertreten wird, ist nichts weiter als Nazi-Dogmatik, die den religiösen Patriarchen bei ihrer Gewalt bzw. religiösen Zucht gegen Männer und Kinder hilft. Auf diese Weise wurden bereits im Nationalsozialismus die Männer für die Front mobilisiert. So machen das auch die Evangelikalen in den USA und die Islamisten im Iran. Mit feministischer Ethik ist die Frau nie befreit, weil sie immer nur die Stockpuppe des Patriarchen ist, der durch sie herrscht. Ich halte daher die politischen Positionen von Clara Zetkin zur Frage der Befreiung der Frau für wesentlich besser, als feministische Ethik.

Ich halte auch die folgende Aussage von Aydan Özoguz für bedenklich:

„Wir dürfen nicht schweigen oder wegsehen, wenn uns Hass begegnet, Menschen angegriffen oder beschimpft werden. In unserem Land darf niemand Angst haben, seine Religion zu zeigen und offen zu leben.“⁹¹

Sicher, niemand sollte tätlich angegriffen werden. Aber: Religiöse Gesinnungsethiker greifen mich ständig mit ihrem permanenten Psychoterror an. Diese Position von Aydan Özoguz halte ich daher für zu einseitig und für falsch für die Sozialdemokratie, denn eigentlich müsste es doch heißen: Niemand sollte Angst vor religiösen Gesinnungsfaschisten haben müssen, besonders keine Angst vor religiösen Fanatikern in der SPD-Mitgliedschaft. Niemand sollte Angst vor Gewalt haben müssen. Insbesondere sollten Kinder keine Angst vor Körperverletzungen und Kindesmisshandlungen aufgrund von religiösen Konventionen haben müssen.

Lakaien des US-Imperialismus sind für mich Terroristen, die unserem freien Europa schaden wollen, indem sie die Interessen der USA über unsere eigenen Sicherheitsinteressen stellen, was ich

91 Özoguz, Aydan: Özoguz: Niemand darf Angst haben, religiös zu sein und seine Religion auszuleben, Pressemitteilung 279/12, in: spd.de vom 30. August 2012, online unter: http://www.spd.de/aktuelles/Pressemitteilungen/75512/20120830_oezoguz_zu_angriff_rabbiner.html;jsessionid=443A8E3DF49CD4E8CF78B3451ED3665B

für falsch und gefährlich halte. Als überzeugter Europäer sehe ich diese Tatsache mit großer Sorge.

Als Kriegstreiber sehe ich alle diejenigen an, die sich über den deutschen Verfassungsgrundsatz des „Verbots eines Angriffskrieges“ stellen, so wie die Partei zur Zeit von Kurt Schumacher ihn einst mit festgeschrieben hatte.

Diese Leute sind für mich auch alle Verräter von Willy Brandt. Mit dem Wort Pogrom-Stimmung meine ich genau das, was verstanden wird: Ich möchte den Reaktionären in der Partei mit demokratischen Mitteln das Wasser abgraben. Ein demokratischer Übergriff gegen Kriegstreiber in der Partei. Das wird doch noch legitim sein. Legal wäre es ja bereits.

Diesen Vollidioten etwa, die immer noch meinen, es hätte einen Sinn mit den USA mehr als notwendig zu kooperieren, solange sie bei völkerrechtswidrigen Präemptiv-Kriegen in der Außenpolitik bleiben. Man muss den Amerikanern klare Ansagen machen und deutliche Worte finden, damit wir Deutschen und Europäer endlich frei sind. Frei von der barbarischen Tyrannei des US-Imperialismus und der Vorherrschaft von „skull and bones“ in der Welt. Hier würde ich die Kollaboration mit US-Amerikanern als parteischädigend ansehen, etwa durch die Gewalt-Vereinigung „Atlantik-Brücke“, in der sowohl CDU als auch SPD-Mitglieder sich befinden. Das ist ein paramilitärischer Verband, der gegen die Verfassungsgrundsätze im Grundgesetz gerichtet ist und gegen die Sicherheitsinteressen der EU steht. Eine terroristische Vereinigung, die aufgelöst gehört. Sie ist Teil des demokratischen Terror-Regimes, das die gesamte Welt unterdrückt

Obwohl wir doch hier die Europäische Union sind, wird weiterhin die NATO hochgehalten und das, obwohl die USA versuchen einen Keil zwischen die europäisch-russischen Beziehungen zu treiben, etwa mit dem Raketenabwehrsystem in Osteuropa oder mit der bewusst verursachten Krise durch US-Kapital in Griechenland oder mit der Agit-Propaganda für US-amerikanische Wirtschaftsinteressen gegen unsere Europäischen Interessen durch etwa Joseph Stiglitz direkt auf der Homepage der Sozialdemokratischen Partei.⁹² Falsch wäre es, wenn sich durchsetzt, was dieser Mann da sagt. Es ist doch das Gegenteil von dem, was er den US-amerikanischen Regierungen empfohlen hat während deren Wirtschaftskrise. Damit sind es doch die US-Amerikaner, die die NATO beenden wollen. Das ist alles nur ein Teil der Zersetzungsstrategie der USA gegen die Europäische Union. Ich befürchte fast, diese Auftragskunst der Neocons durch Stiglitz könnte ein Plagiat von den Jusos sein. Hier wünsche ich mir mehr europäische Identität in der Partei und ein neues Selbstbewusstsein als Teil der Weltmacht Europa.

Meine außenpolitische Leitlinie ist, ein Verteidigungsbündnis aus EU, USA, Russland, Indien und Israel anzustreben, aber nicht um den Preis der Verleugnung humanitärer Werte der Europäischen Union, sondern mit der EU als politischer, gesellschaftlicher, theoretischer und militärstrategischer Führungsmacht. Die EU ist die diplomatische und intellektuelle Supermacht der Welt, die dynamischste Wirtschaftsregion der Welt, das beliebteste Einwanderungsziel und eine starke Militärmacht. Wer immer noch denkt, es wäre eine dominante Strategie mit den US-Amerikanern mehr als nötig zu kooperieren und die deutsche und europäische Bevölkerung über die politisch-gesellschaftlichen Verhältnisse in den USA bewusst täuscht, ist meiner Ansicht nach ein Terrorist.

Ich persönlich sehe es auch als parteischädigend an, wenn etwa der sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende sich mit Sido trifft. Ein homophober Rapper, der hier offensives Drogenmarketing für die Mafia von Silvio Berlusconi durch seine, US-amerikanischen kriminellen Rappern ähnliche, Musik betreibt. Darf es noch ein Praktikum in der SPD-Bundestagsfraktion dafür

92 Oelrich, Christiane: Interview mit Joseph Stiglitz zur Euro-Krise: „Der Sparzwang war ein Fehler“, in spd.de vom 01. Juni 2012, online unter: http://www.spd.de/aktuelles/News/72804/20120601_interview_stiglitz_euro_krise.html

sein, wie etwa Bushido bei der CDU? Vielleicht tritt das rassistische Rapper-Duo mit einer neuen Bourgeois-Partei hier in Berlin ja bald gegen die SPD an. Das wird medial gefördert und Deutschlands bester Wissenschaftler soll ausgeschlossen werden? Ich denke nicht!

Wen meine ich mit Kriegstreibern?

Ja. Etwa die Jusos. Die einerseits die Bundeswehr auflösen wollen und danach dennoch mit den US-amerikanischen Klerikal-Faschisten gemeinsam vorgeblich geheuchelt „für Israel“, aber letztlich für einen imperialen Ölkrieg den atomaren Erstschatz gegen den Iran beginnen wollen. Ich meine etwa diejenigen, die gegen das Völkerrecht den Jugoslawien-Krieg und den Angriff gegen Afghanistan unterstützt haben, denn ich bleibe beim Auftrag des Grundgesetzes nach Art. 26 Abs. 1 GG⁹³, beim Verbot von Angriffskriegen. Die Bundeswehr auflösen zu wollen, ist Teil der Antideutschen Ideologie, die eine ideologische Terrorwaffe der US-Amerikaner gegen die deutsche Wehrfähigkeit ist. Juso-Pack und staatszersetzender Abschaum, der derartige Positionen vertritt, müsste zumindest eher ausgeschlossen werden als ich.

Früher, als die SPD noch die Partei von Willy Brandt war, hieß es „Von deutschem Boden soll nie wieder Krieg ausgehen.“ Heute soll kein SPD-Mitglied mehr sein, der nicht für einen imperialen Angriffskrieg zusammen mit den USA gegen den Iran ist. Und das ohne Bundeswehr? Das ist doch ein recht seltsames ideologisches Gebräu.

Bei solchen SPD-Mitgliedern hilft Karl Marx nicht mehr, hilft keine Logik, sondern nur noch „Karl Laschnikow“. Die Jusos sind so marxistisch, wie die Neocons um Paul Wolfowitz und werden vermutlich auch von denen indoktriniert und angeleitet. Hier wäre, etwas polemisch gesagt, die Bundeswehr im Inneren bitter von Nöten. Motto: Mit G36 gegen das dekadente Yuppie-Pack. Doch in Anwendung des Grundgesetzes dürfte das wohl ein Traum bleiben.

Ich beobachte seit der Bundestagswahl 2002, insbesondere nach der Absage der rot-grünen Bundesregierung an den Irak-Krieg, dass US-treue Evangelikale zunehmend in die Partei strömen, um ihre reaktionäre Ideologie zu verbreiten. Gleichzeitig werden kritische Stimmen und Mahner, alle die die Probleme der (islamischen) Migration kritisch betrachten, etwa Heinz Buschkowsky, Thilo Sarrazin, aber auch Helmut Schmidt isoliert und teilweise sogar aus der Partei gedrängt und mithilfe der Presse diskreditiert. Das ist ein Teil der US-amerikanischen Zersetzungsstrategie gegen die SPD. Auf diese Weise wird die SPD auf konservativ-neoliberal-christliche Ideologie, bereits auch in den Jugendstrukturen und den Vorfeldorganisationen gleichgeschaltet. Diese Entwicklung gedenke ich umzukehren und die Partei von einer evangelikalen Kaderpartei in eine moderne sozialistische Volkspartei umzuformen, wie sie es etwa unter Kurt Schumacher war und wie sie es vor den militärischen Intervention unter der von Gerhard Schröder geführten rot-grünen Bundesregierung zumindest eher war.

Ich möchte, dass die Partei für breite Bevölkerungsschichten und ein breites demokratisches und verfassungstreues Meinungsspektrum offen ist. Ich gehe dabei davon aus, dass religiöse Gesinnungsethik aber eben keine Meinung, sondern ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist, die den status quo der kapitalistischen Ausbeutung weltweit erhält und zu Krieg führt.

Das sage ich, weil ich möchte, dass die SPD wieder eine debattierende Mitgliederpartei und eine Volkspartei wird und nicht ein evangelischer Gottesdienst, der permanent die USA und die Soziale Marktwirtschaft als Götzen anbetet, denn das erinnert mich an die politische Folklore des Real-

93 Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, Artikel 26, online unter: <http://www.gesetze-im-internet.de/gg/BJNR000010949.html#BJNR000010949BJNG000100314>

Kommunismus, nur mit einer anderen Ideologie. Dabei soll jedoch nach meinem Dafürhalten wieder das Allgemeinwohl und das Klasseninteresse des ausgebeuteten Proletariats in den Mittelpunkt der Debatte rücken. In diesem Sinne möchte ich meine Ausführungen in diesem Punkte verstanden wissen.

Unter der Politik der „Neuen Mitte“ verstehe ich, dass die SPD der dominanten Strategie für sich selbst folgt und keine große Koalition mehr anstrebt. Mit Bedauern muss ich feststellen, dass die SPD nicht nur gesellschaftspolitischen Fragen, sondern nunmehr auch in anderen wichtigen Themenfeldern der Linken und den Grünen das Feld überlässt und damit kein Alleinstellungsmerkmal mehr hat.

Man hat sich in der SPD lediglich auf das Predigen von neoliberaler, evangelischer, ja evangelikaler Gesinnung versteift und ist damit letztlich deshalb in einer Gesellschaft mit zurückgehenden religiösen Bindungen nicht mehr mehrheitsfähig und auch zum Teil nicht mehr regierungsfähig.

Letztlich ist das eine gefährliche Entwicklung für unser Land, wenn weiter der Status der SPD als Volkspartei verloren geht. Ich sehe die Gefahr eines Aufkommens der NPD und anderen gewalttätigen Organisationen, als Konsequenz der verfehlten Politik der SPD.

Die SPD überlässt der Linken das Feld der Sozialpolitik, den Grünen zunehmend das der Außen- und Sicherheitspolitik, den Piraten den Kampf gegen religiöse Dogmen und der CDU die Politik der Inneren Sicherheit. Die Kulturpolitik ist eine Farce, die Migrationspolitik wird von Gesinnungsethikern bestimmt, Kritiker werden verdrängt und als rechte Abweichler kaltgestellt. Die SPD hat kein Alleinstellungsmerkmal mehr, die gehobene Mittelschicht und Teile der Oberschicht beweihräuchern sich selbst. Die SPD ist ein Scherbenhaufen, ein Schatten ihrer Selbst. Das ist auch das Ergebnis der Zersetzungsstrategie durch das Pentagon.

Die Popularität des Wahlkämpfers Gerhard Schröder hat lange Jahre darüber hinweggetäuscht, aber die SPD verliert soziale Wähler und das Prekariat/Proletariat an die LINKE, ökologisch orientierte und libertäre Wähler durch überholte gesellschaftspolitische Vorstellungen an die Grünen und konservativere Wähler mit Sicherheitsinteressen an die CDU, Jungwähler an die Piraten und die Frustrierten an die Nichtwähler oder die NPD.

Die SPD-Mitglieder sind wie gleichgeschaltete Kader, willfährige Instrumente des US-Imperialismus. Faktisch wie Komsomolzen der USA. Ich darf doch noch mich in der SPD politisch gegen leichtfertige Kriegshetze positionieren? Ich werde es auch weiterhin im Interesse der Bevölkerung unseres Landes und unserer Verfassungsgrundsätze tun.

4. Zu den weiteren Vorwürfen der Kreisschiedskommission Berlin-Neukölln

Eine mögliche Mehrheit in einer Abteilung der Partei ist nicht die Mehrheit der Partei. Eine demokratische Volkspartei muss meiner Ansicht nach divergierende Positionen aushalten. Ich halte es für unmöglich, dass die Kreisschiedskommission in meinem Falle nicht unabhängig und unparteiisch agiert. Das war keine faire Verfahrensweise der Kreisschiedskommission. Von einer unabhängigen und unparteiischen Schiedskommission einer demokratischen Partei erwarte ich, dass sie nicht Parteinahme im Sinne des Antragsstellers schon im Vorhinein betreibt, sondern, dass sie die Anschuldigungen des Antragsstellers objektiv betrachtet und mit den Aussagen des Antragsgegners unvoreingenommen prüft und dabei bemüht ist, in jeder Hinsicht eine gütliche Einigung im Sinne des innerparteilichen Friedens anzustreben. All das war in diesem Verfahren nicht der Fall. Das halte ich für rechtswidrig und für einen Verstoß gegen die Schiedsordnung und das Organisationsstatut der SPD.

Zunächst einmal gilt §6 Abs. 2 der Schiedsordnung der SPD:

„Der Antrag soll schriftlich in fünfacher Fertigung bei der Geschäftsstelle der Schiedskommission des für den Antragsgegner bzw. die Antragsgegnerin zuständigen Unterbezirks eingereicht werden. Aus ihm müssen die Vorwürfe und der ihnen zugrunde liegende Sachverhalt im Einzelnen hervorgehen. Die Beweise, insbesondere etwaige Zeugen oder Zeuginnen, Urkunden usw. sind aufzuführen.“⁹⁴

Das sehe ich bereits als nicht gegeben an. Daher bin ich der Auffassung, dass die Kreisschiedskommission bereits hätte §6 Abs. 3 der Schiedsordnung folgen müssen:

„Genügt der Antrag den Anforderungen nach Abs. 2 Sätze 2 und 3 nicht, so weist die Schiedskommission den Antragsteller innerhalb einer Frist von zwei Wochen auf den Mangel hin und gibt ihm Gelegenheit zur Stellungnahme und Antragsergänzung. Wird der Mangel nicht innerhalb der gesetzten Frist behoben, so lehnt die Schiedskommission den Antrag im schriftlichen Verfahren durch Beschluss ab. Der Beschluss ist unanfechtbar.“⁹⁵

Der Antrag in Anhang 1 ist meiner Auffassung nach nicht ausreichend, um den Ausschluss zu begründen, da die den Vorwürfen zugrunde liegenden Sachverhalte in ihm überhaupt nicht erläutert werden. Das ist doch eine Form der Anschuldigung ohne Begründung, d.h. etwa *„Wir möchten die zitierten Äußerungen nicht kommentieren, sie sprechen für sich.“⁹⁶*, ist meiner Auffassung nach nicht einmal ausreichend, um ein Verfahren überhaupt zu eröffnen.

In der Entscheidung der Kreisschiedskommission Berlin-Neukölln heißt es über die Verhandlung vom 20. September 2012:

„Der Antragsgegner Michael Frank wies die Vorwürfe des Antragsstellers in vollem Umfang zurück. Er habe wissenschaftlich erarbeitete Texte erstellt, deren Inhalte nicht ungewollt

94 Schiedsordnung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, §6 Abs. 2, online unter: <http://www.spd-berlin.de/landesverband/organisationsstatut.pdf>

95 Schiedsordnung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, §6 Abs. 3, online unter: <http://www.spd-berlin.de/landesverband/organisationsstatut.pdf>

96 Siehe dazu Anhang 1, S. 2

provozierend seien, denn er werde als Parteimitglied in der Partei psychischer Gewalt ausgesetzt, gegen die er sich auf diese Weise wehre. Er wollte hierzu auf Nachfrage keine weiteren Details nennen. Er berufe sich aber darauf, dass er als Verfasser seiner Texte durch sein Recht auf Meinungsfreiheit geschützt sei.“⁹⁷

Die Art und Weise der Verhandlung halte ich bereits für den Beweis dafür, dass ich als Mitglied psychischer Gewalt ausgesetzt werde, denn die Schiedskommission wollte meiner Argumentation gar nicht folgen, sondern lediglich Beweise für die Sicht des Antragsstellers sammeln und sogar deren Vorwürfe noch erhärten. Das ist in meinen Augen ein Beweis für meine These der institutionalisieren religiösen Gewalt gegen mich, die homophob, damit rassistisch und sexistisch motivierte Gewalt ist. Ich fühlte mich durch die Kreisschiedskommission regelrecht genötigt.

„Der Antragsgegner wurde von der Schiedskommission dahingehend unterrichtet, dass der Schiedskommission weitere Texte ähnlicher Art vorliegen, die der Antragsgegner unter www.michael-frank.eu ins Internet gestellt hat. Auch für diese Texte hat der Antragsgegner die Urheberschaft – wieder unter Berufung auf sein Recht auf Meinungsfreiheit – bestätigt.“⁹⁸

Hier zeigt sich meines Erachtens bereits, dass die Schiedskommission nicht unabhängig und vorbehaltlos agiert hat, sondern einseitig Parteinahme für den Antragssteller betrieben hat. Weiterhin habe ich mich nicht nur auf die Meinungsfreiheit, sondern insbesondere auch auf die verfassungsmäßig geschützte Kunst- und Wissenschaftsfreiheit berufen, die letztlich ebenso zu tragen kommt, meines Erachtens auch dann, wenn man der Argumentation der Schiedskommission in der Begründung folgt, die beanstandeten Texte wären nicht wissenschaftlicher Art.

„Er erklärte gegenüber der Schiedskommission auf entsprechende Nachfrage, dass er auch weiterhin Texte dieser Art ins Netz stellen werde.“⁹⁹

Selbst bei der Darstellung der mündlichen Verhandlung also wird ein einseitiges Zerrbild der Verhandlung gezeichnet, das viele meiner ergänzenden Bemerkungen in der Verhandlung gar nicht ausreichend wiedergibt. Die Formulierung „Texte dieser Art“ sehe ich als eine einseitig und auch pauschalisierend wertende Haltung der Kreisschiedskommission, die in keiner Weise Argumente für diese Kategorisierung angibt.

Auch das Anführen weiterer „Beweise“ zugunsten des Antragsstellers halte ich für nicht rechtskonform und auch nicht für demokratisch. Nach meinem Kenntnisstand ist keine weitere Gliederung nach §9 Abs. 2 des Organisationsstatutes der SPD¹⁰⁰ dem Verfahren beigetreten. Da für mich als Antragsgegner nicht ersichtlich ist von welcher Seite die weiteren Vorwürfe gegen mich erhoben wurden und sie auch nicht vom Antragsgegner vorgebracht wurden, gehe ich davon aus, dass die Kreisschiedskommission ihrerseits meinen Parteiausschluss forcieren wollte und damit einseitig Parteinahme zugunsten des Antragsstellers und zu eigenen politischen Gunsten begangen hat. Die Kreisschiedskommission ist aber keine Gliederung, wie etwa eine Abteilung und daher nicht berechtigt, dem Verfahren beizutreten.

Während der Antragssteller sich nur auf seine bisherige Argumentation berief, wurden durch die Kreisschiedskommission also die Fronten verhärtet, ohne dass es dafür einen Grund oder gar eine legale Rechtfertigung gäbe.

97 Siehe dazu Anhang 3, S. 2.

98 Siehe dazu Anhang 3, S. 2.

99 Siehe dazu Anhang 3, S. 3.

100 Organisationsstatut der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, §9, Abs. 2, online unter: <http://www.spd-berlin.de/landesverband/organisationsstatut.pdf>

Das halte ich für rechtswidrig und für nicht demokratisch, weil es eklatant gegen den Verfassungsgrundsatz nach Art. 21 Abs. 1 und 2 GG verstößt, so zu verfahren. Dort heißt es:

„(1) Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Ihre Gründung ist frei. Ihre innere Ordnung muß demokratischen Grundsätzen entsprechen. Sie müssen über die Herkunft und Verwendung ihrer Mittel sowie über ihr Vermögen öffentlich Rechenschaft geben.

(2) Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig. Über die Frage der Verfassungswidrigkeit entscheidet das Bundesverfassungsgericht“¹⁰¹

Ich erkenne in einigen politischen Positionierungen der SPD, insbesondere ihrer Mandatsträger in der Bundestagsfraktion, Konflikte mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung nach Art. 21 Abs. 2 GG, etwa durch Ideologien wie Feminismus, Neoliberalismus, juristisch zweifelhafte Militäreinsätze, die politische Parteinahme für ausländische Mächte und halte es nicht für demokratischen Grundsätzen entsprechend, ohne objektive Begründung eine Parteiordnungsmaßnahme zu beantragen oder zu beschließen, zumal ich mich sowohl in der Partei als auch im sonstigen Leben jederzeit gesetzeskonform verhalte.

Ich möchte demnach im Einzelnen auch die Begründung der Kreisschiedskommission für den Parteiausschluss hinterfragen und ihre einseitige Sichtweise widerlegen.

„Das Parteimitglied Michael Frank war aus der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands auszuschließen, weil er durch das Einstellen von Texten in das öffentliche und jedermann zugängliche Internet, deren Inhalte in grübster Weise namentlich benannte Personen, Gruppierungen, Glaubensrichtungen und auch die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ehrabschneidend beleidigen oder bedrohen, schwer gegen die in den Statuten der SPD niedergelegten Prinzipien der Partei verstößt.

Weiter ruft er in einigen dieser Texte zur Wahl der LINKEN – also einer anderen Partei – auf.“¹⁰²

Das ist eine falsche Aussage, die ich nicht teile, denn der offene Meinungsstreit in einer freien Gesellschaft und einer demokratischen Partei auch mit deutlichen Worten gegen innerparteiliche Gegner und besonders gar gegen politische Konkurrenten ist für mich nicht ehrabschneidend.

Ich bestreite energisch, dass ich mit meinen Texten eindeutig zur Wahl der LINKEN aufgerufen habe. Ich habe eindeutig bei der Verhandlung vor der Kreisschiedskommission am 20. September 2012 geäußert, dass die Tatsache, dass der Umstand als von sozialer Ausgrenzung bedrohter Staatsbürger bei der Wahlentscheidung die LINKE wählen zu müssen, wenn man seine physische, seine materielle Existenz sichern will, zu einer ernsthaften Gefahr für den Wahlerfolg der SPD und für die innere und äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland werden kann, weil sich in der LINKEN reaktionäre Strömungen und Sektierer befinden, die ich nach objektiver Betrachtung als Terroristen bezeichnen würde, die mit Agenten von Feindstaaten, etwa dem Iran oder Syrien kollaborieren. Dies habe ich sogar in einer eigenständigen Publikation mit Logik belegt.¹⁰³ Deshalb halte ich es auch für unsolidarisch von meinen GenossInnen mir gegenüber, dass ich, obwohl ich

101 Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, Art. 21, online unter: <http://www.gesetze-im-internet.de/gg/BJNR000010949.html#BJNR000010949BJNG000100314>

102 Siehe dazu Anhang 3, S. 3.

103 Vgl. Frank, Michael: Linke Solidarität mit Syrien und Iran?, in: www.michael-frank.eu vom 30. Januar 2012, online unter: <http://www.michael-frank.eu/Essays/2012-01-30-Linke-Solidaritaet-mit-Syrien-und-Iran.pdf>

ganz offensichtlich eine gefährdete Person bin, gegen die Gewalttaten von ausländischen Extremisten zu vermuten ist, hier noch weitergehend drangsaliert werde. Nicht zuletzt durch meine wissenschaftlichen Veröffentlichungen bin ich eine Zielscheibe für Extremisten geworden.

Der Antragssteller bezog sich doch auch nur auf einen einzigen Text von mir mit seinem Antrag auf Ausschluss aus der Partei. Die Kreisschiedskommission jedoch spricht von mehreren Texten, in denen ich angeblich zur Wahl der LINKEN aufrufe. Das wird von ihr auch nicht ausreichend begründet. Ich bestreite diese Behauptung auch weiterhin energisch.

Es handelt sich hier im vom Antragssteller kritisierten Text um eine wissenschaftliche Analyse, die zugunsten der weitestgehend von Existenzangst bedrohten Bevölkerungsschichten eine mögliche Interpretation darstellt. Eine andere Möglichkeit wäre etwa, die Grünen oder die Piratenpartei zu wählen. Wer von materieller Existenzangst bedroht ist, für den ist angesichts der realen Politik der SPD, diese oftmals keine sinnvolle Wahloption, die ihm bei der Überwindung seiner Armut weiterhilft. Darüber sollten die GenossInnen der SPD nachdenken und deshalb habe ich auch diesen sehr provokanten, kritischen Beitrag in genau dieser Form verfasst.

Außerdem werde ich zum Teil durch die Kreisschiedskommission auch falsch zitiert. So besteht zwischen „müssen“ und „müssten“ in diesem Zusammenhang in der Einleitung meines Essays ein erheblicher Unterschied. Das „müssten“ ist hier hypothetisch zu sehen, müssen wäre eine Handlungsanweisung, wenn ich denn hierbei rein normativ-ontologisch wäre. Für das Formulieren einer kritischen Hypothese lasse ich mich nicht ausschließen. Nach einer kritischen empirischen Betrachtung, der eine vergleichende Analyse der Sozialpolitik der SPD und der Linken anhand von Fakten zugrunde liegt, ist die Wahl der Partei DIE LINKE ein möglicher logischer Schluss. Das ist ein Umstand, den ich als Sozialdemokrat sehr bedauere, denn ich sehe eine Regierungsübernahme nicht als Selbstzweck, um einige SPD-Mitglieder in politische Ämter zu bringen und mit Mandaten zu versorgen, sondern bleibe bei einer zielgerichteten inhaltlichen Politik um die Armut in dieser Gesellschaft zu überwinden, um Hunger, Obdachlosigkeit, Ausgegrenztsein und Unterdrückung des Einzelnen durch Ideologie gleich welcher Art zu beenden. Das steht meines Erachtens auch im Einklang mit den Prinzipien des Hamburger Programms der SPD.

Weiterhin wird mir durch die Kreisschiedskommission zur Last gelegt:

„So und durch viele andere Maßnahmen wird das evangelikale Patriarchat innerhalb der SPD durchgesetzt, was die SPD zu einer verfassungsfeindlichen Partei macht. Wer die SPD verändern will, muss gegenwärtig schlicht und einfach Zweidrittel der Mitglieder ausrotten, um überhaupt einen demokratischen Diskurs über die dringendsten Probleme dieser Gesellschaft führen zu können. Die SPD hätte einen Stalin bitter nötig – antiautoritär selbstverständlich.

Gründe für den desolaten Zustand der SPD sind zum einen die neoliberale Unterwanderung durch Lobbyisten, zum anderen die reaktionären evangelischen Christen, die alle Rassisten sind und ihre Ideologie der protestantischen Arbeitsethik, aus der ein Arbeitszwang abgeleitet wird, der nicht mehr in eine moderne Gesellschaft passt, so wie sie heute real existiert.“¹⁰⁴

Ich gehe davon aus, dass eine demokratische Partei an die Verfassungsgrundsätze des Deutschen Grundgesetzes gebunden ist.

Daher sehe ich durch religiöse Ideologien, wie ich es oben bereits ausgeführt habe, die verfassungsmäßige Ordnung gefährdet und erkenne darin eine Gesinnung, die letztlich

¹⁰⁴Siehe dazu Anhang 3, S. 3.

fundamentale Grundsätze unseres demokratischen Rechtsstaates angreift. Dagegen wehre ich mich als Parteimitglied energisch und sehe das nicht nur als mein Recht, sondern auch als meine Pflicht als Staatsbürger an. Außerdem heißt es doch im Hamburger Programm:

*„Demokratie braucht Öffentlichkeit. Freie Medien ermöglichen Aufklärung, Meinungsbildung, politische Beteiligung und Machtkontrolle.“*¹⁰⁵

Ich artikuliere meine Kritik an diesem Punkt, weil ich davon ausgehe, dass der Gesetzgeber nach Art. 20 Abs. 3 GG¹⁰⁶ an Gesetz und Recht gebunden ist und erkenne, dass einige Gesetze, die mit sozialdemokratischer Beteiligung mehrheitlich beschlossen wurden, nicht verfassungskonform sind und die Menschenwürde angreifen. In dem überalteten Arbeitsethos erkenne ich etwa einen Angriff auf Art. 12 Abs. 1, Abs. 2 und Abs. 3 GG.¹⁰⁷ Insbesondere junge Menschen und sogar Kinder werden durch sozialdemokratische Politik benachteiligt und bedroht. Im Falle der aktuellen Debatte über die Beschneidung von Jungen sind Äußerungen von SPD-Bundestagsabgeordneten sexistisch, rassistisch und gewaltverherrlichend. Das kritisiere ich auf der Grundlage des Hamburger Programms, wo es heißt:

*„Wir wenden uns gegen Manipulation, politische Einseitigkeit, Jugendgefährdung. Wir bekämpfen sexistische, rassistische, gewaltverherrlichende Inhalte.“*¹⁰⁸

Etwa die Verlautbarungen vieler SPD-Mandatsträger zur rituellen Beschneidung halte ich für extremistische Propaganda, die geeignet ist, die verfassungsmäßige Ordnung zu beseitigen und Grund- und Menschenrechte außer Kraft zu setzen.

An dieser Stelle erweitert die Kreisschiedskommission das vom Antragsgegner angeführte Zitat, um tendenziös zu werden:

„Deshalb möchte ich in der SPD eine Pogrom-Stimmung gegen Neoliberale, gegen Christen, gegen Lakaien des US-Imperialismus und gegen Kriegstreiber in der SPD-Mitgliedschaft erzeugen, um die SPD wieder zu einer sozialistischen Partei umzuformen, damit die Partei, die die „Neue Mitte“ sein soll, was ich im Grunde für nicht falsch halte, zu einer Interessenvertretung derer wird, die durch den Kapitalismus ausgebeutet und unterdrückt werden, zu einer Interessenvertretung der Mehrheit der Menschen in Deutschland und Europa.“

*Meine anfangs genannte Behauptung bleibt deshalb momentan bestehen. Wer mehr sozialen Fortschritt in Deutschland und Europa will, der muss DIE LINKE wählen.“*¹⁰⁹

Wie oben bereits erläutert, sehe ich in der Demokratie eine permanente Revolution, ein Pogrom der Mehrheit gegen die Minderheit, die bei ihrer Entscheidungsfindung bei weitem nicht immer nach rationalen Kriterien oder der formalen Logik vorgeht und dadurch meistens keine egalitären Gesetze produziert.

105Das Hamburger Programm der SPD, S. 37, online unter:

http://www.spd.de/linkableblob/1778/data/hamburger_programm.pdf

106Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, Art. 20, online unter: <http://www.gesetze-im-internet.de/gg/BJNR000010949.html#BJNR000010949BJNG000100314>

107Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, Art. 12, online unter: <http://www.gesetze-im-internet.de/gg/BJNR000010949.html#BJNR000010949BJNG000100314>

108Das Hamburger Programm der SPD, S. 38, online unter:

http://www.spd.de/linkableblob/1778/data/hamburger_programm.pdf

109Siehe dazu Anhang 3, S. 3.

Das erkenne ich an der Tatsache, dass etwa das Bundesverfassungsgericht eine Fülle von Gesetzen, die durch demokratisch gewählte Mandatsträger aller Parteien beschlossen wurden, als unvereinbar mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung erkannt hat.

Neoliberale, Christen und andere religiöse Gewalttäter, ideologisch indoktrinierte Kader ausländischer Mächte und Kriegstreiber halte ich für Verfassungsfeinde und deshalb sehe ich es nicht nur als mein Recht, sondern als Staatsbürger auch als meine Pflicht an, gegen sie politisch Position zu beziehen. Damit handle ich auf der Basis des Grundgesetzes und kann mich dabei gut und gerne auch auf fundamentale Prinzipien des Hamburger Programms der SPD berufen.

Ebenfalls wird in der Begründung der Kreisschiedskommission folgende Textpassage aus meinem Artikel „Über die SPD-Bundestagsfraktion“¹¹⁰ angeführt:

*„Eine demokratische Partei müsste diese Fraktionsmitglieder eigentlich ausschließen, aber das geschieht leider nicht. Mitglieder der SPD-Fraktion sollte man daher alle an die Wand stellen und selbst dem, der dann abdrückt, müsste man noch Schmerzensgeld zahlen. Gewalt gegen Bundestagsabgeordnete der SPD ist immer Notwehr, weil es sich um Gewalttäter handelt, die aufgrund einer umfassenden Ideologie die Bevölkerung verfassungswidrig unterjochen.“*¹¹¹

Wie bereits in Kapitel 2 erwähnt, ist ein schwerer Schaden aufgrund einer Meinungsäußerung eines Parteimitgliedes dann gegeben, wenn dies auch enorme Öffentlichkeitswirksamkeit erzielt und das trifft vor allem auf Mandatsträger und Amtsträger einer Partei zu. Wenn etwa Thilo Sarrazin eine biologistische Argumentation gegen MigrantInnen vertritt, oder etwa Franz Müntefering die Bevölkerung aushungern lassen will oder etwa Sigmar Gabriel antisemitische Hetze gegen Israel betreibt oder die SPD-Bundestagsfraktion das Schänden von kleinen Jungen durch Beschneidung zum allgemeinen Gesetz machen will, dann käme etwa ein Ausschluss in Betracht.

Wie könnte es mir da verwehrt bleiben für fundamentale Grundsätze unserer Verfassungsordnung zu plädieren? Solange etwa für Amts- und Mandatsträger der SPD mit einem Gesetz zur Beschneidung von Jungen auch Angriffe auf Artikel 1 und Artikel 2 GG¹¹² kein Tabubruch sind, das heißt die Menschenwürde und die körperliche Unversehrtheit von wehrlosen Kindern angegriffen werden und damit sexualisierte, pädophile und irreparable direkte Gewalt gegen Kinder zu einem allgemein gültigen Gesetz werden soll, solange kann ich doch wohl als Mitglied der SPD gar ebenso gar garstig gegen sie argumentieren. Ich denke sogar, dass folgende Aussage legal und legitim ist: Wer ein solches Gesetz beschließt, der soll schnell sterben und in der Hölle schmoren!

Zumal es sich hier bei dieser Formulierung linguistisch gesehen doch offensichtlich um eine Hyperbel, ein sprachliches Stilmittel, eine etwas provozierende Zuspitzung und Übertreibung handelt, die ich aus dem Grunde lediglich anführe, um die SPD-Mitglieder anzuspornen, über ihr eigenes Verhalten nachzudenken und letztlich für eine Veränderung ihrer unerträglichen Verhaltensmuster zu sorgen.

Ich bitte dabei zu berücksichtigen, dass ich weder eine Petition, noch einen Antrag, noch in einer anderen Art und Weise gefordert habe, dass Töten von sozialdemokratischen Mandatsträgern zu einem allgemeinen Gesetz zu machen.

110Vgl. Frank, Michael: Über die SPD-Bundestagsfraktion, in: www.michael-frank.eu vom 02. April 2012, online unter: <http://www.michael-frank.eu/Artikel/2012-04-02-Ueber-die-SPD-Bundestagsfraktion.pdf>

111Siehe dazu Anhang 3, S. 3.

112Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, Art. 1 und 2, online unter: <http://www.gesetze-im-internet.de/gg/BJNR000010949.html#BJNR000010949BJNG000100314>

Die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion stehen für jeden für ein Fotoshooting an der Wand zur Verfügung. Und wer ein Urheber eines Fotos mit derart bizarrem Anblick ist, der sollte entschädigt werden.

Die Gewaltideologie die sie vertreten ist zum Einen die Demokratie, zum Anderen die Ideologie des Neoliberalismus und zum Dritten in den meisten Fällen eine religiöse oder andere weltliche Ideologie, etwa Humanismus. Dagegen wehre ich mich als Parteimitglied energisch. Zu Recht wie ich finde. Alle diese Ideologien sehe ich als gegen die Menschenwürde gerichtete Gewalt, gegen die ich mich als Bürger und Parteimitglied wehre, weil ich von ihr als Opfer betroffen bin und weil ich insbesondere Kinder vor ihrer Gewalt schützen will. Damit setze ich mich auf meine Weise für Art. 6 Abs. 2 und 3 GG¹¹³ und Artikel 7 Abs. 1 GG¹¹⁴ ein. Das steht im Einklang mit sozialdemokratischer Programmatik.

Ich verweise dabei insbesondere auch auf Art. 20 Abs. 3 GG, wo es heißt:

„Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.“¹¹⁵

Das sehe ich derzeit in vielen Fällen durch Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion nicht als gegeben an. Ich verweise dabei für mein Recht auf Meinungsfreiheit insbesondere auch auf Art. 20 Abs. 4 GG, wo es heißt:

„Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“¹¹⁶

Ich lasse mir nicht von meinen GenossInnen das Recht auf freie Meinungsäußerung verbieten, insbesondere dann nicht, wenn ich durch ihre politische Positionierung in meinen Grundrechten als Staatsbürger beschnitten und unterdrückt werde und es Mandatsträger der SPD sind, die entgegen der Menschenrechte Gewalt gegen Kinder legalisieren wollen.

Ich denke, man könnte insbesondere angesichts der Angriffe der Mehrheit der Mitglieder SPD-Bundestagsfraktion gegen Art. 2 GG durch die Verlautbarungen und Beschlüsse zur Beschneidung an Jungen zu der Auffassung gelangen, dass sowohl ein Recht auf Notwehr für Betroffene besteht, aber auch ein Recht auf Widerstand nach Art. 20 Abs. 4 GG gegeben ist.

Die Tötung von SPD-Bundestagsabgeordneten wäre in diesem Falle damit möglicherweise straffrei, in jedem Falle aber dann, wenn es sich bei den Ausführenden dieser Notwehrhandlung um Jungen und Mädchen handelt, die das 14. Lebensjahr noch nicht erreicht haben. Wer etwa als 13-jähriger Knabe die Kunst des Schächtens bereits beherrscht, darf sich nach Herzenslust an den SPD-Bundestagsabgeordneten ausprobieren. Vor deutschen Gerichten wäre das straffrei. Es könnte aber sein, dass die US-Amerikaner diese Tat als einen Angriff auf ihre Agenten interpretieren würden.

Ebenso wurde meine Kritik an Joachim Gauck von der Kreisschiedskommission als Begründung

113Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, Art. 6, online unter: <http://www.gesetze-im-internet.de/gg/BJNR000010949.html#BJNR000010949BJNG000100314>

114Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, Art. 7, online unter: <http://www.gesetze-im-internet.de/gg/BJNR000010949.html#BJNR000010949BJNG000100314>

115Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, Art. 20, online unter: <http://www.gesetze-im-internet.de/gg/BJNR000010949.html#BJNR000010949BJNG000100314>

116Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, Art. 20, online unter: <http://www.gesetze-im-internet.de/gg/BJNR000010949.html#BJNR000010949BJNG000100314>

angeführt:

„Gauck war Zeit seines Lebens nur damit beschäftigt, Jede und Jeden zu diskreditieren, der nicht auf der Seite der eigenen Ideologie stand, wie alle Demagogen dies tun. Als ehemaliger Leiter der Stasi-Unterlagen-Behörde hat er einzig und allein das Ziel verfolgt, die problematischen Stasi-Akten der CDU/CSU, FDP, Grünen und SPD verschwinden zu lassen und Jede und Jeden, der der PDS und der Linken nahe stand gemeinsam mit der Bourgeois-Presse zu diskreditieren. Das alles geschah, ohne dass es dafür eine Rechtsgrundlage gab.“¹¹⁷

Herr Joachim Gauck ist nicht nur ein evangelisch-lutherischer Christ, sondern arbeitete auch als Pastor und Kirchenfunktionär. Damit ist er ein reaktionärer Patriarch, der gegen die Menschenwürde und gegen die Gleichheit von Mann und Frau permanent agitiert. Religionen sind alle Ideologien und philosophisch gesehen eine Ethik. Da man Ethik nicht logisch begründen kann, weil Gewalt nicht das Ergebnis von Logik sein kann, wird sich der Demagogie bedient und (Anders-)Denkende werden denunziert. Das alles dient zur Mobilisierung der Eigengruppe gegen die Fremdgruppe. Das ist das Prinzip des Faschismus ebenso wie das der neoliberalen Demokratie. In den meisten Fällen bin ich das Opfer der religiösen Gewalt und das ist auch die psychische Gewalt, der ich als SPD-Mitglied permanent ausgesetzt bin. Dagegen möchte ich mich zur Wehr setzen und das ist mein gutes Recht, weil ich doch befürchten muss, dass mir körperliche Gewalt angetan wird.

So sehr unterdrückt kann Joachim Gauck in der DDR doch auch gar nicht gewesen sein, denn immerhin durfte er in Rostock auf Kosten der ostdeutschen Arbeiter Theologie studieren. Es handelt sich bei ihm, wie bei vielen Anderen, die die DDR diskreditierten, wohl eher um Einbildung und vor allem mit dem Zweck des Anbieterns an die Konservativen zum eigenen finanziellen Vorteil. Damit war Herr Gauck offensichtlich erfolgreich.

Ich bin der Auffassung, dass Herr Gauck in vielen Fällen seine Machtposition genutzt hat, um Persönlichkeitsrechte in erheblicher Weise zu verletzen und dabei in einer öffentlichen Position einseitig Parteinahme betrieben hat. Das kann kein geltendes Recht sein, weil die Menschenwürde für alle gleichermaßen gilt. Wer etwa gegen ehemalige Angehörige des MfS oder gegen IMs Beweise sammelt und im gleichen Fall die Unterlagen von möglicherweise sogar auch nach bundesdeutschem Recht als verfassungsfeindliche Gewaltverbrecher einzuordnenden Personen nicht ausreichend auswertet, der Schützt die Menschenwürde nicht gleichermaßen für alle Bürger.

So wird zum Beispiel im §16 Abs. 3 StUG festgestellt:

„(3) Dem Mitarbeiter ist auf Antrag Einsicht in die zu seiner Person geführten Unterlagen zu gewähren. § 12 Abs. 4 Satz 2 Nr. 2 gilt nicht.“¹¹⁸

In §12 Abs. 4 Satz 2 Nr. 2 StUG heißt es:

*„Enthalten Unterlagen außer den personenbezogenen Informationen über den Antragsteller auch solche über andere Betroffene oder Dritte, wird Einsicht in Originalunterlagen nur gewährt, wenn (...)
2. eine Trennung der Informationen über andere Betroffene oder Dritte nicht oder nur mit unververtretbarem Aufwand möglich ist und kein Grund zu der Annahme besteht, dass schutzwürdige*

¹¹⁷Siehe dazu Anhang 3, S. 3f.

¹¹⁸Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, §16, online unter: http://www.gesetze-im-internet.de/stug/_16.html

Interessen anderer Betroffener oder Dritter an der Geheimhaltung überwiegen.“¹¹⁹

Mit dieser gesetzlichen Regelung, die meines Erachtens nicht verfassungskonform ist, kann quasi jeder ehemalige DDR-Bürger, auch wenn er unwissentlich als IM vom MfS geführt wurde, als Stasi-Informant denunziert werden, selbst wenn er heute wie damals nur hehre Ziele verfolgte, weil ihm nicht ersichtlich sein kann, wen er möglicherweise unwissentlich geschädigt habe. Andererseits ist dem Betroffenen für seine Spekulation Tür und Tor geöffnet.

Ich behaupte: Nicht nur durch dieses Gesetz hatten es eine Reihe von Offiziellen Mitarbeitern der Staatssicherheit leicht, sich auf Kosten ihrer IMs reinzuwaschen und durch Zusammenarbeit mit der Ökumene-Parteien und Denunziation Anderer auch ohne Problem und Ansichtsverlust Mitglieder der CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis90/Die Grünen zu werden und von dort aus die ehrliche parteipolitische Arbeit der PDS in Misskredit zu bringen, obwohl sie in der DDR eher die Täter waren, als Mitglieder der PDS.

Auf einer solchen Rechtsgrundlage hätte Herr Joachim Gauck meines Erachtens gar nicht arbeiten dürfen und auch nicht Anweisungen geben dürfen. Nicht nur deshalb ist er meiner Meinung nach nicht geeignet, ein öffentliches Amt wie das des Bundespräsidenten zu bekleiden. Außerdem war Joachim Gauck selbst ein IM der DDR-Staatssicherheit, ebenso wie Bundeskanzlerin Angela Merkel, denn wären sie nicht linientreu gewesen, hätten sie sicher nicht studieren dürfen. Die Kanzlerin war gar so sehr in den Staatsapparat verstrickt, dass sie sogar promovieren durfte und als FDJ-Sekretärin für „Agitation und Propaganda“ fungierte.

Weiterhin wird als Begründung folgende Passage in englischer Sprache über die politischen Verhältnisse in den USA angegeben:

„The men are fascinating each other with military actions and honours, women's feminism is a racist ideology against men and themselves. For instance Condolezza Rice, Hillary Clinton and Susan Rice are for me like Eva Braun, Magda Goebbels and Leni Riefenstahl. All fascist personalities, who are just Homo economicus and identity claimer for just nothing they did for the benefit of the US-citizens.“¹²⁰

Dies ist das Ergebnis meiner jahrelangen Beobachtung der US-amerikanischen Politik. So kann man etwa feststellen, dass die USA kein egalitäres Rechtssystem haben und weder im Inland noch im Ausland fundamentale Grundsätze der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte umgesetzt werden.

Mit der Einteilung des Mannes als Krieger und der Frau als Versorgerin der Familie wird ein Rollenbild staatlich vorgegeben das reaktionär ist und nicht nur mit dem Grundgesetz nicht übereinstimmt, sondern auch mit Prinzipien des Hamburger Programms nicht zu vereinbaren ist:

„Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen, dass Frauen und Männer gleiche Rechte und Chancen haben – nicht nur auf dem Papier, sondern im täglichen Leben. Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der Frauen und Männer gleich, frei und solidarisch miteinander leben können.“¹²¹

So ist Feminismus wie oben bereits ausführlich erläutert eine reaktionäre Gesinnung die

¹¹⁹Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, §12, online unter: http://www.gesetze-im-internet.de/stug/_12.html

¹²⁰Siehe dazu Anhang 3, S. 4

¹²¹Das Hamburger Programm der SPD, S. 40, online unter:

http://www.spd.de/linkableblob/1778/data/hamburger_programm.pdf

Geschlechterungleichheiten zementiert und letztlich die Frau nicht gleichstellt.

Ebenso setzen sich genannte Politikerinnen für die Todesstrafe ein, die in Deutschland nach Art. 102 GG¹²² abgeschafft wurde. Solche Personen mit Nazis gleichzusetzen, halte ich für richtig, da in Deutschland etwa auch die NPD derartige Positionen vertritt.

Ich denke nicht, dass die deutsch-amerikanischen diplomatischen Beziehungen so weit gehen müssen, dass wir Deutschen und Europäer unsere Grundwerte der Demokratie und des Rechtsstaates und der friedlichen Konfliktlösungen in den internationalen Beziehungen verraten, nur aufgrund von Ideologiegleichheit von protestantischen Neofaschisten in der SPD mit religiösen Extremisten in den beiden US-Parteien.

„Der Inhalt der von Michael Frank verfassten Texte und deren Veröffentlichung durch ihn im Internet zeigen deutlich, dass er nicht gewillt ist, sich innerparteilich solidarisch zu verhalten.“¹²³

Das stimmt schlichtweg nicht. Ich bin mit jeder und jedem in der Partei solidarisch, der oder die politische Positionen vertritt, die mit dem Parteiprogramm und dem Grundgesetz vereinbar sind. Des Weiteren habe ich trotz meiner gelegentlich auch kritischen Äußerungen unentgeltlich und selbstlos Wahlkampf für die SPD gemacht. Außerdem wird mir hier nicht zugute gehalten, dass ich etwa in mehreren Publikationen explizit für die SPD und ihre politischen Inhalte werbe. Etwa indem ich die SPD Neukölln als richtigrote Volkspartei dargestellt habe.¹²⁴ Mich etwa gegen den Rechtspopulismus von Pro Deutschland positioniert habe.¹²⁵ Den Staatsaufbau und die Gefährlichkeit autoritärer Regime, etwa der Islamischen Republik Iran¹²⁶, habe ich dargestellt. Etwa trotz meiner Kritik an Religionen und meiner Ablehnung ihrer Gewalt habe ich die Religionsfreiheit als schützenswertes Gut betrachtet, etwa in meiner Publikation zum Fall „Pussy Riot“¹²⁷, wo ich unter Anwendung des russischen Rechts und der Menschenrechte eine ähnliche Position vertrete wie etwa PolitikerInnen der SPD-Führung. Außerdem habe ich mich gegen antisemitische Strömungen in der Linken und der SPD positioniert, die das Recht auf Leben für israelische Juden in Gefahr bringen¹²⁸. Ich habe die linke Solidarität mit autoritären Regimen wie Syrien und Iran kritisiert¹²⁹. Etwa mich solidarisch mit dem sozialdemokratischen Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky gegen die Vorwürfe der sogenannten „Buschkowsky-Jugend“ erklärt¹³⁰. In meinem

122Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, Art. 102, online unter: <http://www.gesetze-im-internet.de/gg/BJNR000010949.html#BJNR000010949BJNG000100314>

123Siehe dazu Anhang 3, S. 4.

124Vgl. Frank, Michael: Die SPD Neukölln ist die richtigrote Volkspartei – Neue KandidatInnen aufgestellt, in: www.michael-frank.eu vom 01. Dezember 2010, online unter: <http://www.michael-frank.eu/Artikel/2010-12-01-Die-SPD-Neukoelln-ist-die-richtigrote-Volkspartei.pdf>

125Vgl. Frank, Michael: Rechtspopulisten von Pro Deutschland setzen Islam und Islamismus gleich und gefährden moderne Integrationspolitik, in: www.michael-frank.eu vom 30. Dezember 2010, online unter: <http://www.michael-frank.eu/Fachartikel/Rechtspopulisten-Pro-Deutschland.pdf>

126Vgl. Frank, Michael: Zum politischen System der Islamischen Republik Iran, in: www.michael-frank.eu vom 03. Dezember 2011, online unter: <http://www.michael-frank.eu/Fachartikel/2011-12-03-Zum-Politischen-System-der-Islamischen-Republik-Iran.pdf>

127Vgl. Frank, Michael: Zum Urteil gegen „Pussy Riot“ - Russlands Demokratie und Rechtsstaat in schlechtem Zustand, in: www.michael-frank.eu vom 25. August 2012, online unter: <http://www.michael-frank.eu/Fachartikel/2012-08-25-Pussy-Riot.pdf>

128Vgl. Frank, Michael: Linksruck/Marx21 – Ein antisemitischer Störtrupp, in: www.michael-frank.eu vom 23. März 2009, online unter: <http://www.michael-frank.eu/wp-content/uploads/2010/04/2009-03-23-Linksruck-Marx21-Ein-antisemitischer-Stoertrupp.pdf>

129Vgl. Frank, Michael: Linke Solidarität mit Syrien und Iran?, in: www.michael-frank.eu vom 30. Januar 2012, online unter: <http://www.michael-frank.eu/Essays/2012-01-30-Linke-Solidaritaet-mit-Syrien-und-Iran.pdf>

130Vgl. Frank, Michael: Der SPD-Wahlkampf in Neukölln und die „Buschkowsky-Jugend“, in: www.michael-frank.eu vom 12. Oktober 2012, online unter: <http://www.michael-frank.eu/Essays/2011-10-12-Buschkowsky-Jugend.pdf>

Plädoyer für eine geopolitische Wende vertrete ich etwa ähnliche Positionen wie der ehemalige SPD-Bundeskanzler Gerhard Schröder¹³¹. Etwa habe ich trotz meiner Kritik an Sigmar Gabriels antisemitischer Hetzkampagne diesen für geeignet gehalten deutscher Bundeskanzler zu sein¹³², weil ich immer noch davon ausgehe, dass der Mensch ein vernunftbegabtes Wesen ist. Ich habe mich gegen kriminelle Mafia-Strukturen¹³³ positioniert und die sozialdemokratische Kampagne des SPD-Bundesvorstandes „Mehr Demokratie wagen“ unterstützt¹³⁴, obwohl ich letztlich davon nicht viel gemerkt habe.

Das sind alles politische Positionen, die in jedem Falle mit dem Programm der SPD in Einklang stehen und daher sehe ich es auch als nicht problematisch an, dass ich in meiner Vita auf meine SPD-Mitgliedschaft hinweise. Im Gegenteil: mit meiner Person steht die Partei in jeder Hinsicht in positivem Lichte da. Wer mich hier aus der SPD ausschließen will, ist meines Erachtens politischer und menschlicher Abschaum, der reif für die Zwangseinweisung ist.

„Die Zitate aus den Internettexen, die Michael Frank im Internet veröffentlicht hat, lassen die eindeutige Feststellung zu, dass er mit diesen Veröffentlichungen parteischädigend gehandelt hat. Er beleidigt in herabsetzender Weise unter Namensnennung sowohl Mitglieder der Partei, parteifremde Personen als auch Gruppierungen wie Glaubensgemeinschaften.“¹³⁵

Religiöse Gesindel und der neoliberale Bentham in der SPD kann mich mal kreuzweise am Arsch lecken. Gruppierungen und Glaubensgemeinschaften, die mir nicht in den Kram passen, stelle ich auch weiterhin in einer Form dar, die mir angemessen erscheint. Insbesondere die Privilegien und Günstlingswirtschaft von Glaubensgemeinschaften innerhalb der SPD sind mir dabei ein Dorn im Auge. Dabei berufe ich mich auch auf das Hamburger Programm der SPD:

„Wir wenden uns gegen jede Form von Privilegien oder Benachteiligungen aufgrund der Herkunft, des Standes, der Hautfarbe, des Geschlechts, der sexuellen Orientierung, der Religion.“¹³⁶

Mich gegen religiöse Privilegien und Günstlingswirtschaft der Religionsgemeinschaften in der Gesellschaft und innerhalb der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu positionieren ist für mich gelebter Antifaschismus.

Ich weise dazu explizit auf den Zusammenhang zwischen Religion und Bildung hin, ein Gedanke, der sich auch im Hamburger Programm der SPD widerspiegelt:

„Unser Bildungswesen muss von Anfang an die Gleichstellung von Mädchen und Jungen und die Überwindung einschränkender Rollenmuster im Blick haben. Auch für die Integration

131Vgl. Frank, Michael: Die geopolitische Wende organisieren! – Für ein Ende der Weltherrschaft der USA!, in: www.michael-frank.eu vom 01. Januar 2012, online unter: <http://www.michael-frank.eu/Essays/2012-01-01-Die-geopolitische-Wende-organisieren.pdf>

132Vgl. Frank, Michael: Wer wird 2013 sozialdemokratischer Kanzler?, in: www.michael-frank.eu vom 14. Oktober 2011, online unter: <http://www.michael-frank.eu/Artikel/2011-11-14-Wer-wird-2013-Kanzler.pdf>

133Vgl. Frank, Michael: Die arabische Mafia hält Berlin mit Heroin im Würgegriff, in: www.michael-frank.eu vom 27. Februar 2011, online unter: <http://www.michael-frank.eu/Artikel/2011-02-27-Die-arabische-Mafia-Berlin.pdf>

Vgl. Frank, Michael: Die Mafia regiert Neukölln!, in: www.michael-frank.eu vom 11. Dezember 2010, online unter: <http://www.michael-frank.eu/Artikel/2010-12-11-Die-Mafia-regiert-Neukoelln.pdf>

134Vgl. Frank, Michael: Wir Sozialdemokraten wollen mehr Demokratie wagen, in: www.michael-frank.eu vom 26. November 2009, online unter: <http://www.michael-frank.eu/Artikel/2009-11-26-Wir-Sozialdemokraten-wollen-mehr-Demokratie-wagen.pdf>

135Siehe dazu Anhang 3, S. 4.

136Das Hamburger Programm der SPD, S. 16, online unter: http://www.spd.de/linkableblob/1778/data/hamburger_programm.pdf

Zugewanderter ist Bildung der Schlüssel. Gemeinsames Lernen fördert soziale Integration. ¹³⁷

Von Karl Marx und von mir zu lernen, heißt eben deshalb: siegen lernen! Учиться, учиться и ещё раз учиться. Wie Lenin es einst so zutreffend formulierte. Das führt zum Endsieg der Freiheit, der Gleichheit und des Rechtsstaates.

„Für die, die Zugriff auf diese Texte nehmen, wird durch den Inhalt die SPD in einer so abfälligen und wahrheitswidrigen Weise dargestellt, dass ein zutiefst negatives Bild der SPD entstehen muss, das mit den tatsächlichen Inhalten der politischen Arbeit und Willensbildung der SPD nichts zu tun hat“ ¹³⁸

Das ist schlicht falsch. Ich zeichne meiner Meinung nach ein ausgewogenes Bild der SPD und verhalte mich dabei jederzeit gesetzeskonform und auch solidarisch gegenüber der Partei, was auch etwa in den oben bereits angeführten Veröffentlichungen zum Ausdruck kommt. Im Übrigen trenne ich sehr genau zwischen Kritik an der Partei und an Fraktionsmitgliedern, zwischen Partei und Mandatsträgern und Amtsträgern.

Solidarität kann nicht nur von mir gefordert werden. Ich toleriere das Prinzip der Mehrheit. Das heißt für mich aber nicht, dass ich alles kritiklos hinnehmen muss, was Gesinnungsethiker so landläufig beschließen, insbesondere dann nicht, wenn es sich um Gesetzesinitiativen handelt, die nicht mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung in Vereinbarung zu bringen sind und insbesondere nicht in einer demokratischen Partei.

Vielmehr habe ich in der Verhandlung der Kreisschiedskommission eindeutig geäußert, dass jede und jeder, innerhalb und außerhalb der Partei, mich kritisieren, widerlegen und sogar demagogisch angreifen kann. Das gilt für mich, wie für jeden sozialdemokratischen Mandatsträger.

„Michael Frank verteidigte den Inhalt seiner Texte damit, dass es sich zum einen um wissenschaftlich erarbeitete und zum anderen von der Meinungsfreiheit gedeckte Texte handle.

Die Schiedskommission kann in Texte, die – wie im Vorangegangenen beschrieben –, in diesem Ausmaß andere herabsetzen, beleidigen und sogar bedrohen, keine Ansätze wissenschaftlicher Arbeiten erkennen. Daran ändert auch das Setzen von Fußnoten als Quellenangaben nichts, da in den Texten nicht erkennbar wird, inwieweit eine Auseinandersetzung mit den Quellen stattgefunden hat. Die Schiedskommission meint, dass die Fußnoten hier wissenschaftliches Arbeiten suggerieren sollen, um den Texten einen außenwirksamen Anstrich der Seriosität zu verleihen, das aber nicht stattgefunden hat. ¹³⁹

Die Kreisschiedskommission bestreitet also die Wissenschaftlichkeit meiner Arbeit. Das ist ein Vorwurf, den ich nicht teile, gegen den ich mich aber nicht wehren möchte, da selbstverständlich diese Aussage der Kreisschiedskommission durch die Religionsfreiheit gedeckt ist.

Sehr wohl aber bestreite ich, dass durch meine Veröffentlichungen andere herabgesetzt werden, beleidigt oder bedroht. Das lasse ich mir nicht nachsagen, weil ich für jede meiner Äußerungen ausreichend Quellen anführen kann und sie meiner Ansicht nach auch logisch begründen kann. In keiner Weise würde ich eine/n GenossIn bedrohen oder attackieren, außer im Rahmen des mir durch

137Das Hamburger Programm der SPD, S. 61, online unter:

http://www.spd.de/linkableblob/1778/data/hamburger_programm.pdf

138Siehe dazu Anhang 3, S. 4.

139Siehe dazu Anhang 3, S. 4.

das Grundgesetz und den nachrangigen Gesetzen zugebilligten Rechtes auf Notwehr und Nothilfe. Ich gehe davon aus, dass Art. 1 und Art. 2 GG für Jede und Jeden, zumindest in Deutschland gleichermaßen gelten. Das habe ich auch in der Verhandlung vor der Kreisschiedskommission ausdrücklich betont.

Was ehrenrührig ist, ist doch eine subjektive Betrachtung, die letztlich im Auge des Adressaten einer Aussage liegt. Dass Kritik durchaus manchmal verletzend sein kann, insbesondere für Gesinnungsethiker, das verstehe ich natürlich. Wer möge bewerten, ob dies auch tatsächlich ein objektiv haltbarer Tatbestand ist. Ich denke nicht, dass die Kreisschiedskommission berechtigt ist im Namen Einzelner, die sich möglicherweise persönlich angegriffen fühlen, eine Entscheidung gegen mich in Form einer Parteiordnungsmaßnahme zu fällen.

Insbesondere erscheint mir das eine unzulässige Parteinahme der Kreisschiedskommission quasi für jedermann aus der Partei, der gegen mich politisch steht, zu sein, was meines Erachtens wie ein Schauprozess anmutet, der zumindest meiner subjektiven Ansicht nach in der Nähe der Volksverhetzung gegen mich anzusiedeln ist.

„Auch die Auffassung des Antragsgegners, dass seine Texte durch sein Recht auf freie Meinungsäußerung gerechtfertigt seien, wird von der Schiedskommission nicht geteilt. Jede Person soll die Freiheit haben, ihre Meinung in Wort, Schrift und Bild zu äußern und zu verbreiten. Dies stellt eines der wichtigsten demokratischen Grundrechte dar. Ganz besonders für die Mitglieder der SPD vor dem geschichtlichen Hintergrund ihrer Erfahrungen mit Einschränkungen und vollständiger Unterdrückung der Meinungsfreiheit in Diktaturen. Sie findet aber Schranken in Gesetzen und im Recht der persönlichen Ehre, wenn sie dabei nicht in ihrem Wesenskern beeinträchtigt wird. Im Zusammenhang mit den Texten des Antragsgegners kann man auf jeden Fall zu der Auffassung gelangen, dass die Inhalte seiner Texte ehrabschneidend und eventuell auch strafrechtlich relevant und damit nicht mehr durch Meinungsfreiheit gerechtfertigt sind.“¹⁴⁰

Die Mitglieder der Kreisschiedskommission mögen für sich jede Meinungsfreiheit haben über den Inhalt meiner Texte zu urteilen, aber sie sind nicht berechtigt eine Parteiordnungsmaßnahme, insbesondere in diesem Ausmaß, gegen mich zu verhängen, da es sich zum Einen um politische Positionen handelt, die mit dem Hamburger Programm in Einklang stehen, zum Anderen um Forschungsergebnisse, die letztendlich zwar kritisch, aber dennoch hilfreich für den Wahlerfolg der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands sind. Die SPD muss sich ständig weiterentwickeln und sich hinterfragen und auf dem neuesten Stand der Forschung bleiben, um im Streit mit anderen Parteien zu bestehen. Im Hamburger Programm steht dazu:

„Wir wissen, dass jede Zeit ihre eigenen Antworten auf die sozialen und politischen Fragen verlangt. Im Ringen um die zeitgemäßen programmatischen Antworten auf die gesellschaftlichen Entwicklungen bekennen wir uns zum freien Meinungsstreit. Wir begrüßen und achten persönliche Grundüberzeugungen und Glaubenshaltungen. Sie können niemals Parteibeschlüssen unterworfen sein. Was uns eint, ist die Überzeugung, dass die Gesellschaft gestaltbar ist und nicht vor dem blinden Wirken der kapitalistischen Globalisierung kapitulieren muss.“¹⁴¹

In diesem Falle versucht meines Erachtens die Mehrheit ihre Glaubenshaltung und Grundüberzeugung nicht nur einem Parteibeschluss zu unterwerfen, sondern mich dadurch auch noch zu zwingen gegen Prinzipien des demokratischen Rechtsstaates zu verstoßen. Das sehe ich

¹⁴⁰Siehe dazu Anhang 3, S. 4.

¹⁴¹Das Hamburger Programm der SPD, S. 13, online unter:

http://www.spd.de/linkableblob/1778/data/hamburger_programm.pdf

nicht ein. Wer für seine Grundüberzeugung und Glaubenshaltung Achtung reklamiert, der sollte zumindest auch bereit sein, meine Auffassungen zu tolerieren, insbesondere da ich mit Logik belegen kann, dass es in der SPD Personen mit politischen Überzeugungen gibt, die ich für unvereinbar mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und den Menschenrechten halte.

Ich sehe in keiner Weise, dass irgendeine meiner Meinungsäußerungen oder Forschungsergebnisse strafrechtlich relevant sind. Insofern darf ich diese Aussage der Kreisschiedskommission doch, zumindest für mich persönlich, in der Nähe der Verleumdung interpretieren.

Außerdem wird an meinen Veröffentlichungen kritisiert:

*„Zusätzlich wird das Ansehen der SPD und ihrer Mitglieder dadurch schwer geschädigt, dass Michael Frank als Parteimitglied demokratisch gewählte Politikerinnen der USA durch Vergleiche mit bekannten weiblichen Nazis, wie in dem letzten aufgeführten Zitat, schwer beleidigt. Dieser Text ist, da er in englischer Sprache verfasst wurde, geeignet, das Ansehen der SPD über den deutschen Sprachraum hinaus schwer zu schädigen.“*¹⁴²

Und in diesem Zusammenhang ebenfalls:

*„Weiter ist es für die Außenwirkung der SPD als völlig unhaltbar anzusehen, dass eines ihrer Mitglieder, wie hier durch den Antragsgegner geschehen, demokratische gewählte Politikerinnen der USA mit bekannten weiblichen Nazis des Dritten Reiches vergleicht.“*¹⁴³

Ich denke sehr wohl, dass mit dieser Aussage die SPD in gutem Lichte dasteht, denn ich kann sie ebenfalls unter Rückgriff auf sozialdemokratische Grundüberzeugungen im Hamburger Programm belegen. Meines Erachtens kommt durch diesen Vorwurf zumindest implizit die verfassungsfeindliche Gesinnung des Antragsstellers und der Mitglieder der Kreisschiedskommission zum Ausdruck. Letztlich gilt in Deutschland Art. 1 und Art. 2 GG und hier setzt sich das Deutsche Volk für unveräußerliche Menschenrechte und das Recht auf körperliche Unversehrtheit ein. Ich sehe dieses Recht aufgrund des menschenrechtswidrigen Agierens amerikanischer PolitikerInnen aller Couleur nicht nur in den USA als nicht existent an, sondern stelle ebenfalls mit Bedauern fest, dass US-amerikanische Geheimdienste und Militärangehörige der US-Streitkräfte auch hier in unserem Staat und in unserem freien Europa extralegal unsere BürgerInnen verschleppen und unser Recht auf körperliche Unversehrtheit angreifen.

Wer in irgendeiner Weise US-amerikanische Politiker dabei direkt oder ideologisch unterstützt, ist ein Kollaborateur, ein Vaterlandsverräter, ein Kriegstreiber, ein Faschist und niemals ein Sozialdemokrat. Deshalb sehe ich es als meine Pflicht als Staatsbürger an, insbesondere Kinder vor US-amerikanischen Gewaltverbrechern zu warnen.

Ich sehe keine SozialdemokratInnen in irgendeinem US-amerikanischen Parlament. Sollte das amerikanische Volk den Willen verspüren, mit allen seinen PolitikerInnen so zu verfahren, wie mit John F. Kennedy, Osama bin Laden oder mit Saddam Hussein, würde es mich nicht im Geringsten betreffen, sondern ich würde dies als legitimen Widerstand gegen ein autoritäres Regime ansehen. Kreativen und mutigen Widerstand gegen autoritäre Regierungen bzw. ein gleichgeschaltetes Terror-Regime, etwa vergleichbar mit dem von Helmut Schmidt während der Nationalsozialistischen Schreckensherrschaft oder dem von Claus Schenk Graf von Stauffenberg, halte ich in den USA für legitim, wenn nicht gar für geboten. Ich möchte mich aber daran nicht

¹⁴²Siehe dazu Anhang 3, S. 4.

¹⁴³Siehe dazu Anhang 3, S. 5.

beteiligen, weil ich die demokratische Revolution in den USA gerne patriotischen Menschenrechtlern in der US-Bevölkerung überlassen würde.

Meine Äußerungen gegen US-amerikanische PolitikerInnen und gegen das US-amerikanische Politische System schädigen nicht die SPD über die Grenzen Deutschlands hinaus, sondern machen im Gegenteil den internationalistischen Charakter der Sozialdemokratischen Bewegung deutlich, so wie es im Hamburger Programm gefordert wird:

„Die Sozialdemokratie war – im Gegensatz zu anderen Parteien – immer internationalistisch und europäisch orientiert. Deshalb arbeiten wir weiter am Projekt des geeinten Europa, das 1925 im Heidelberger Programm der SPD eine Vision war und nun vollendet werden kann.“¹⁴⁴

Die genannten US-PolitikerInnen setzen sich nicht nur für die Todesstrafe oder andere Menschenrechtsverletzungen und nicht nur auf eigenem Territorium ein, sondern betreiben eine Außenpolitik von präemptiven Militärschlägen, die ich für völkerrechtswidrig halte. Im Hamburger Programm ist aber für die Sozialdemokratie folgender Grundsatz festgehalten:

„Die Todesstrafe soll weltweit geächtet werden.

Nicht das Recht des Stärkeren, sondern die Stärke des Rechts schafft internationale Sicherheit. Im globalen Zeitalter kann kein Staat langfristig Erfolg haben, der seine Interessen einseitig durchzusetzen versucht. Wir bekennen uns zum Multilateralismus, also zur organisierten Zusammenarbeit von Staaten. Wir knüpfen an die erfolgreiche Entspannungspolitik Willy Brandts in Europa an, für die das Konzept gemeinsamer Sicherheit, vertrauensbildende Schritte und wirtschaftliche wie zivile Zusammenarbeit wichtige Elemente waren. Wir plädieren für eine neue Entspannungspolitik, die Verständigung ermöglicht, Aufrüstung vermeidet und die friedliche Lösung von Konflikten ermöglicht.“¹⁴⁵

Insofern sehe ich keine/n aktuelle/n gewählte/n PolitikerIn in den USA, der oder die fundamentale Prinzipien des sozialdemokratischen Programms auch nur in irgendeiner Weise vertritt. Um mich und die deutsche und europäische Bevölkerung vor US-amerikanischen Gewaltverbrechern zu schützen, sehe ich die Europäische Union als die einzige Möglichkeit und schon deshalb als eine Notwendigkeit an, um unseren Frieden, die Demokratie und den Rechtsstaat zu sichern, so wie es ebenfalls im Hamburger Programm niedergelegt ist:

„Unser Bestreben ist die Fortentwicklung der Europäischen Union zu einer handlungsfähigen Friedensmacht. Eigenständige europäische Friedenspolitik muss sich auf ihre Stärken konzentrieren: Diplomatie, Dialog und Unterstützung von Demokratie und Menschenrechten, auch durch Hilfen zur wirtschaftlichen Entwicklung in Konfliktregionen. Europa hat übereinstimmende Sicherheitsinteressen. Wir streben eine gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik an. Dazu müssen auch die Armeen der Mitgliedstaaten enger zusammenwachsen. Langfristig wollen wir eine europäische Armee, deren Einsatz parlamentarisch legitimiert werden muss.“¹⁴⁶

Im Übrigen stelle ich fest: Dass ein Politiker demokratisch gewählt ist, ist für mich kein Zeichen seiner Verfassungstreue, kein Zeichen dafür, dass er für die Menschenwürde und für die

144Das Hamburger Programm der SPD, S. 12, online unter:

http://www.spd.de/linkableblob/1778/data/hamburger_programm.pdf

145Das Hamburger Programm der SPD, S. 20, online unter:

http://www.spd.de/linkableblob/1778/data/hamburger_programm.pdf

146Das Hamburger Programm der SPD, S. 29f., online unter:

http://www.spd.de/linkableblob/1778/data/hamburger_programm.pdf

Menschenrechte entsteht. Auch die Nationalsozialisten wurden demokratisch gewählt, ebenso wie etwa auch der iranische Diktator Ahmadinedschad.

Letztlich sind die kritisierten PolitikerInnen nicht Mitglieder in einer Partei der Sozialistischen Internationalen und auch nicht in einer Partei, die dort Beobachterstatus hat. Ebenfalls sind sie nicht Mitglieder in einer Partei, die politische Überzeugungen vertritt, die auf der Grundlage des deutschen Grundgesetzes stehen. Damit handelt es sich um politische Gegner. Politische Gegner greife ich auch in einer Form an, die ich für richtig halte und das ist auch nicht schlecht für die Außenwirkung der SPD, sondern macht im Gegenteil sozialdemokratische Grundüberzeugungen geltend.

Befürworter der Todesstrafe, die nicht ein Sozialstaatsmodell vertreten, wie etwa die SPD es als eine ihrer größten Errungenschaften in Deutschland durchgesetzt hat, PolitikerInnen, die in keiner Weise laizistisch sind und dem auch in keiner Weise offen gegenüberstehen, PolitikerInnen, die nicht für friedliche Lösungen in den internationalen Beziehungen plädieren, sondern im Gegenteil präemptive Kriege befürworten, das sind PolitikerInnen, die eine Ethik vertreten, die für mich verfassungswidrig ist und die Menschenrechte mit Füßen tritt. Und ich sehe es daher als meine Pflicht als deutscher Staatsbürger an, egal welcher Partei man angehört, mich gegen sie zu positionieren. Damit setze ich nicht nur sozialdemokratische Programmatik um, sondern im Übrigen auch die im Grundgesetz vorgegebenen Grundsätze des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates.

Die USA verfolgen eine politisch-ökonomische Zersetzungsstrategie gegenüber der EU auch innerhalb der deutschen und europäischen Parteien, insbesondere der SPD, gegen die ich mich als Parteimitglied und Bürger zu wehren gedenke, um unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung und die Europäische Verfassung zu schützen und mich für unveräußerliche Menschenrechte weltweit einzusetzen. Das tue ich auf der Grundlage des sozialdemokratischen Parteiprogramms, denn:

„Wir erstreben eine friedliche und gerechte Weltordnung. Wir setzen auf die Stärke des Rechts, um das Recht des Stärkeren zu überwinden. Das soziale Europa muss unsere Antwort auf die Globalisierung werden. Nur in gemeinsamer Sicherheit und Verantwortung, nur in Solidarität und Partnerschaft werden die Völker, Staaten und Kulturen das Überleben der Menschheit und des Planeten sichern können.“¹⁴⁷

Eine privilegierte Partnerschaft mit den USA scheint mir erheblich gefährlich, wenn ich als Deutscher und Europäer durch unüberlegte Militärschläge durch US-amerikanische PolitikerInnen in eine Gefahr gebracht werde. Im Hamburger Programm kann man ebenfalls lesen:

„Wir erleben, dass Staaten zerfallen, Brutstätten für Anarchie und Terrorismus entstehen, religiöse und politische Fundamentalisten die Welt willkürlich in Gut und Böse teilen. Privatisierte, entstaatlichte Gewalt und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen bringen neue Gefahren hervor. Das alles bedroht den Frieden.“¹⁴⁸

Die USA sind nach meiner Ansicht eine regelrechte Brutstätte für rassistische Ideologen, religiöse und politische Fundamentalisten geworden und ein Beispiel für staatlichen und sittlichen Verfall,

147Das Hamburger Programm der SPD, S. 5, online unter:

http://www.spd.de/linkableblob/1778/data/hamburger_programm.pdf

148Das Hamburger Programm der SPD, S. 8f., online unter:

http://www.spd.de/linkableblob/1778/data/hamburger_programm.pdf

der sich in entstaatlichter Gewalt und in der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen eindeutig zeigt. Daher sehe ich es als Sozialdemokrat regelrecht als eine Aufgabe an, insbesondere unsere Kinder vor US-amerikanischen Gewaltverbrechern zu warnen und zu schützen. Ein Staat wie die USA, deren Regierungen in einer so unerträglichen, rechtswidrigen Weise die Prinzipien des internationalen Rechts, die Menschenrechte und die politisch-programmatischen Grundlagen der Sozialdemokratischen Bewegung angreift und verächtlich macht, ist für mich ein Schurkenstaat.

Ebenso heißt es in der Begründung der Kreisschiedskommission:

„Der Antragsgegner hat auf Befragen durch die Schiedskommission erklärt, weder etwas an seinen Texten ändern oder sie zurücknehmen zu wollen. Er wolle auch weiterhin seine Texte in dieser Weise im Internet einstellen.“¹⁴⁹

Die Form des Einstellens auf einer Homepage ist doch nicht zu beanstanden. Das machen viele sozialdemokratische Mandatsträger ebenso. Das halte ich für legitim. An den Texten kann ich nichts ändern, da sie auch in Form von Online-Quellen mit dem Katalog der Deutschen Nationalbibliothek verlinkt sind.

Ich sehe auch nicht, warum ich in irgendeiner Weise daran etwas zurücknehmen sollte. Vielmehr habe ich, um des innerparteilichen Friedens willen, in der Verhandlung und bereits auch innerhalb der Abteilung Hermannstrasse mehrfach angeboten, auch Texte zu verfassen, die sozusagen im Auftrag der Abteilung eine politische Positionierung für die Mehrheit der Mitglieder zu aktuellem regionalpolitischen Bezug beinhalten.

Ich habe ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es sich bei meinen auf meiner privaten Homepage veröffentlichten Texten um meine Philosophie handelt, die nicht zwingend mit der Mehrheit der GenossInnen übereinstimmen muss. Auf der anderen Seite sehe ich bei allen meinen Texten eine Übereinstimmung mit den Prinzipien des Hamburger Programms.

Außerdem möchte ich mit der Form der Veröffentlichung im Internet erreichen, dass nicht nur Parteimitglieder, sondern letztlich allen Menschen weltweit meine Werke möglichst kostenfrei zur Verfügung stehen.

Weiterhin wird durch die Kreisschiedskommission moniert:

„Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist eine Überzeugungsgemeinschaft, die den Grundsätzen der Demokratie verpflichtet ist. In ihr vereinigte Menschen verschiedener Glaubens- und Denkrichtungen bekennen sich zur Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität nach innen und außen, Gleichheit von Mann und Frau und Toleranz. Mit seiner Mitgliedschaft in der SPD hat der Antragsgegner Michael Frank diese Parteigrundsätze anerkannt. Außerdem hat er mit seiner Mitgliedschaft zugestimmt, die Pflicht zu haben, die Ziele der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu unterstützen, wie in § 5 I S. I OrgStatut geregelt ist.“¹⁵⁰

Und ebenfalls in diesem Zusammenhang:

„Die Drittwirkung seiner Texte hat zur Folge, dass seine Leser ein völlig falsches und vor allem die Partei schädigendes Bild der SPD bekommen, indem er als Parteimitglied den Eindruck vermittelt, dass (s)ich die meisten Mitglieder der SPD wider ihre eigenen Ziele und die Gesellschaft in ihrem

¹⁴⁹Siehe dazu Anhang 3, S. 5.

¹⁵⁰Siehe dazu Anhang 3, S. 4f.

Allgemeinwohl schädigend verhalten würden. Er wertet Mandatsträger pauschal und auch namentlich als kriminell, indem er sie beispielsweise als „Kinderschänder“ bezeichnet.“¹⁵¹

Es wurde durch die Kreisschiedskommission in keiner Weise im Einzelnen nachvollziehbar dargelegt, wo ich gegen § 5 Abs. 1 Satz 1 des Organisationsstatutes verstoßen hätte. Ich habe hier in der SPD niemanden daran gehindert, seine Meinung kundzutun und bitte daher darum, dass dieses Recht als Parteimitglied auch mir gewährt wird. Die SPD ist in der Tat eine Überzeugungsgemeinschaft zu der ich mich zugehörig fühle. Letztlich habe ich belegt, dass alle von der Kreisschiedskommission mir zur Last gelegten Äußerungen in meinen Texten mit dem Hamburger Programm der SPD im Einklang stehen.

Demokratie heißt für mich, dass ich das Recht auf alle Grundrechte auch und gerade als Mitglied der SPD habe. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität können nicht nur einseitig von mir verlangt werden. In jeder Weise unterstütze ich, auch mit meinen Veröffentlichungen die Ziele der SPD, so wie sie im Hamburger Programm dargelegt sind, so wie es meine Pflicht als Mitglied ist. Das gilt wahrlich nicht für alle tagespolitische Verlautbarungen von Mandatsträgern, insbesondere dann nicht, wenn es sich um Bestrebungen handelt, die dem Grundgesetz zuwider laufen.

Überzeugungsgemeinschaft heißt für mich nicht, dass ich mir die Überzeugungen anderer zwingend zu Eigen machen muss. So viel Individualität ist mit dem Wort Freiheit meines Erachtens doch verbunden, denn:

„Die Sozialdemokratie war von Anbeginn die Demokratiepartei. Sie hat die politische Kultur unseres Landes entscheidend geprägt. In ihr arbeiten Frauen und Männer unterschiedlicher Herkunft, verschiedener religiöser und weltanschaulicher Überzeugungen zusammen. Sie verstehen sich seit dem Godesberger Programm von 1959 als linke Volkspartei, die ihre Wurzeln in Judentum und Christentum, Humanismus und Aufklärung, marxistischer Gesellschaftsanalyse und den Erfahrungen der Arbeiterbewegung hat. Die linke Volkspartei verdankt wichtige Impulse der Frauenbewegung und den neuen sozialen Bewegungen.“¹⁵²

Als marxistischer Theoretiker und wissenschaftlicher Sozialist habe ich also sehr wohl auch nach dem Hamburger Programm einen Platz in der SPD.

Dass ich Mandatsträger der SPD-Bundestagsfraktion als Kriminelle und Kinderschänder bezeichne, lässt sich aus deren Verhalten und ihren Verlautbarungen erklären. Zum einen gehen Mandatsträger der SPD oftmals davon aus, dass sie an die Beschlüsse der Partei und das Programm nicht mehr gebunden sind. Deshalb kommt ein Ausschluss aus der Partei insbesondere in erster Linie gegen sie in Betracht und nicht gegen Basismitglieder. Zum Anderen handelt es sich bei ihnen vielfach um autoritäre Persönlichkeiten und Gesinnungsethiker, die gewalttätig sind und dazu auch noch nachrangige Gesetze beschließen, die verfassungswidrig sind. Ethik ist für mich Gewalt, mit der insbesondere Kinder psychisch penetriert werden. Außerdem halte ich es für verfassungswidrig, das Recht der Eltern gegen das Kind für höher zu bewerten als die Rechte von Kindern selbst, denn meines Erachtens gelten insbesondere Art. 1 und Art. 2 GG für jedermann gleich und in erster Linie für Kinder, denn sie sind in den meisten Fällen der strukturellen und auch direkten Gewalt einer Gesellschaft ausgeliefert, die in krimineller und rassistischer Weise gegen Kinder gerichtet ist und damit kinderfeindlich ist, und das, obwohl Kinder oftmals nicht in der Lage sind, alle diese Zusammenhänge ausreichend zu überblicken.

¹⁵¹Siehe dazu Anhang 3, S. 5.

¹⁵²Das Hamburger Programm der SPD, S. 13, online unter:

http://www.spd.de/linkableblob/1778/data/hamburger_programm.pdf

Das zeigt sich vor allem auch in der aktuellen Debatte über die Beschneidung von Jungen, in der von sozialdemokratischen Amts- und Mandatsträgern Positionen vertreten werden, die unvereinbar mit dem Grundgesetz sind. Ich verweise dazu auf die Bundestagsdrucksache 17/10331 vom 19. Juli 2012, in der es auch im Namen der Mitglieder der SPD-Fraktion heißt:

„Eine Straffreiheit der Beschneidung würde sich aus dem Einverständnis der Betroffenen mit der Beschneidung ergeben. Bei Beschneidungen von Minderjährigen dürfen Eltern an Stelle ihrer Kinder diese Einwilligung erteilen, soweit diese dem Wohl des Kindes dient. Der Inhalt des Kindeswohls wird im Regelfall von den Eltern bestimmt, die dabei ihrerseits die Grenzen der staatlichen Rechtsordnung zu beachten haben.

(...)

Zudem hält der Deutsche Bundestag die Beschneidung männlicher Kinder, die weltweit sozial akzeptiert wird, für nicht vergleichbar mit nachhaltig schädlichen und sittenwidrigen Eingriffen in die körperliche Integrität von Kindern und Jugendlichen wie etwa die weibliche Genitalverstümmelung, die der Deutsche Bundestag verurteilt.“¹⁵³

Wer das beschlossen hat, und dabei bleibe ich, ist für mich kriminell und ein pädophiler Kinderschänder, außerdem sexistisch, rassistisch, homophob und faschistoid und ein verfassungsfeindlicher religiöser Extremist. Wer behauptet, diese Aussage wäre für mich strafrechtlich relevant, der täuscht sich und andere gewaltig. Ein Stück Scheiße am Schuh ist für mich mehr Wert, als ein/e Abgeordnete/r, der solch eine Position vertritt.

Aber auch in anderer Weise verhalten sich Mitglieder und Amts- und Mandatsträger der SPD kriminell. Ich möchte davon ausgehen, dass es sich bei den meisten Fällen um Kavaliersdelikte handelt, schlimmstenfalls Kleinkriminalität zu vermuten ist.

Auf der anderen Seite könnte man die SPD-Mitgliedschaft von Personen wie Peter Hartz, der wegen Untreue verurteilt wurde und damit die SPD wie die IG-Metall schwer geschädigt hat, doch einmal hinterfragen. Es wäre doch auch interessant einmal journalistisch zu hinterfragen, ob es dabei weitere Verstrickungen und dunkle Machenschaften auch mit Mandatsträgern der SPD gab, da doch Peter Hartz immerhin sogar der Namensgeber eines Gesetzes ist, das für Millionen Menschen in Deutschland Armut per Gesetz und staatliche Drangsalierung bedeutet, die, wie von Gerichten bereits festgestellt, eindeutig verfassungswidrig ist. Ebenfalls sehe ich etwa auch die SPD-Mitgliedschaft von Klaus Zwickel als höchst zweifelhaft an. Weder der eine, noch der andere hatte meiner Kenntnis nach mit einem Parteiordnungsverfahren gegen sich zu kämpfen.

Worin liegt also der wahre Grund für dieses Parteiausschlussverfahren gegen mich? Ich bleibe bei meiner Interpretation, dass es sich hierbei um ein homophobes und womöglich sogar antisemitisch motiviertes Komplott gegen einen kritischen Wissenschaftler handelt.

Letztendlich kam die Kreisschiedskommission zum Ergebnis:

„Die Mitglieder der Schiedskommission kamen einstimmig zu der Entscheidung, dass der Antragsgegner Michael Frank gemäß § 35 I, II, III Nr. 4 OrgStatut aus der SPD auszuschließen ist.“¹⁵⁴

Das halte ich für nicht eindeutig bestimmt, denn in §35 Abs. 1 heißt es:

¹⁵³Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/10331 vom 19. Juli 2012, S. 2, online unter: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/103/1710331.pdf>

¹⁵⁴Siehe dazu Anhang 3, S. 5.

„(1) Gegen ein Mitglied, das gegen

1. die Statuten oder
2. die Grundsätze oder
3. die Ordnung der Partei verstößt,

kann ein Parteiordnungsverfahren durchgeführt werden. Gegen die Grundsätze der SPD verstößt insbesondere, wer das Gebot der innerparteilichen Solidarität außer Acht lässt oder sich einer ehrlosen Handlung schuldig macht. Gegen die Ordnung der Partei verstößt insbesondere, wer beharrlich Beschlüssen des Parteitages oder der Parteiorganisation zuwider handelt.“¹⁵⁵

All das trifft auf mich, wie ich belegt habe, nicht zu. Außerdem sehe ich den Zwang einer Ordnungsmaßnahme hier überhaupt nicht. In § 35 Abs. 2 heißt es:

„(2) In dem Parteiordnungsverfahren kann erkannt werden auf:

1. die Erteilung einer Rüge,
2. die zeitweilige Aberkennung des Rechts zur Bekleidung einzelner oder aller Funktionen (§ 11 Abs. 1) bis zur Dauer von drei Jahren,
3. das zeitweilige Ruhen einzelner oder aller Rechte aus der Mitgliedschaft bis zur Dauer von drei Jahren,
4. den Ausschluss aus der Partei.“¹⁵⁶

Hier wird im Organisationsstatut also von Ordnungsmaßnahmen gesprochen, die zum Einen nicht zwingend einen Ausschluss nach sich ziehen müssen, zum Anderen nicht einmal zwingend irgendeine Maßnahme nach sich ziehen müssen. Letztlich hätte unter Berücksichtigung von § 15 Abs. 2 der Schiedsordnung der SPD die Kreisschiedskommission bereits das Verfahren einstellen müssen.

In § 35 Abs. 3 gibt es ein Nr. 4 überhaupt nicht:

„(3) Auf Ausschluss kann nur erkannt werden, wenn das Mitglied vorsätzlich gegen die Statuten oder erheblich gegen die Grundsätze oder die Ordnung der Partei verstoßen hat und dadurch schwerer Schaden für die Partei entstanden ist. Wer aus der Partei ausgeschlossen wurde, darf nicht länger in Gliederungen und Arbeitsgemeinschaften mitarbeiten.“¹⁵⁷

Das alles halte ich für einen Formfehler der Kreisschiedskommission, der letztlich bereits meinen Parteiausschluss meiner Ansicht nach unwirksam macht.

Zum Einen wird keine statutengemäße Grundlage für die Begründung der Parteiordnungsmaßnahme durch die Kreisschiedskommission angegeben, zum Anderen aber auch keine ausreichende Begründung für diese Parteiordnungsmaßnahme selbst angeführt. Zum Dritten wurde letztlich hier einseitig Parteinahme durch die Kreisschiedskommission für den Antragssteller und im eigenen politischen Sinne der Mitglieder der Kreisschiedskommission betrieben. Das nehme ich nicht hin.

155Organisationsstatut der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, § 35, online unter: <http://www.spd-berlin.de/landesverband/organisationsstatut.pdf>

156Organisationsstatut der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, § 35, online unter: <http://www.spd-berlin.de/landesverband/organisationsstatut.pdf>

157Organisationsstatut der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, § 35, online unter: <http://www.spd-berlin.de/landesverband/organisationsstatut.pdf>

5. Abschließende Bemerkungen

Komme ich zu einigen abschließenden Bemerkungen. Aus den Erfahrungen meiner wissenschaftlichen Tätigkeit heraus, warne ich die SPD vor Ausschlussverfahren dieser Art. Insbesondere halte ich auch das Parteiordnungsverfahren gegen einen kritischen Wissenschaftler wie Dr. Thilo Sarrazin oder die Drangsalierung von eher neoliberalen Kritikern wie Wolfgang Clement für falsch, selbst wenn ich nicht mit Ihnen politisch übereinstimme. Letztlich schadet das der Partei in der Öffentlichkeit mehr als eine einfache Abwahl oder Nichtnominierung, bzw. eine deutliche Positionierung. Ich gehe davon aus, dass eine Volkspartei diese divergierenden Meinungen aushalten muss, denn ich war auch nicht dafür, Israel als Apartheid-Regime zu geißeln und der antisemitische Protagonist Sigmar Gabriel bekam dafür auch kein Ausschlussverfahren. Und Franz Müntefering sitzt für seinen Angriff gegen die Menschenwürde von arbeitslosen Mitmenschen sogar immer noch in der SPD-Bundestagsfraktion.

Wenn die SPD sich weiterhin nur auf das Predigen von Ideologie beschränkt und jeden Kritiker aussortiert und abstrafte, wird sie auf kurz oder lang im Parteiensystem bald keine bedeutende Rolle mehr spielen. Selbst konservative christliche Kritiker, wie etwa Prof. Dr. Franz Walter von der Universität Göttingen stellen bereits fest, dass die SPD nie wieder den Status einer Volkspartei erreichen wird.¹⁵⁸ Ich sehe diese Entwicklung mit Sorge und dieses Parteiordnungsverfahren gegen mich beweist mir, dass ich mit meiner Ursachenforschung doch durchaus richtig liege.

Letztlich sehe ich aktuell eine Entwicklung hin zu einem Parteiensystem in Deutschland, das aus sechs, sieben oder mehr Parteien bestehen wird. Das sehe ich keineswegs als Gefahr, sondern als Ausdruck einer pluralistischen Gesellschaft mit Staatsbürgern, die eine hohe Kompetenz in politischen Fragen und ein enormes Selbstvertrauen haben. Dabei sehe ich, dass die FDP weiter aufgerieben wird, ebenso wie die SPD, die sich zersplittert und selbst zerlegt.

Das Erstarken der Grünen in Baden-Württemberg zeigt mir, dass die SPD einen innerparteilichen Veränderungsprozess braucht, wenn sie weiter konkurrenzfähig sein will. Es ist nicht ausgeschlossen, dass die Grünen auch in anderen Bundesländern, wie etwa in Berlin, weitere Stimmengewinne verzeichnen werden und die stärkste Fraktion in Landesparlamenten stellen. DIE LINKE ist in Ostdeutschland eine Volkspartei, die institutionell und personell dort stärker aufgestellt ist, als die SPD.

Sieht man sich die aktuellen Wahlumfragen an¹⁵⁹, so stellt man leicht fest: Piratenpartei, Grüne und Linke haben gemeinsam bereits jetzt so viele Stimmen wie die SPD. Die Parteibindung an die SPD ist bei weitem nicht mehr so stark, wie es noch zu der Regierungszeit von sozialdemokratischen Kanzlern wie Willy Brandt und Helmut Schmidt war. Diese Erfahrung hatte bereits Gerhard Schröder machen müssen. Ich halte das Potential an Wechselwählern und das mobilisierbare Potential an Nichtwählern für so stark, dass in etwa 10 Jahren eine Mehrparteienkoalition im linken Spektrum auch ohne die SPD eine Regierung zu stellen in der Lage sein könnte und halte es auch nicht für ausgeschlossen, dass die SPD eine weitere Abspaltung erfahren wird, wenn weiter so autoritär und elitär mit kritischen Meinungen umgegangen wird. Selbst eine kommunistische Fraktion im Bundestag halte ich in wenigen Jahren für denkbar. Ich denke daher: Die SPD braucht eher mich, als ich sie!

¹⁵⁸Vgl. Schlieben, Michael: Franz Walter im Interview - „Die SPD wird nie wieder Volkspartei“, in: ZEIT ONLINE vom 07. April 2010, online unter: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2010-03/interview-franz-walter-spd>

¹⁵⁹<http://www.wahlrecht.de/umfragen/index.htm> (Aktuell: vom 04. August 2012)

Schätzt man das Wählerpotential der Grünen bundesweit großzügig mit 20% und das der Piratenpartei und der Linkspartei mit je 15%, so wäre das bereits eine linke Mehrheit in Deutschland, ohne die SPD. Das ist auch nicht utopisch, sondern könnte bei der Volatilität in den Wahlumfragen bei stärkerer Mobilisierung von Nichtwählern bereits bei der Bundestagswahl 2013 so sein. Wer so borniert ist und das nicht zur Kenntnis nehmen will, ist schlicht und einfach dumm und naiv. Dann hilft auch eine Große Koalition nichts mehr, um die SPD an der Macht zu halten. Aber bitte: Wenn die SPD sich weiter selbst ins Abseits stellen will. Mein Fehler war es dann nicht. Ich habe auf kritische Punkte hingewiesen, auch gerade in diesem Essay. Und das finde ich sehr solidarisch von mir.

Ich wäre wirklich untröstlich, wenn die SPD sich mit mir nicht über die Veränderung in der Bildungs-, Sozial- und Wirtschaftspolitik als Mitglied streiten möchte, wo es doch bereits jetzt drei wählbare Alternativen im linken Parteien-Spektrum gibt, die die SPD ablösen könnten. Eine Vasallen-Organisation des US-Imperialismus schließt mich aus? Hilfe! Sowohl die Grünen als auch die Piratenpartei kommen medial als frischer und offener rüber und suchen den Diskurs mit den Bürgern, auch ohne jeglichen Seitenhieb auf die SPD. Die Linke hat zwar interne Probleme, aber offensichtlich stört es weder die Wähler noch die Mitglieder, wenn man diesen Meinungsstreit offen und auch medial für die gesamte Bevölkerung austrägt. Wenn die SPD-Elite weiter junge Intellektuelle penetriert und versucht, ihnen eine altbackene Ideologie aufzuzwingen und stattdessen den Schulterchluss mit den dekadenten Juso-Yuppies und evangelikalen Ideologen des US-Imperialismus sucht, die politisch katastrophalen Unsinn verbreiten, der deutschen und europäischen Interessen schadet, muss sie sich nicht wundern, wenn viele der politischen jungen Menschen, die eben eine andere Generation als die 68er sind, sozusagen radikal ohne gewalttätig zu sein, sich eher anderen Parteien anschließen.

Ich bin jedoch bewusst in die SPD eingetreten, weil ich gerade die Sicherheits-, Verteidigungs- und Außenpolitik die von vielen Mitgliedern der Grünen und der Linken zu ideologisch und von den Piraten bisher noch gar nicht thematisiert wird, für falsch halte und auch die rein pro-amerikanische Außenpolitik der CDU für höchst fragwürdig, sondern mich eher den außenpolitischen Vorstellungen des Ex-Bundeskanzlers Gerhard Schröder vor allem in Bezug auf das Verhältnis zum neuen Russland anschließen würde¹⁶⁰ und weil ich auch im Europaparlament eine linke Mehrheit zusammen mit Sozialdemokraten, Grünen, Europäischer Linken und der Piratenpartei organisieren möchte, damit es endlich auch eine europäisch koordinierte Steuer- und Sozialpolitik gibt und vor allem eine europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die die NATO überflüssig macht.

Die SPD ist hier in dieser Frage zu national und kleinkariert, wenn sie nicht erkennt, dass kritische Meinungen und Forschungsergebnisse durch Mitglieder, bisweilen auch deutliche Worte nutzbringend auch für sie sind. Die Ergebnisse meiner politikwissenschaftlichen Forschung kann ich auch ohne SPD-Parteibuch in den gesellschaftlichen Diskurs bringen. Für mich persönlich ist als Wissenschaftler ein Parteibuch ohnehin nicht unbedingt ein Vorteil. Ich möchte aber, dass die SPD weiterhin eine wichtige Rolle spielt bei Koalitionsbildungen in Deutschland und Europa, damit sich in der Sicherheits-, Außen- und Verteidigungspolitik nicht die Gutmenschen mit ihrem „avanti dilettanti“, wie es der ehemalige Bundesaußenminister Joseph Fischer einmal so zutreffend erläutern hatte, durchsetzen. Auch im Politikfeld der Zuwanderungspolitik hatte ich bisher in die SPD mehr Vertrauen gesetzt, als in die Partei DIE LINKE. oder die Grünen und deshalb unterstütze ich auch die deutlichen und mahnenden Worte des Neuköllner Bezirksbürgermeisters Heinz Buschkowsky und sehe auch die Ausführungen von Dr. Thilo Sarrazin in diesem Bereich als, wenn auch

¹⁶⁰Vgl. Schröder, Gerhard: A Robust Vision of Europe for the 21st Century: For a United States of Europe That Includes Turkey and Is Linked to Russia, in: Huffington Post vom 10. Oktober 2011, online unter: http://www.huffingtonpost.com/gerhard-schroder/united-states-of-europe-_b_1003319.html

kritikwürdigen, so doch nutzbringenden Beitrag für den innerparteilichen Diskurs.

Ich lasse mich nicht, jedenfalls nicht so einfach, von homophoben religiösen Gewalttätern, von autoritären Personen und Terroristen aus der Sozialdemokratischen Partei ausschließen und werde deshalb alle mir verfügbaren Mittel nutzen, um mich gegen dieses Parteiordnungsverfahren zur Wehr zu setzen. Ich bin und bleibe ein wissenschaftlicher Sozialist in der Tradition von Karl Marx und Friedrich Engels und wenn Gesinnungsfaschisten in meiner Abteilung nicht begreifen, dass es Fortschritt für die Interessen des Deutschen Volkes und für uns Europäer nur mit Logik und Erkenntniskritik gibt, sind sie das Problem und nicht ein linker Kritiker, wie ich. Und ich bleibe dabei: Die SPD müsste mir eher einen Lehrstuhl mit anbieten, als mir mit dem Ausschluss zu drohen!

Eine Partei die nicht nur zehntausende alte Stasi-Kader nach der Wende, wie etwa Manfred Solpe, Wolfgang Tiefensee oder Wolfgang Thierse, sondern bereits nach 1945 zehntausende alte Nazi-Kader wie Erhard Eppler, Helmut Schmidt und Egon Bahr und in den letzten Jahren unzählige islamistische Ideologen aufgenommen und zu honorigen Persönlichkeiten gemacht hat, kann einen sozialistischen wissenschaftlichen Kritiker wie mich allemal ertragen, zumal ich stets freundlich, zuvorkommend und loyal zu den GenossInnen in meinem Umfeld war und bin.

Wenn man sich da an Klaus-Uwe Benneter erinnert, der einst aus der SPD ausgeschlossen wurde, weil er in der CDU den Klassenfeind ausgemacht hatte, so muss man doch heute konstatieren, dass nicht nur das richtig war, sondern auch die SPD höchstselbst zum Klassenfeind für das Proletariat geworden ist. Rationaler Egoismus für die gesellschaftliche Mittel- und Oberschicht, ein ideologisches Relikt aus dem Nationalsozialismus, ist die neue Leitlinie für die neoliberalen Komsomolzen in der sozialdemokratischen Partei-Elite und hat zur Ellenbogengesellschaft geführt, weil man sich in einer Gesellschaft mit antagonistischen Klassengegensätzen als Besserverdiener immer eher durchsetzt, als als sozial Ausgegrenzter. Alle gegen Alle und Jeder gegen Jeden ist das menschenverachtende Prinzip das durch sozialdemokratische Politik gefördert wurde. Im Falle meines Parteiordnungsverfahrens alle gegen mich und damit alle gegen die Wahrheit! Das ist das Ergebnis der neoliberal-evangelikalischen Gleichschaltung der SPD seit Bad Godesberg. Das Ergebnis der politischen Penetration und Indoktrination der Partei und der deutschen Gesellschaft durch US-amerikanische Terroristen, die ihre Ideologie über die NATO ihren Satellitenstaaten aufzwingen.

Der SPD-Bundesvorstand und die SPD-Bundestagsfraktion können mir gerne durch ihr politisches Handeln beweisen, dass ich mich hier in meinem wissenschaftlichen Werturteil getäuscht habe. Man darf mich hier gerne auch mit induktiver Logik widerlegen. Ich bezweifle, dass dies auch nur ein einziger Sozialdemokrat kann. Gerne kann man mir als erwerbslosem Wissenschaftler ein besseres Politikangebot unterbreiten, als den Vorschlag der Partei DIE LINKE., die Sanktionen für Hartz4-Betroffene aufzuheben, damit ich hier endlich ohne Penetration arbeiten kann. Ich warte darauf täglich. Gerne würde ich auch den Mindestlohn für meine Arbeit bekommen. Leider bewegt sich der SPD-Bundesvorstand in diesem Politikfeld in keiner Weise, was ich als eine Ursache für die Erosion der SPD bei den Wählern und den Mitgliederschwund in den letzten Jahren sehe.

In der SPD sind nur scheiß Gammelpenner, die der Bevölkerung das Geld vorenthalten und sich selbst auf Kosten der Staatskasse vollfressen, mir das Forschungsgeld stehlen und nicht einmal rational argumentieren können, sondern nur normatives Ethik-Gekotze anzubieten haben und deshalb ist die SPD auch nicht in der Lage zu regieren.

Deshalb ist DIE LINKE. zu wählen auch das Ergebnis von induktiver Logik, in jedem Fall zumindest dann, wenn man zu den Unterdrückten und Ausgebeuteten in dieser Gesellschaft gehört.

Die SPD ist nicht sozial und kann es nicht sein, weil sie zu religiös ist. Religiöse Scheiß-Penner sollen ihren Glauben in den Religionsgemeinschaften leben und in der Partei Sachpolitik machen oder sich verdrücken, weil sie nur stören und nicht gebraucht werden.

Dieses Parteiordnungsverfahren gegen mich halte ich für eine Schande für die Sozialdemokratische Partei, die sich mir im Moment nicht besser darstellt, als die NPD: eine antisemitische und homophobe Kaderpartei, die auf dem Weg ist, die NSDAP zu werden: imperial, patriarchal, evangelikal, pro-kapitalistisch und faschistoid – gemeinsam mit Islamisten gegen die deutsche Mehrheitsbevölkerung und gegen die (israelischen) Juden. Vor 1945 gab es die Gaskammer für Andersdenkende, heute wird die deutsche Bevölkerung über die Drangsalierungen durch die Jobcenter und die Sanktionen im SGB unterdrückt, seiner staatsbürgerlichen Rechte beraubt und damit letztlich dahingerafft. Das wird garniert mit einer politischen Hetzkampagne des Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel gegen die israelische Demokratie, die Hetze des PES-Vorsitzenden Sergei Stanischew gegen Homosexuelle und das Bekenntnis des designierten Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück zur Fortsetzung der kapitalistischen Ausbeutung durch die „soziale“ Marktwirtschaft. Das ist das Ergebnis der politischen Penetration der deutschen Politik durch die USA und ihrer terroristischen Schläfer in Europa.

Auch damit argumentiere ich auf der Grundlage des Hamburger Programms, wo ausgeführt wird:

„Der globale Kapitalismus häuft große Mengen an Kapital an, die aber nicht zwangsläufig neuen Wohlstand erzeugen. Entfesselte Finanzmärkte bringen Spekulation und Erwartungen hervor, die einer nachhaltigen und langfristig ausgerichteten Wirtschaftsweise entgegenstehen. Wo das einzige Ziel die schnelle und hohe Rendite ist, werden allzu oft Arbeitsplätze vernichtet und Innovationen verhindert. Kapital muss der Wertschöpfung und dem Wohlstand dienen.

Mit der Globalisierung verschmilzt die Welt immer mehr zu einem einzigen Markt. Die wirtschaftliche Macht konzentriert sich in global agierenden Unternehmen, Banken und Fonds. Transnationale Unternehmen planen ihre Gewinnstrategien über alle Grenzen hinweg, sie unterlaufen demokratisch legitimierte Entscheidungen. Die Nationalstaaten, selbst die größten unter ihnen, drohen zu bloßen Standorten zu werden, die um Investitionen des globalen Kapitals konkurrieren. Daher müssen sich Nationalstaaten zusammenschließen und ihren Einfluss gemeinsam stärken.

Europa hat diesen Weg eingeschlagen. Ein soziales Europa kann Vorbild auch für andere Teile der Welt werden.“¹⁶¹

Die Ideologie der „soziale Marktwirtschaft“ ist konservativ-neoliberale Agitation zur Erhaltung des status quo. Ein soziales Europa bedeutet für mich in erster Linie eine europäisch koordinierte Steuer- und Sozialpolitik, die auf mehr Umverteilung von Oben nach Unten setzt. Außerdem würde ich auch die Migrationspolitik europäisch koordinieren und tendenziell eine gesteuerte Zuwanderung favorisieren, selbstverständlich unter Beachtung des deutschen Grundrechts auf Asyl für politisch Verfolgte.

Wenn autoritäre Persönlichkeiten und Gutmenschen, wie etwa der SPD-Bundestagsabgeordnete Sebastian Edathy weiterhin so blauäugig im Umgang mit Asylanten-Kohorten, der jugoslawischen, Araber- und Türkenmafia sind, droht dank dieser naiven Gesinnung ein Aufkommen von neuen reaktionären Parteien und Gruppierungen vor allem im Europaparlament.

161Das Hamburger Programm der SPD, S. 7f., online unter:
http://www.spd.de/linkableblob/1778/data/hamburger_programm.pdf

Bereits jetzt wird in den Parteien jeder diskriminiert, der Migrations-Probleme lediglich benennt. Es kann nicht sein, dass die Islamisten-Mafia und der Perser-Pöbel uns hier auf der Nase herumtanzen. Deutschland muss sich befreien aus der Schuldknechtschaft. Es kann nicht sein, dass wir unser Land an die Mafia des Muselmanns verschenken, aus falsch verstandenem Reue-Gefühl und deutschem Selbsthass einen Schuldskult inszenieren, der ähnlich anmutet, wie der verordnete Antifaschismus in der DDR, nur unter anderen Vorzeichen. Es ist richtig zu den Abgründen der deutschen Geschichte zu stehen, aber es ist mit Sicherheit falsch, sich selbst zu verleugnen. Das gilt vor allem für ein Deutschland das integriert ist in unser freies Europa.

Neonazis, 68er-Altideologen, Multikulti-Fanatiker, Gesinnungsethiker, wohlstandsverwahrloste Konservative, asoziale Neoliberaler, Lakaien des US-Imperialismus und Gutmenschen machen verbrannte Erde mit Deutschland und der deutschen Bevölkerung wird der Islamisten-Mob regelrecht auf den Hals gehetzt.

Wer sich seines eigenen Verstandes bedient und weiter denkt für das Wohl der Bevölkerung in unserem Land, wird in der SPD schikaniert, drangsaliert, bedroht, seiner Mitgliederrechte beraubt und letztlich ausgeschlossen. Das ist erbärmlich und zeigt mir, dass ich mit meinem Essay genau den richtigen Nerv getroffen habe. Genau das ist es, was die SPD braucht: Einen kritischen Diskurs über neue Wege in der Sozialpolitik, eine neue Bewegung in der Mitgliedschaft und eine Veränderung der Programmatik durch die Abkehr von neoliberalen und religiösen Dogmen.

Und ich bleibe auch ausdrücklich dabei, dass Kommunismus für mich das Endziel der Geschichte ist, denn ich bleibe beim historischen Materialismus und beim dialektischen Materialismus von Karl Marx, weil dieser das Ergebnis von formaler induktiver Logik ist. Dies sehe ich für jeden Staatsbürger auch als Pflicht an, weil das Ergebnis dieser Logik in Einzelbereichen des menschlichen Lebens bereits in der UN-Charta der Menschenrechte als normatives Ziel festgelegt ist.

Ein solche Positionierung für Kommunismus ist meines Erachtens auch kein Widerspruch mit dem Hamburger Programm der SPD. Hier heißt es:

„Der Wille zur Freiheit machte den Bruch mit den Kommunisten unausweichlich. Die Wiedergründung der Sozialdemokratie in der DDR war ein Signal für die Freiheit.“¹⁶²

Hier wird mit Kommunisten jedoch die Form der Herrschaft gemeint. Nämlich die Räterepublik unter Führung einer Partei mit leninistischem Parteaufbau nach dem vermeintlich historischem Vorbild der Pariser Kommune. Diese Form der Herrschaft ist die Einparteiendiktatur nach dem Vorbild der Sowjets, der Bolschewiki. Karl Marx und auch Friedrich Engels haben diese Form der Herrschaft nirgendwo in ihrem Werk angestrebt oder idealisiert. Der Real-Kommunismus war eben die Entartung der marxistischen Theorie, die ursprünglich hauptsächlich empirisch-analytische Sozialforschung unter Anwendung der induktiven Logik war. Die allumfassende und für alle Menschen im Machtbereich der Komintern verpflichtende Staatsideologie des Marxismus-Leninismus war dagegen nichts weiter als quasi-religiöse Gesinnung die den Einzelnen in seiner Entwicklung und Freiheit über Gebühr beschnitten hat. Letztlich ist Marxismus-Leninismus eine politische Religion, die eben das Gegenteil von Kommunismus, das Gegenteil von Freiheit, Individualismus und Gleichheit ist, so wie Karl Marx und Friedrich Engels und viele andere sozialistische und kommunistische Theoretiker sie beschrieben haben.

162Das Hamburger Programm der SPD, S. 12, online unter:
http://www.spd.de/linkableblob/1778/data/hamburger_programm.pdf

Die SPD ist im Moment mehrheitlich nur ein Mob von asozialen Kreuzfaschisten, Islamisten und verblödeten Gamlern, der mich bei meiner Forschung mit reaktionärer Gesinnung penetriert und auch noch frech wird, wenn man ihm die Wahrheit sagt. Genauso totalitär, antisemitisch und voll verblödet wie Linksruck/Marx21. Ein Ausschluss würde mich derzeit 2,50 Euro und eine Menge Nerven und Zeit sparen. Alle relevanten Informationen über die Partei hatte ich ohnehin auch vorher schon. Ich könnte die Partei auch von außen beobachten und genügend finanzielle Ressourcen vorausgesetzt sogar politisch steuern, muss es aber nicht. Für die SPD hingegen bin ich als Mitglied unbezahlbar und sollte mich die Partei ausschließen, könnte ich auch später nie wieder zurückkehren und auch gegen sie arbeiten und selbst dabei wäre ich noch sozialdemokratisch. Ich bezweifle, dass die SPD sich das angesichts ihres desolaten Zustands leisten kann.

Ich lasse mich nicht von autoritären Persönlichkeiten, Gesinnungsethikern und Gutmenschen zu falschen und reaktionären Werturteilen erpressen und zum Sündenbock für ihr eigenes Fehlverhalten machen und ich lasse mich von reaktionärem Pack nicht ausschließen, denn so ROT wie ich, ist in Deutschland kaum ein Anderer.

Die SPD ist momentan unbelehrbar, unveränderbar und unwählbar. Evangelikal, patriarchal, neoliberal, asozial und abnormal – rassistisch, antisemitisch, nationalistisch, homophob und faschistoid, wie die Mehrheit der US-Amerikaner. Deshalb ist es doch eigentlich gut, dass ich hier Mitglied bin, um dies zu ändern.

Darum sollten die SPD-Mitglieder endlich einsehen: Der US-Imperialismus ist nicht unser Gott! Das Volk ist die Staatsmacht. Drum lasst das Morden sein im Namen von Demokratie und Freiheit, wenn ihr doch Raub von Ressourcen und Ausbeutung meint. Die SPD sollte die Interessen des gesamten Volkes vertreten und nicht die Partikularinteressen ihrer Mitglieder, weil das eben asozial ist.

Wenn die SPD weiterhin die besten deutschen Wissenschaftler ausschließt und nur reaktionäre Gesinnungsethiker auf die Lehrstühle setzt, werden bald auch hier nur noch Plagiate produziert, wie in der CDU und der FDP und mit unserem Deutschland geht es bergab.

6. Quellenverzeichnis

Bibel, 3. Buch Mose 24:20, online unter: <http://www.bibleserver.com/#/text/LUT/3.Mose24>

Bebel, August, zit. nach: Schraepler, Ernst: Bebel.

Besters, Hans: Neoliberalismus., in: Vaubel, Roland / Barbier, Hans D. (Hrsg.): Handbuch Marktwirtschaft. Neske, 1986.

<http://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/42102/zahlen-und-fakten>

Chomsky, Noam: Neoliberalismus und Globale Weltordnung, in: Dinge der Zeit, 1997, online unter: <http://www.chomskyarchiv.de/vortrage/neoliberalismus-und-globale-weltordnung>

Coolsaet, Rik: The Social Democratic Malaise and World Politics, in: FES, online unter: http://library.fes.de/pdf-files/ipg/ipg-2009-1/09_a_coolsaet_us.pdf

Das Hamburger Programm der SPD, online unter: http://www.spd.de/linkableblob/1778/data/hamburger_programm.pdf

Das Heidelberger Programm der SPD, online unter: <http://www.marxists.org/deutsch/geschichte/deutsch/spd/1925/heidelberg.htm>

Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/10331 vom 19. Juli 2012, S. 2, online unter: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/103/1710331.pdf>

Deutschland 2020: So wollen wir morgen leben - Bausteine eines Modernisierungsprogramms, in: spdfraktion.de vom 13. September 2012, online unter: http://www.spdfraktion.de/sites/default/files/spd_d20_web.pdf

Die Zehn Gebote Gottes, online unter: <http://kath-zdw.ch/maria/gebote.html>

<http://www.duden.de/rechtschreibung/Demokratie>

<http://www.duden.de/rechtschreibung/Pogrom>

<http://www.duden.de/rechtschreibung/Pogromstimmung>

http://www.duden.de/rechtschreibung/Rotte_Gruppe_Schar

Engels, Friedrich: Über den Antisemitismus, in: Karl Marx/Friedrich Engels - Werke. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Band 22, 3. Auflage 1972, unveränderter Nachdruck der 1. Auflage 1963, Berlin/DDR., online unter: http://www.mlwerke.de/me/me22/me22_049.htm

Erfurter Programm der SPD von 1891, online unter: <http://www.marxists.org/deutsch/geschichte/deutsch/spd/1891/erfurt.htm>

Erhard, Ludwig / Hohmann, Karl: Gedanken aus fünf Jahrzehnten: Reden und Schriften. ECON Verlag, 1988, ISBN 978-3-430-12539-0.

Frank, Michael: Der SPD-Wahlkampf in Neukölln und die „Buschkowsky-Jugend“, in: www.michael-frank.eu vom 12. Oktober 2012, online unter: <http://www.michael-frank.eu/Essays/2011-10-12-Buschkowsky-Jugend.pdf>

Frank, Michael: Die arabische Mafia hält Berlin mit Heroin im Würgegriff, in: www.michael-frank.eu vom 27. Februar 2011, online unter: <http://www.michael-frank.eu/Artikel/2011-02-27-Die-arabische-Mafia-Berlin.pdf>

Frank, Michael: Die geopolitische Wende organisieren! – Für ein Ende der Weltherrschaft der USA!, in: www.michael-frank.eu vom 01. Januar 2012, online unter: <http://www.michael-frank.eu/Essays/2012-01-01-Die-geopolitische-Wende-organisieren.pdf>

Frank, Michael: Die Mafia regiert Neukölln!, in: www.michael-frank.eu vom 11. Dezember 2010, online unter: <http://www.michael-frank.eu/Artikel/2010-12-11-Die-Mafia-regiert-Neukoelln.pdf>

Frank, Michael: Die SPD Neukölln ist die richtigrote Volkspartei – Neue KandidatInnen aufgestellt, in: www.michael-frank.eu vom 01. Dezember 2010, online unter: <http://www.michael-frank.eu/Artikel/2010-12-01-Die-SPD-Neukoelln-ist-die-richtigrote-Volkspartei.pdf>

Frank, Michael: Linke Solidarität mit Syrien und Iran?, in: www.michael-frank.eu vom 30. Januar 2012, online unter: <http://www.michael-frank.eu/Essays/2012-01-30-Linke-Solidaritaet-mit-Syrien-und-Iran.pdf>

Frank, Michael: Linksruck/Marx21 – Ein antisemitischer Störtrupp, in: www.michael-frank.eu vom 23. März 2009, online unter: <http://www.michael-frank.eu/wp-content/uploads/2010/04/2009-03-23-Linksruck-Marx21-Ein-antisemitischer-Stoertrupp.pdf>

Frank, Michael: Rechtspopulisten von Pro Deutschland setzen Islam und Islamismus gleich und gefährden moderne Integrationspolitik, in: www.michael-frank.eu vom 30. Dezember 2010, online unter: <http://www.michael-frank.eu/Fachartikel/Rechtspopulisten-Pro-Deutschland.pdf>

Frank, Michael: Über die SPD-Bundestagsfraktion, in: www.michael-frank.eu vom 02. April 2012, online unter: <http://www.michael-frank.eu/Artikel/2012-04-02-Ueber-die-SPD-Bundestagsfraktion.pdf>

Frank, Michael: Wer sozialen Fortschritt will, muss DIE LINKE. wählen, www.michael-frank.eu vom 25. Mai 2012, online unter: <http://www.michael-frank.eu/Essays/2012-05-25-Wer-sozialen-Fortschritt-will.pdf>

Frank, Michael: Wer wird 2013 sozialdemokratischer Kanzler?, in: www.michael-frank.eu vom 14. Oktober 2011, online unter: <http://www.michael-frank.eu/Artikel/2011-11-14-Wer-wird-2013-Kanzler.pdf>

Frank, Michael: Wir Sozialdemokraten wollen mehr Demokratie wagen, in: www.michael-frank.eu vom 26. November 2009, online unter: <http://www.michael-frank.eu/Artikel/2009-11-26-Wir-Sozialdemokraten-wollen-mehr-Demokratie-wagen.pdf>

Frank, Michael: Zum politischen System der Islamischen Republik Iran, in: www.michael-frank.eu vom 03. Dezember 2011, online unter: <http://www.michael-frank.eu/Fachartikel/2011-12-03-Zum-Politischen-System-der-Islamischen-Republik-Iran.pdf>

Frank, Michael: Zum Urteil gegen „Pussy Riot“ - Russlands Demokratie und Rechtsstaat in schlechtem Zustand, in: www.michael-frank.eu vom 25. August 2012, online unter: <http://www.michael-frank.eu/Fachartikel/2012-08-25-Pussy-Riot.pdf>

Foucault, Michel: Von der Subversion des Wissens, 1974.

Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, online unter: http://www.gesetze-im-internet.de/stug/___16.html und http://www.gesetze-im-internet.de/stug/___12.html

Gothaer Programm der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands von 1875, online unter: <http://www.marxists.org/deutsch/geschichte/deutsch/spd/1875/gotha.htm>

Görlitzer Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands von 1921, online unter: <http://www.marxists.org/deutsch/geschichte/deutsch/spd/1921/goerlitz.htm>

Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, online unter: <http://www.gesetze-im-internet.de/gg/BJNR000010949.html#BJNR000010949BJNG000100314>

Hilfe für Kinder: Verfassungsrichter wollen Hartz IV an der Menschenwürde messen, in: Spiegel Online vom 20. Oktober 2010, online unter: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/hilfe-fuer-kinder-verfassungsrichter-wollen-hartz-iv-an-menschenwuerde-messen-a-656118.html>

Lenin, Wladimir I.: Sozialismus und Religion, 1905, online unter: <http://www.marxists.org/deutsch/archiv/lenin/1905/12/religion.html>

Liebknecht, Wilhelm: Über die politische Stellung der Sozialdemokratie, insbesondere mit Bezug auf den Norddeutschen „Reichstag“ (1869); referiert bei Wolfgang Schieder: Sozialismus. In: Otto Brunner, Werner Conze, Reinhart Koselleck (Hrsg.): Geschichtliche Grundbegriffe Bände 1 - 8. 2004

Limpert, Martin: Aktueller Begriff: Parteiausschluss, online unter: <http://www.bundestag.de/dokumente/analysen/2008/parteiausschluss.pdf>

Lösche, Peter: Ende der Volksparteien – Essay, in: Bundeszentrale für Politische Bildung vom 03. Dezember 2009, online unter: <http://www.bpb.de/apuz/31526/ende-der-volksparteien-essay?p=all>

Marx, Karl: Das Kapital. 1867. In: MEW Band 23.

Marx, Karl: Einleitung zur Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie; in: Deutsch-Französische Jahrbücher 1844, S. 71f, zitiert nach MEW Band 1.

Marx, Karl: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. 1858. In: MEW Bd. 42.

Marx, Karl/Engels, Friedrich: Manifest der Kommunistischen Partei, online unter: <http://www.marxists.org/deutsch/archiv/marx-engels/1848/manifest/4-stelkomm.htm>

Marx, Karl: Ökonomisch-philosophische Manuskripte aus dem Jahre 1844., in: MEW Band 40.

Nach dem Bush-Hitler-Vergleich: Ministerin Däubler-Gmelin tritt ab, in: Spiegel Online vom 23. September 2002, online unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/nach-dem-bush-hitler-vergleich-ministerin-daeubler-gmelin-tritt-ab-a-215291.html>

Oelrich, Christiane: Interview mit Joseph Stiglitz zur Euro-Krise: „Der Sparzwang war ein Fehler“, in spd.de vom 01. Juni 2012, online unter: http://www.spd.de/aktuelles/News/72804/20120601_interview_stiglitz_euro_krise.html

Organisationsstatut der Sozialdemokratischen Partei, online unter: <http://www.spd-berlin.de/landesverband/organisationsstatut.pdf>

Özoguz, Aydan: Özoguz: Niemand darf Angst haben, religiös zu sein und seine Religion auszuleben, Pressemitteilung 279/12, in: spd.de vom 30. August 2012, online unter: http://www.spd.de/aktuelles/Pressemitteilungen/75512/20120830_oezoguz_zu_angriff_rabbiner.html;jsessionid=443A8E3DF49CD4E8CF78B3451ED3665B

Recht auf Würde, in: Amnesty Journal 10/11 2012.

Rüstow, Alexander: Vortrag Freie Wirtschaft, starker Staat von Alexander Rüstow auf der Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik im September 1932 in Dresden, veröffentlicht in Alexander Rüstow, Walter Horch (Hrsg.): Rede und Antwort. 21 Reden und viele Diskussionsbeiträge aus den Jahren 1932 bis 1963. 1963.

Schiedsordnung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, online unter: <http://www.spd-berlin.de/landesverband/organisationsstatut.pdf>

Schlieben, Michael: Franz Walter im Interview - „Die SPD wird nie wieder Volkspartei“, in: ZEIT ONLINE vom 07. April 2010, online unter: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2010-03/interview-franz-walter-spd>

Schröder, Gerhard: A Robust Vision of Europe for the 21st Century: For a United States of Europe That Includes Turkey and Is Linked to Russia, in: Huffington Post vom 10. Oktober 2011, online unter: http://www.huffingtonpost.com/gerhard-schroder/united-states-of-europe-_b_1003319.html

Schuler, Katharina: Hartz IV – Arbeiten fürs Essen, in: ZEIT ONLINE vom 17. Mai 2006, online unter: <http://www.zeit.de/online/2006/20/Schreiner>

Schumacher, Kurt: Reichstagsrede 23. Februar 1932.

Schwarz, Moritz: „Nicht herumschubsen lassen“. Bernd Rabehl über das 7. Berliner Kolleg, Tabuisierung als „Extremismus im demokratischen Gewand“ und den Fall Hohmann; Junge Freiheit, Ausgabe vom 28. Mai 2004, online unter: <http://www.jungefreiheit.de/Single-News-Display-Archiv.525+M58ddb51b92.0.html?PHPSESSID=7dcbea0faa4cb056c714ef7ceb5ab314>

Stern, Maram: SPD-Chef vergleicht Israel mit Apartheid-Regime: Eine diplomatische Granate namens Sigmar Gabriel, in: FOCUS Online vom 15. März 2012, online unter: http://www.focus.de/politik/ausland/spd-chef-sorgt-ueber-facebook-fuer-aerger-gabriel-wirft-israel-apartheidspolitik-vor_aid_724483.html

Thilo Sarrazin im Gespräch: Klasse statt Masse, in: Lettre International Heft 86, online unter: http://www.pi-news.net/wp/uploads/2009/10/sarrazin_interview1.pdf

Vorwärts 07/08 2012.

<http://www.wahlrecht.de/umfragen/index.htm> (Aktuell: vom 04. August 2012)

Wiemken, Jochen: Interview mit Michel Friedman: „Schnell Rechtssicherheit schaffen!“, in: spd.de vom 19. Juli 2012, online unter: http://www.spd.de/aktuelles/News/74280/20120719_interview_michel_friedmann_beschneidungsd_ebatte.html

http://de.wikipedia.org/wiki/Bar%C4%B1%C5%9F_ve_Demokrasi_Partisi

http://de.wikipedia.org/wiki/Cumhuriyet_Halk_Partisi

http://de.wikipedia.org/wiki/Demokratik_Sol_Partisi

http://de.wikipedia.org/wiki/%C3%96zg%C3%BCrl%C3%BCK_ve_Dayan%C4%B1%C5%9Fma_Partisi

Herrn
Michael Frank
Blumberger Damm 6
12683 Berlin

Einschreiben/Rückschein

Berlin, 02.08.2012

Parteiordnungsverfahren

Lieber Genosse Frank,

die Abteilung 5 (SPD-Hermannstraße) des Kreises Neukölln hat bei der Kreis-schiedskommission gem. § 35 Abs. 2 Nr. 4 des Organisationsstatutes Deinen Aus-schluss aus der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands beantragt. Die Kreis-schiedskommission wird sich in der 33. Kalenderwoche konstituieren und dann zur mündlichen Verhandlung laden.

Mit freundlichen Grüßen



Yvonne Opprower
Geschäftsführerin

Anlagen

- Antrag der Abt. 5
- Schiedsordnung der SPD

Berlin, 7. Juli 2012

SPD Berlin-Neukölln
- Schiedskommission -
Sonnenallee 124
12045 Berlin

**Parteiordnungsverfahren gegen unser Mitglied Michael Frank
Mitgliedsnummer 70220091, wohnhaft Blumberger Damm 6, 12683 Berlin**

Liebe Genossinnen und Genossen der Schiedskommission,

Auf der Sitzung unseres Abteilungsvorstandes am 5. Juni 2012 wurde einstimmig beschlossen:

Die 5. Abteilung (SPD Hermannstraße) des Kreises Neukölln beantragt gem. § 35 Abs. 2 Nr. 4 Organisationsstatut den Ausschluss des o. g. Mitgliedes Michael Frank, weil dieser erheblich gegen die Grundsätze und die Ordnung der Partei verstoßen hat und dadurch schwerer Schaden für unsere Partei entstanden ist.

Begründung:

Michael Frank veröffentlichte auf seiner Internetseite michael-frank.eu am 25. Mai 2012 einen von ihm verfassten Artikel („Essay“) mit dem Titel „Wer sozialen Fortschritt will, muss DIE LINKE wählen“ (s. Anlage). Wir möchten auf folgende Äußerungen verweisen, die unseres Erachtens die Grundsätze der Partei verletzen, insbesondere das Gebot der innerparteilichen Solidarität außer Acht lassen:

1. Der bereits genannte Titel „Wer sozialen Fortschritt will, muss DIE LINKE wählen.“
2. Seite 1, 4. Absatz: „Die Ursache ist für mich hier die Unterwanderung und Penetration der SPD von und durch Kader der Ökumene und des Großkapitals.“
3. Seite 2, 1. Absatz: „So und durch viele andere Maßnahmen wird das evangelikale Patriarchat innerhalb der SPD durchgesetzt, was die SPD zu einer verfassungsfeindlichen Partei macht. Wer die SPD verändern will, muss gegenwärtig schlicht und einfach Zweidrittel der Mitglieder ausrotten, um überhaupt einen demokratischen Diskurs über die dringendsten Probleme dieser Gesellschaft führen zu können. Die SPD hätte einen Stalin bitter nötig – antiautoritär selbstverständlich.“
4. Seite 4, letzter Absatz: „Ändert die SPD noch ihre Programmatik und trennt sich endlich von ihren Reaktionären, neoliberalen Lobbyisten-Pack und religiösen Hardlinern, so könnte sie die ‚Neue Mitte‘ innerhalb des Parteiensystems sein, (...)“
5. Seite 7, 4. Absatz: „Deshalb möchte ich in der SPD eine Pogrom-Stimmung gegen Neoliberale, gegen Christen, gegen Lakaien des US-Imperialismus und gegen Kriegstreiber in der SPD-Mitgliedschaft erzeugen, um die SPD wieder zu einer sozialistischen Partei umzuformen, (...)“

Wir möchten die zitierten Äußerungen nicht kommentieren, sie sprechen für sich.

Wir sehen Eurer Antwort entgegen und verbleiben
mit solidarischen Grüßen

Für den Abteilungsvorstand
gez. Erol Özkaraca

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Ingrid Koch', written in a cursive style.

Ingrid Koch



Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Landesverband Berlin, Kreis Neukölln
Vorsitzender der Schiedskommission

Einschreiben - Rückschein

Berlin, den 23.08.2012

Herrn
Michael Frank
Blumberger Damm 6
12683 Berlin

Ladung

In dem Parteiordnungsverfahren

der Abteilung 05 - Hermannstrasse
des Kreises 08 - Neukölln
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands,
Landesverband Berlin,
vertreten durch Herrn Erol Özkaraca

Antragsteller

gegen

das Mitglied Michael Frank
Adresse: Blumberger Damm 6, 12683 Berlin
ggf. vertreten durch...

Antragsgegner

wegen parteischädigender Veröffentlichungen auf seiner Internetseite, die das Gebot der innerparteilichen Solidarität außer Acht lassen

ist der Termin zur mündlichen Verhandlung auf

Donnerstag, 20.09.2012, 18.00 Uhr

SPD-Geschäftsstelle, Sonnenallee 124, 12045 Berlin

anberaumt worden.

Du wirst

- als Antragsgegner

zu diesem Termin geladen.

Die Schiedskommission entscheidet in der Besetzung:

Jürgen Kriebel, Vorsitzender
Angela Knuth, Stellv. Vorsitzende
Jonny Gollnick, Stellv. Vorsitzender

SPD-Berlin-Neukölln
Sonnenallee 124
12045 Berlin

Telefon: 030-6872159
Fax: 030-6868082

info@spd-neukoelln.de

Die Mitglieder der Schiedskommission können von jedem Beteiligten wegen Besorgnis der Befangenheit abgelehnt werden, wenn ein Grund vorliegt, der geeignet ist, Mißtrauen gegen ihre Unparteilichkeit zu rechtfertigen. Das Ablehnungsgesuch muß bei der Schiedskommission binnen einer Woche nach Zustellung der Ladung eingegangen sein und begründet werden.

Soll die Entscheidung im schriftlichen Verfahren ergehen, so beginnt die Frist mit Zustellung der diesbezüglichen Mitteilung.

Die Beteiligten können sich mit einer schriftlichen Entscheidung einverstanden erklären; das Einverständnis muß vom Antragsteller und vom Antragsgegner schriftlich geklärt werden.

Erscheint der Antragsgegner zur mündlichen Verhandlung nicht, kann in seiner Abwesenheit entschieden werden.

Der Antragsgegner kann beantragen, einen Beistand gem. § 11 (3) der Schiedsordnung zuzulassen.

Beteiligte Organisationsgliederungen können sich in der mündlichen Verhandlung durch höchstens zwei Sitzungsvertreter vertreten lassen.


.....

Jürgen Kriebel
Vorsitzender der Schiedskommission

**Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Landesverband Berlin - Kreis Neukölln
Kreisschiedskommission - Geschäftsstelle**



SPD Kreis Neukölln, Sonnenallee 124, 12045 Berlin

Berlin, 28.09.2012

Herrn
Michael Frank
Blumberger Damm 6
12683 Berlin

Entscheidung im Verfahren der Abteilung 5 des Kreisverbandes Berlin-Neukölln der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands / Michael Frank vom 26. September 2012 vor der Schiedskommission des Kreisverbandes Berlin-Neukölln der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Antragstellerin:
Abteilung 5 – Hermannstraße
Herrfurthplatz 5
12049 Berlin
Vertreten durch den Abteilungsvorsitzenden Erol Özkaraca

Antragsgegner:
Michael Frank/Mitglied der 5. Abteilung
Blumberger Damm 6
12683 Berlin

Zusammensetzung des entscheidenden Spruchkörpers der Schiedskommission:

Jürgen Kriebel (Abteilung 4)
Angela Knuth (Abteilung 13)
Jonny Gollnick (Abteilung 12)

Protokoll: Yvonne Opprower (Abteilung 1)

Beschluss der Schiedskommission:

Mit einstimmigem Beschluss der Schiedskommission des Kreisverbandes Berlin-Neukölln der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wird gemäß § 35 I, II, III Nr. 4 OrgStatut Michael Frank aus der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ausgeschlossen.

Begründung:

Die Abteilung 5 des Kreisverbandes der SPD Berlin-Neukölln hat bei der Schiedskommission des Kreisverbandes der SPD Berlin-Neukölln mit Schriftsatz vom 7. Juli 2012 den Antrag auf Ausschluss ihres Abteilungsmitgliedes Michael Frank wegen parteischädigenden Verhaltens gestellt:

Die 5. Abteilung (SPD Hermannstraße) des Kreises Neukölln beantragt gem. § 35 Abs. 2 Nr. 4 Organisationsstatut den Ausschluss des o. g. Mitgliedes Michael Frank, weil dieser erheblich gegen die Grundsätze und die Ordnung der Partei verstoßen hat und dadurch schwerer Schaden für unsere Partei entstanden ist.

Begründung:

Michael Frank veröffentlichte auf seiner Internetseite michael-frank.eu am 25. Mai 2012 einen von ihm verfassten Artikel („Essay“) mit dem Titel „Wer sozialen Fortschritt will, muss DIE LINKE wählen“ (s. Anlage). Wir möchten auf folgende Äußerungen verweisen, die unseres Erachtens die Grundsätze der Partei verletzen, insbesondere das Gebot der innerparteilichen Solidarität außer Acht lassen:

1. Der bereits genannte Titel „Wer sozialen Fortschritt will, muss DIE LINKE wählen.“
2. Seite 1, 4. Absatz: „Die Ursache ist für mich hier die Unterwanderung und Penetration der SPD von und durch Kader der Ökumene und des Großkapitals.“
3. Seite 2, 1. Absatz: „So und durch viele andere Maßnahmen wird das evangelikale Patriarchat innerhalb der SPD durchgesetzt, was die SPD zu einer verfassungs-feindlichen Partei macht. Wer die SPD verändern will, muss gegenwärtig schlicht und einfach Zweidrittel der Mitglieder ausrotten, um überhaupt einen demokratischen Diskurs über die dringendsten Probleme dieser Gesellschaft führen zu können. Die SPD hätte einen Stalin bitter nötig – antiautoritär selbstverständlich.“
4. Seite 4, letzter Absatz: „Ändert die SPD noch ihre Programmatik und trennt sich endlich von ihren Reaktionären, neoliberalen Lobbyisten-Pack und religiösen Hardlinern, so könnte sie die ‚Neue Mitte‘ innerhalb des Parteiensystems sein, (...)“
5. Seite 7, 4. Absatz: „Deshalb möchte ich in der SPD eine Pogrom-Stimmung gegen Neoliberale, gegen Christen, gegen Lakaien des US-Imperialismus und gegen Kriegstreiber in der SPD-Mitgliedschaft erzeugen, um die SPD wieder zu einer sozialistischen Partei umzuformen, (...)“

Wir möchten die zitierten Äußerungen nicht kommentieren, sie sprechen für sich.

Die mündliche Verhandlung zu diesem Antrag wurde am 20. September 2012 durchgeführt.

Im Verlauf dieser Verhandlung haben sowohl die Antragstellerin als auch der Antragsgegner ihre Standpunkte ausführlich dargestellt. Der Vertreter des Antragstellers bezog sich noch einmal auf den Inhalt des schriftlich gestellten Antrages und betonte, den Antrag weiter aufrecht zu erhalten.

Der Antragsgegner Michael Frank wies die Vorwürfe des Antragstellers in vollem Umfang zurück. Er habe wissenschaftlich erarbeitete Texte erstellt, deren Inhalte nicht ungewollt provozierend seien, denn er werde als Parteimitglied in der Partei psychischer Gewalt ausgesetzt, gegen die er sich auf diese Weise wehre. Er wollte hierzu auf Nachfrage keine weiteren Details nennen. Er berufe sich aber darauf, dass er als Verfasser seiner Texte durch sein Recht auf Meinungsfreiheit geschützt sei.

Der Antragsgegner wurde von der Schiedskommission dahingehend unterrichtet, dass der Schiedskommission weitere Texte ähnlicher Art vorliegen, die der Antragsgegner unter www.michael-frank.eu ins Internet gestellt hat. Auch für diese Texte hat der Antragsgegner die Urheberschaft – wieder unter Berufung auf sein Recht auf Meinungsfreiheit – bestätigt.

Er erklärte gegenüber der Schiedskommission auf entsprechende Nachfrage, dass er auch weiterhin Texte dieser Art ins Netz stellen werde.

Der Antragsgegner stellte den Antrag, nicht aus der Partei ausgeschlossen zu werden.

Gründe:

Das Parteimitglied Michael Frank war aus der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands auszuschließen, weil er durch das Einstellen von Texten in das öffentliche und jedermann zugängliche Internet, deren Inhalte in gröbster Weise namentlich benannte Personen, Gruppierungen, Glaubensrichtungen und auch die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ehrabschneidend beleidigen oder bedrohen, schwer gegen die in den Statuten der SPD niedergelegten Prinzipien der Partei verstößt.

Weiter ruft er in einigen dieser Texte zur Wahl der LINKEN – also einer anderen Partei – auf.

Als besonders beispielhaft und belastend sieht die Schiedskommission folgende Textpassagen:

- „Freitag, 25. Mai 2012

Wer sozialen Fortschritt will, muss DIE LINKE wählen

In diesem kurzen Essay möchte ich darstellen und begründen, warum ich denke, dass diejenigen, die sozialen Fortschritt in der deutschen Gesellschaft wollen, unter den jetzt gegebenen Bedingungen bei ihrer Wahlentscheidung die Partei DIE LINKE wählen müssen.“

- Auch vom Freitag, 25. Mai 2012:

„...So und durch viele andere Maßnahmen wird das evangelikale Patriarchat innerhalb der SPD durchgesetzt, was die SPD zu einer verfassungsfeindlichen Partei macht. Wer die SPD verändern will, muss gegenwärtig schlicht und einfach Zweidrittel der Mitglieder ausrotten, um überhaupt einen demokratischen Diskurs über die dringendsten Probleme dieser Gesellschaft führen zu können. Die SPD hätte einen Stalin bitter nötig – antiautoritär selbstverständlich.

Gründe für den desolaten Zustand der SPD sind zum einen die neoliberale Unterwanderung durch Lobbyisten, zum anderen die reaktionären evangelischen Christen, die alle Rassisten sind und ihre Ideologie der protestantischen Arbeitsethik, aus der ein Arbeitszwang abgeleitet wird, der nicht mehr in eine moderne Gesellschaft passt, so wie sie heute real existiert.“

- Auch vom Freitag, 25. Mai 2012:

„...Deshalb möchte ich in der SPD eine Pogrom-Stimmung gegen Neoliberale, gegen Christen, gegen Laien des US-Imperialismus und gegen Kriegstreiber in der SPD-Mitgliedschaft erzeugen, um die SPD wieder zu einer sozialistischen Partei umzuformen, damit die Partei, die die „Neue Mitte“ sein soll, was ich im Grunde für nicht falsch halte, zu einer Interessenvertretung derer wird, die durch den Kapitalismus ausgebeutet und unterdrückt werden, zu einer Interessenvertretung der Mehrheit der Menschen in Deutschland und Europa.

Meine anfangs genannte Behauptung bleibt deshalb momentan bestehen. Wer mehr sozialen Fortschritt in Deutschland und Europa will, der muss DIE LINKE wählen.“

- Der gesamte Beitrag im Internet vom Montag, 2. April 2012, inklusive folgender Passage:

„...Eine demokratische Partei müsste die Fraktionsmitglieder eigentlich ausschließen, aber das geschieht leider nicht. Mitglieder der SPD-Fraktion sollte man daher alle an die Wand stellen und selbst dem, der dann abdrückt, müsste man noch Schmerzensgeld zahlen. Gewalt gegen Bundestagsabgeordnete der SPD ist immer Notwehr, weil es sich um Gewalttäter handelt, die aufgrund einer umfassenden Ideologie die Bevölkerung verfassungswidrig unterjochen...“

- Aus dem Beitrag vom Dienstag, 21. Februar 2012:

„...Gauck war Zeit seines Lebens nur damit beschäftigt, Jede und Jeden zu diskreditieren, der nicht auf der Seite der eigenen Ideologie stand, wie alle Demagogen dies tun. Als ehemaliger Leiter der Stasi-

Unterlagen-Behörde hat er einzig und allein das Ziel verfolgt, die problematischen Stasi-Akten der CDU/CSU, FDP, Grünen und SPD verschwinden zu lassen und Jede und Jeden, der der PDS und der Linken nahe stand gemeinsam mit der Bourgeois-Presse zu diskreditieren. Das alles geschah, ohne dass es dafür eine Rechtsgrundlage gab...“

- Artikel vom Montag, 19. September 2011, englischsprachig:

„... The men are fascinating each other with military actions an honours, women's feminism is da racist ideology against men and themselves. For instance Condolezza Rice, Hallary Clinton and Susan Rice are form me like Eva Braun, Magda Goebbels and Leni Riefenstahl. All fascist personalities, who are just Ho-mo economicus and identity claimer for just nothing they did for the benefit oft he US-citizens.“

Der Inhalt der von Michael Frank verfassten Texte und deren Veröffentlichung durch ihn im Internet zeigen deutlich, dass er nicht gewillt ist, sich innerparteilich solidarisch zu verhalten. Indem er öffentlich in seinen Texten zur Wahl der LINKEN aufruft und in denselben Texten Mitglieder der SPD, deren Arbeit und Überzeugungen verächtlich macht und sogar fordert „Mitglieder der SPD-Fraktion sollte man daher alle an die Wand stellen...“, verletzt er die innerparteiliche Solidarität auf das Größte.

Die Zitate aus den Internettexen, die Michael Frank im Internet veröffentlicht hat, lassen die eindeutige Feststellung zu, dass er mit diesen Veröffentlichungen parteischädigend gehandelt hat. Er beleidigt in herabsetzender Weise unter Namensnennung sowohl Mitglieder der Partei, parteifremde Personen als auch Gruppierungen wie Glaubensgemeinschaften. Zudem weist er in einem Text zu seiner Vita, der auch auf seiner Homepage veröffentlicht ist, darauf hin, dass er seit 2009 Mitglied der SPD ist. Er stellt mit dem Text seiner Vita zusätzlich einen Zusammenhang zwischen der SPD und seinen im Internet veröffentlichten Texten her. Weitere Internetauftritte von ihm, wie zum Beispiel auf YouTube, sind mit Links zu seiner Homepage, also mit direktem Zugang zu den hier in Frage stehenden veröffentlichten Texten versehen. Damit hat Michael Frank die Möglichkeit genutzt, seine Texte einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen, denn jeder kann jederzeit entweder direkt über die Internetadresse Michael Franks oder geführt über die Links auf anderen Seiten, auf denen Michael Frank z. B. künstlerische Werke eingestellt hat, Zugriff auf diese Texte nehmen. Für die, die Zugriff auf diese Texte nehmen, wird durch den Inhalt die SPD in einer so abfälligen und wahrheitswidrigen Weise dargestellt, dass ein zutiefst negatives Bild der SPD entstehen muss, das mit den tatsächlichen Inhalten der politischen Arbeit und Willensbildung der SPD nichts zu tun hat. Zusätzlich wird das Ansehen der SPD und ihrer Mitglieder dadurch schwer geschädigt, dass Michael Frank als Parteimitglied demokratisch gewählte Politikerinnen der USA durch Vergleiche mit bekannten weiblichen Nazis, wie in dem letzten aufgeführten Zitat, schwer beleidigt. Dieser Text ist, da er in englischer Sprache verfasst wurde, geeignet, das Ansehen der SPD über den deutschen Sprachraum hinaus schwer zu schädigen.

Michael Frank verteidigte den Inhalt seiner Texte damit, dass es sich zum einen um wissenschaftlich erarbeitete und zum anderen von der Meinungsfreiheit gedeckte Texte handle.

Die Schiedskommission kann in Texten, die - wie im Vorgegangenen beschrieben -, in diesem Ausmaß andere herabsetzen, beleidigen und sogar bedrohen, keine Ansätze wissenschaftlicher Arbeiten erkennen. Daran ändert auch das Setzen von Fußnoten als Quellenangaben nichts, da in den Texten nicht erkennbar wird, inwieweit eine Auseinandersetzung mit den Quellen stattgefunden hat. Die Schiedskommission meint, dass die Fußnoten hier wissenschaftliches Arbeiten suggerieren sollen, um den Texten einen außenwirksamen Anstrich der Seriosität zu verleihen, das aber nicht stattgefunden hat.

Auch die Auffassung des Antragsgegners, dass seine Texte durch sein Recht auf freie Meinungsäußerung gerechtfertigt seien, wird von der Schiedskommission nicht geteilt. Jede Person soll die Freiheit haben, ihre Meinung in Wort, Schrift und Bild zu äußern und zu verbreiten. Dies stellt eines der wichtigsten demokratischen Grundrechte dar. Ganz besonders für die Mitglieder der SPD vor dem geschichtlichen Hintergrund ihrer Erfahrungen mit Einschränkungen und vollständiger Unterdrückung der Meinungsfreiheit in Diktaturen. Sie findet aber Schranken in Gesetzen und im Recht der persönlichen Ehre, wenn sie dabei nicht in ihrem Wesenskern beeinträchtigt wird. Im Zusammenhang mit den Texten des Antragsgegners kann man auf jeden Fall zu der Auffassung gelangen, dass die Inhalte seiner Texte ehrabschneidend und eventuell auch strafrechtlich relevant und damit nicht mehr durch Meinungsfreiheit gerechtfertigt sind.

Selbst wenn man dies außer Acht lässt, ist festzuhalten, dass er sich mit der Veröffentlichung dieser Texte im Internet, deren Inhalte nicht mit den grundsätzlichen Überzeugungen der Partei vereinbar sind, in fundamentalen Gegensatz zu den Grundsätzen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gestellt hat. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist eine Überzeugungsgemeinschaft, die den Grundsätzen

der Demokratie verpflichtet ist. In ihr vereinigte Menschen verschiedener Glaubens- und Denkrichtungen bekennen sich zur Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität nach innen und außen, Gleichheit von Mann und Frau und Toleranz. Mit seiner Mitgliedschaft in der SPD hat der Antragsgegner Michael Frank diese Parteigrundsätze anerkannt. Außerdem hat er mit seiner Mitgliedschaft zugestimmt, die Pflicht zu haben, die Ziele der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu unterstützen, wie in § 5 I S.1 OrgStatut geregelt ist.

Die Drittwirkung seiner Texte hat zur Folge, dass seine Leser ein völlig falsches und vor allem die Partei schädigendes Bild der SPD bekommen, indem er als Parteimitglied den Eindruck vermittelt, dass ich die meisten Mitglieder der SPD wider ihre eigenen Ziele und die Gesellschaft in ihrem Allgemeinwohl schädigend verhalten würden. Er wertet Mandatsträger pauschal und auch namentlich als kriminell, indem er sie beispielsweise als „Kinderschänder“ bezeichnet. Weiter ist es für die Außenwirkung der SPD als völlig unhaltbar anzusehen, dass eines ihrer Mitglieder, wie hier durch den Antragsgegner geschehen, demokratische gewählte Politikerinnen der USA mit bekannten weiblichen Nazis des Dritten Reichs vergleicht.

Der Antragsgegner hat auf Befragen durch die Schiedskommission erklärt, weder etwas an seinen Texten ändern oder sie zurücknehmen zu wollen. Er wolle auch weiterhin seine Texte in dieser Weise im Internet einstellen.

Die Mitglieder der Schiedskommission kamen einstimmig zu der Entscheidung, dass der Antragsgegner Michael Frank gemäß § 35 I, II, III Nr. 4 OrgStatut aus der SPD auszuschließen ist.

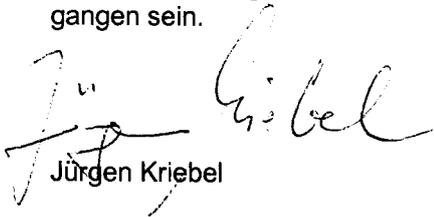
Das Verfahren der Schiedskommission ist gemäß § 31 I SchiedsO kostenfrei.

Auslagen werden nicht erstattet.

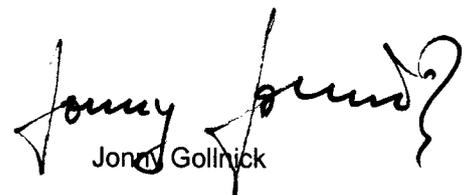
Rechtsbelehrung:

Gegen die abschließende Entscheidung der Schiedskommission des SPD-Kreisverbandes Berlin-Neukölln können der Antragsgegner bzw. die Antragsgegnerin, der Antragsteller oder eine beigetretene Organisationsgliederung Berufung an die Landesschiedskommission einlegen.

Die Berufung muss bei der Landesschiedskommission innerhalb von zwei Wochen schriftlich eingelegt und binnen eines Monats schriftlich begründet werden. Beide Fristen beginnen mit der Zustellung der abschließenden Entscheidung zu laufen. Legt der Antragsgegner bzw. die Antragsgegnerin Berufung ein, so muss sein bzw. ihr Mitgliedsbuch bis zum Ablauf der Begründungsfrist bei der Landesschiedskommission eingegangen sein.


Jürgen Kriebel


Angela Knuth


Jonny Gollnick